

# Die Arbeit

Zeitschrift für Gewerkschaftspolitik und Wirtschaftskunde

1929

HERAUSGEBER: THEODOR LEIPART, BERLIN  
SCHRIFTFLEITER: LOTHAR ERDMANN, BERLIN

HEFT 4

## Kapitalbildung und Lohnhöhe

Von Alfred Braunthal

Die Frage des Zusammenhanges zwischen Kapitalbildung und Lohnhöhe ist heute zu einem akuten und heftig umstrittenen wirtschaftspolitischen Problem geworden. Von vielen Seiten wird die heute in Deutschland erreichte Lohnhöhe neben der steuerlichen Belastung für alle Schwierigkeiten verantwortlich gemacht, mit denen die deutsche Wirtschaft gegenwärtig zu kämpfen hat, und als Wurzel dieser Schwierigkeiten wird der ungünstige Einfluss bezeichnet, den hohe Löhne angeblich auf die Kapitalbildung ausüben. Diese Auffassung stützt sich auf zwei Argumente. Das eine glaubt einen direkten, das andere indirekten Zusammenhang zwischen Lohnhöhe und Kapitalbildung feststellen zu können.

Der *direkte* Zusammenhang soll darin bestehen, dass innerhalb der kapitalistischen Wirtschaft die Kapitalbildung im wesentlichen aus dem Kapitaleinkommen und nicht aus dem Arbeitseinkommen entspringe. Die Kapitalbildung geht also nach dieser Auffassung auf dem Wege der Akkumulation von Profit vor sich; wächst der Profit, so wächst damit die Neigung, einen — absolut oder unter Umständen sogar relativ — grösseren Teil des Profits zu akkumulieren. Steigen hingegen die Löhne, so verbrauchen die Arbeiter mehr Waren, aber ihre ohnehin schon geringfügigen Ersparnisse wachsen nur unbedeutend. Bei wachsendem Kapitaleinkommen hingegen wächst zwar auch der Verbrauch der Kapitalisten (Luxusverbrauch), die Kapitalbildung aber jedenfalls in wesentlich stärkerem Verhältnis, als es bei steigendem Lohneinkommen der Fall ist. Nun können aber die Löhne unter sonst gleichbleibenden Umständen nur auf Kosten des Profits wachsen, also wird die Kapitalbildung durch Lohnsteigerungen beeinträchtigt.

Der *indirekte* Einfluss des Lohnniveaus auf die Kapitalbildung wird in dem Zusammenhang zwischen Löhnen und Produktionsumfang gesehen. Die Löhne stellen einen Unkostenfaktor der Produktion dar. Steigende Löhne verteuern die Produktion und beengen daher bei gegebener Kapitalmenge den Produktionsumfang. Bestimmte Betriebe, deren Produkte nur bei dem bisherigen Preisniveau Absatz finden können, und andere Betriebe, die bis jetzt an der Grenze der Rentabilität standen, werden aus der Produktion ausgeschaltet, und der Rückgang der Produktion hemmt die Kapitalbildung sowohl direkt als auch indirekt durch die Fortpflanzung der Depression auf die anderen Wirtschaftszweige.

Dass die hier skizzierte Auffassung in dieser allgemeinen Form unrichtig sein muss, beweist sowohl die historische Erfahrung als auch die theoretische Über-

legung. Es genügt ein Blick auf die letzten Jahre der deutschen Wirtschaftsentwicklung, um den historischen Gegenbeweis gegen diese Theorie zu führen. Wir wollen uns hier damit begnügen, die Lohnentwicklung und die Kapitalbildung in Deutschland seit dem Jahre 1925 einander gegenüberzustellen.

### *Lohnentwicklung und Kapitalbildung in Deutschland seit 1925.*

Für die *Lohnentwicklung* kann man auf die verhältnismässig genauen und zuverlässigen Angaben des Statistischen Reichsamtes zurückgreifen. Sie beziehen sich zwar nur auf die Tariflöhne; diese Fehlerquelle dürfte aber nicht allzu gross sein, wenn man annimmt, dass sich das Verhältnis von Tariflöhnen und tatsächlichen Löhnen in diesem Zeitraum nicht wesentlich geändert hat. Sollte übrigens eine Änderung dieses Verhältnisses eingetreten sein, so dürfte sie, für die gesamte Beobachtungsperiode bemessen, in einer Richtung vor sich gegangen sein, die unsere Argumentation stärkt, d. h. die tatsächlichen Löhne dürften noch stärker gestiegen sein als die tarifmässigen. Andererseits sind die übertariflichen Löhne freilich viel konjunkturrempfindlicher als die tarifmässigen, weisen also innerhalb der einzelnen Konjunkturabschnitte eine andere Entwicklung auf als diese.

Die Statistik des Reichsamtes berechnet das Lohnniveau aus den gewogenen durchschnittlichen Tariflöhnen für Vollarbeiter der höchsten tarifmässigen Altersstufen einschliesslich eventueller sozialen Zulagen für die Ehefrau und zwei Kinder für folgende Berufe:

Bergbau, Metallindustrie, chemische Industrie, Baugewerbe, Textilindustrie, Holzgewerbe, papiererzeugende Industrie, Buchdruckgewerbe, Brauindustrie, Süss-, Back- und Teigwarenindustrie, Kartonnagenindustrie und Reichsbahn.

Auf Grund dieser Angaben gelangt man zu folgender Lohnentwicklung für die Zeit von 1925 bis zur Gegenwart:

	Stundenlöhne in Pfennigen		Wochenlöhne in Mark	
	Gelernte	Ungelernte	Gelernte	Ungelernte
Dezember 1924 .....	78,6	54,9	38,66	28,61
„ 1925 .....	94,1	65,8	45,98	33,92
„ 1926 .....	94,9	66,7	46,36	34,44
„ 1927 .....	101,3	74,3	48,74	37,26
„ 1928 .....	107,8	80,9	52,25	40,47

Die Löhne sind also von Jahr zu Jahr gestiegen, selbst im Krisenjahr 1926, wenn auch natürlich damals am schwächsten. Dass nicht nur die Geldlöhne, sondern auch die *Reallöhne eine Steigerung* erfahren haben, zeigt der Vergleich mit dem Lebenshaltungskostenindex; dieser betrug:

Dezember 1924 .....	122,6 <sup>1)</sup>
„ 1925 .....	141,2
„ 1926 .....	144,3
„ 1927 .....	151,3
„ 1928 .....	152,7

Die Frage, ob und wie die Reallöhne in den einzelnen Jahren gestiegen sind, lässt sich am besten so lösen, dass man der Steigerung der Geldlöhne von Jahr

<sup>1)</sup> Nach der alten Messungsmethode, die vom Februar 1925 an berichtet wurde. Im Februar 1925 stand der Index, nach der alten Methode gemessen, auf 125,1, nach der neuen Methode auf 135,6. Es muss also der Index für Dezember 1924 etwa um 10 1/2 Punkte erhöht werden, also auf 133,1.

zu Jahr das Steigen des Lebenshaltungskostenindex gegenüberstellt. Man gelangt dabei zu folgendem Ergebnis:

Es betrug von Jahr zu Jahr in Prozenten von der Basis des vorhergehenden Jahres aus die Steigerung

	Stundenlohn in Pfennigen Gelernte	der Geldlöhne Ungele.	Wochenlohn in Mark Gelernte	Ungele.	des Lebenshaltungsindex
1925 .....	20,0	19,8	18,1	18,5	5,3
1926 .....	0,8	1,3	0,8	1,5	2,2
1927 .....	6,7	11,4	5,1	8,1	4,8
1928 .....	6,4	8,8	7,3	8,6	0,9

Mit Ausnahme des Krisenjahres 1926 stiegen also in jedem Jahre die Geldlöhne wesentlich stärker als die Lebenshaltungskosten.

Wie sich die *Kapitalbildung* in diesem Zeitraum entwickelt hat, lässt sich natürlich nicht mit gleicher Genauigkeit angeben, aber dass auch sie sich in den Jahren 1925 bis 1927 von Jahr zu Jahr *gesteigert* hat, kann nicht bezweifelt werden. *Kurt Singer* kommt in einem Aufsatz „Kapitalbildung und Kapitalbedarf in Deutschland“<sup>2)</sup> auf Grund eingehender Untersuchungen zu folgenden Schätzungen über die innerdeutsche Kapitalbildung:

1925 .....	6 Milliarden Mark
1926 .....	8,8 „ „
1927 .....	10 „ „

Andere Schätzungen lauten bekanntlich für 1927 bedeutend niedriger. So schätzt die *Reichskreditgesellschaft* die Kapitalbildung auf 7,6 Milliarden Mark, *Welter* in der Wirtschaftskurve der „Frankfurter Zeitung“ auf 9 Milliarden Mark. In diesem Zusammenhang interessieren uns aber nicht die absoluten Ziffern, sondern die Steigerungsbeträge, und da *Singer* für die einzelnen Jahre die gleiche Untersuchungsmethode anwendet, kann wenigstens die aus seinen Untersuchungen resultierende relative Steigerung der Kapitalbildung als einigermaßen zuverlässig angesehen werden. Die Steigerung der Kapitalbildung würde sich also belaufen von 1925 zu 1926 auf 46,7, von 1926 zu 1927 auf 13,6 Prozent.

Nun wird man einwenden können, dass alle von uns angeführten Schätzungen über Lohnsteigerung und Kapitalbildung nicht beweiskräftig sind, weil der Ausgangspunkt für unsere Berechnung und Beweisführung, das Ende des Jahres 1924, keinen normalen Charakter trug. Sowohl die Löhne als auch die Kapitalbildung waren in diesem Zeitpunkt ausserordentlich tief gesunken infolge der bekannten Nachwirkungen von Krieg und Inflation, die hier nicht besonders geschildert zu werden brauchen. Daher musste die Steigerung sowohl der Löhne als auch der Kapitalbildung als ausserordentlich hoch erscheinen, während es sich in Wirklichkeit nur um eine allmähliche Normalisierung dieser beiden Wirtschaftsgrößen handelte. Aber wenn man mit diesem Argument auch mit Recht für die Jahre 1925 bis 1927 operieren kann, so kann diese Auffassung für das Jahr 1928, das, im ganzen gesehen, an wirtschaftlichen Leistungen hinter dem Jahr 1927 zurückblieb, nicht mehr gelten. Übrigens ist ja die Argumentation

<sup>2)</sup> Erschienen in dem vom Verein für Sozialpolitik herausgegebenen Band „Kapitalbildung und Besteuerung“ (München und Leipzig 1929).

derjenigen, die das heutige Lohnniveau für die angeblich ungenügende Kapitalbildung verantwortlich machen, gerade auf die Wirtschaftsverhältnisse, wie sie sich in der zweiten Hälfte des Jahres 1928 entwickelt haben, gemünzt. Mit der Ausschaltung der Wirtschaftsverhältnisse des Jahres 1928 aus unserer Überlegung würde also die ganze Diskussion hinfällig werden.

Nun liegen für das Vorjahr noch keine eingehenden Berechnungen über die Kapitalbildung vor, wie sie Singer, Welter und die Reichskreditgesellschaft für das Jahr 1927 versucht haben. Es wird nur allgemein, auch im letzten Jahresbericht der Reichskreditgesellschaft, die Auffassung vertreten, dass die Kapitalbildung im Jahre 1928 ungefähr die gleiche Höhe erreichte wie im Jahre 1927. Es kann aber die Behauptung gewagt werden, dass *auch für das Jahr 1928 eine weitere Steigerung der inneren Kapitalbildung* angenommen werden darf.

Eine Gesamtschätzung der Kapitalbildung soll hier nicht versucht werden, da sie ja doch auf viel zu unsicheren Grundlagen beruhen würde. Aber es sollen alle jene statistisch erfassbaren Daten der Kapitalbildung angeführt werden, die uns in der Gesamtheit zuverlässige Anhaltspunkte über das Verhältnis der Kapitalbildung in den beiden letzten Jahren geben können. Ein wichtiges Merkmal der Kapitalbildung stellt der Kapitalzustrom zu den Sparkassen und ähnlichen Institutionen einschliesslich der Versicherungen und Sozialversicherungen dar. Es betrug der Zuwachs an:

	1927	1928
	in Mill. Mark	
Spareinlagen der öffentlichen Sparkassen .....	1576,0	2321,2
Einlagen der dem Zentralverband angeschlossenen Konsumvereine .....	69,4	90,0
Kapitalanlagen der Lebensversicherungsgesellschaften .....	265,0	366,9
Kapitalanlagen der Reichsangestelltenversicherung .....	197,0	258,0
Überschuss der Einnahmen über die Ausgaben bei der Invalidenversicherung	293,3	360,0
	<u>2400,7</u>	<u>3396,1</u>

Wir können bei allen Spar- und Versicherungsinstitutionen in der genannten Zeit eine überraschend starke Steigerung des Kapitalzustroms beobachten.

Ein anderes entscheidendes Kapitalbildungssymptom bildet der Zustrom von Kapital in die Industrie und in die öffentliche Wirtschaft. Ziffernmässig ist er nur erfassbar, soweit das Kapital auf dem Markt in Form von Anleihen oder Aktien angefordert wird. Ein anderer grosser Teil des Kapitalzustroms geht den Weg kurzfristiger Kredite über die Banken. Dieser Zustrom ist zwar, soweit es sich um Aktienbanken und öffentliche Banken handelt, ziffernmässig erfassbar und zeigt ebenfalls eine ausserordentliche Steigerung: Die gesamten Kreditoren der Banken, die regelmässig Zwischenbilanzen veröffentlichen, stiegen im Jahre 1927 (vom 31. Oktober 1926 bis 31. Oktober 1927) um 2613,6 Millionen Mark und im Jahre 1928 (vom 31. Oktober 1927 bis 31. Oktober 1928) um 4309,2 Millionen Mark. Diese Ziffern bieten aber für die Höhe der Kapitalbildung zu wenig Anhaltspunkte. Erstens schliessen sie eine Reihe von Doppelzählungen in sich (Kredite der Banken untereinander), zweitens enthalten sie einen grossen, im allgemeinen unbekanntem Prozentsatz ausländischer Gelder, die nicht innere Kapitalbildung, sondern Kapitaleinfuhr darstellen, drittens stellen sie zum Teil nur eine Umwandlung von Kapital aus der einen Form (Sachform) in eine andere

(Geldform) dar, und schliesslich beruhen sie zu einem grossen Teil nicht auf echter Kapitalbildung, sondern auf Geldschöpfung auf dem Wege der Gewährung von Krediten durch Einräumung eines Scheckkontos, tragen also den gleichen Charakter wie die Steigerung des Notenumlaufs.

Berücksichtigen wir also bloss den Kapitalzustrom in die private und öffentliche Wirtschaft in der Form von Aktien und Anleihen, so gelangen wir für die beiden Jahre zu folgenden Ziffern:

	1927	1928
	in Mill. Mark	
Private Inlandanleihen .....	161,0	256,0
Öffentliche Inlandanleihen .....	886,0	862,0
Kommunalobligationen .....	346,0	473,0
Pfandbriefe .....	1649,0	1455,0
Kapitalerhöhungen von Aktiengesellschaften <sup>*)</sup> .....	932,9	984,3
Gründungen von Aktiengesellschaften <sup>*)</sup> .....	137,9	181,0
	<hr/>	<hr/>
	4112,8	4211,3

An den Daten dieser letzten Statistik gemessen, wäre freilich die Steigerung der Kapitalbildung im Jahre 1928 nur recht unbedeutend. Es ist aber zu beachten, dass die beiden Ziffernreihen über die Kapitalbildung — Einlagen und Kapitalanforderungen — sich vielfach kreuzen. Man darf sie weder einfach addieren noch voneinander subtrahieren; denn die in der ersten Ziffernreihe (Seite 208) genannten Institutionen verwenden das ihnen zuströmende Kapital zum Teil zum Ankauf von Anleihen und Aktien — insofern wäre eine Subtraktion gerechtfertigt —, zum Teil gewähren sie aber direkt Kredite an die Wirtschaft und an die öffentliche Hand — und insofern wäre eine Addition der Ziffernreihe am Platz. So haben, um nur ein Beispiel zu nennen, die öffentlichen Sparkassen im Jahre 1927 Hypothekarkredite in Höhe von 944,1 Millionen Mark gewährt, im Jahre 1928 hingegen in Höhe von 1198,6 Millionen Mark. Andererseits wird ein grosser Teil der Anleihen und Aktien vom Publikum direkt gezeichnet, zu einem geringen Teil allerdings auch vom Ausland. Die Auslandzeichnungen müssten bei der Berechnung der Kapitalbildung ausgeschaltet werden, denn sie stellen nicht innere Kapitalbildung, sondern Kapitaleinfuhr dar. Da sie aber ziffernmässig nicht bekannt sind, lässt sich diese Fehlerquelle nicht eliminieren.

Nun gibt es neben diesen bekannten Daten der Kapitalbildung eine ganze Reihe ziffernmässig nicht erfassbarer Daten, vor allem die ganze innere Kapitalakkumulation der privaten und öffentlichen Wirtschaft, also die Bildung offener und stiller Reserven in den Aktiengesellschaften und der Kapitalzuwachs in allen Unternehmungen, die nicht in der Form von Aktiengesellschaften betrieben werden, und schliesslich kommt dazu die statistisch schwer erfassbare Kapitalbildung der öffentlichen Hand auf dem Wege der Besteuerung. Vor allem die Hauszinssteuer ist in den letzten Jahren zu einer der wichtigsten Quellen der Kapitalbildung geworden. Im Rechnungsjahre 1927 (vom 1. April 1927 bis 31. März 1928) sind nicht weniger als 896 Millionen Mark aus Mitteln der Hauszinssteuer dem Wohnungsbau zugeflossen, also als Kapital neu gebildet worden. Für das Rechnungsjahr 1928 ist die Höhe der für Wohnbauzwecke aufgewendeten

<sup>\*)</sup> Abzüglich der Sacheinlagen und Fusionen.

Hauszinssteuermittel noch nicht bekannt. Berücksichtigt man aber, dass sich die für den Wohnungsbau verwendeten Hauszinssteuermittel von Jahr zu Jahr steigerten — sie betragen in den Rechnungsjahren

1924 .....	372,6	Millionen	Mark
1925 .....	601,2	„	„
1926 .....	754,1	„	„
1927 .....	896,3	„	„ —

und berücksichtigt man weiter, dass die Wohnbautätigkeit im Jahre 1928 die des Jahres 1927 überstieg, so wird man für das Kalenderjahr 1928 ebenfalls noch eine gewisse Steigerung dieses Postens gegenüber dem Kalenderjahr 1927 in Rechnung stellen dürfen. Ebenso ist es sicher erlaubt, trotz Absinkens der Konjunktur in der zweiten Hälfte des Jahres 1928 anzunehmen, dass auch die innere Kapitalakkumulation der Unternehmungen im Jahre 1928 einen grösseren Umfang annahm als im Jahre 1927, denn einerseits war die Kapitalbasis, also der Ausgangspunkt der Akkumulation, grösser als 1927, andererseits hat der Zwang zur Selbstfinanzierung, hervorgerufen durch die Rationalisierungsbedürfnisse und Schwierigkeiten der Kapitalbildung, sich nicht gemindert.

Das Ergebnis, zu dem wir auf Grund dieser Ziffern und Schlüsse gelangen, *dass in den letzten Jahren die Steigerung der Löhne mit einer Steigerung der Kapitalbildung parallel ging*, ist im Grunde genommen gar nicht überraschend. Es stimmt mit der allgemeinen historischen Beobachtung überein, für die die Geschichte der modernen Wirtschaft unzählige Beweise liefert.

#### *Der Mechanismus der Kapitalbildung.*

Seit etwa einem Jahrhundert befinden sich die Löhne, von vorübergehenden Rückschlägen abgesehen, deren stärkster seit 1914 erfolgt ist, in dauernder Aufwärtsbewegung; im gleichen Zeitraum hat sich aber auch die Kapitalbasis der Wirtschaft ununterbrochen erweitert. Diese Beobachtung verbietet die Annahme einer grundsätzlichen Gegensätzlichkeit zwischen Lohnentwicklung und Kapitalbildung, sie legt vielmehr den Gedanken nahe, dass in der modernen Wirtschaft eine Kraft wirksam sein muss, der die Steigerung sowohl der Löhne als auch der Kapitalbasis zu verdanken ist. Und in der Tat ist diese Kraft un schwer zu entdecken: es ist, von der wachsenden organisatorischen Macht der Arbeiterschaft abgesehen, die die Möglichkeit der Lohnsteigerungen erst zur Wirklichkeit macht, die *wachsende Produktivität der menschlichen Arbeit*.

Angenommen selbst, die Behauptung wäre richtig, dass die Kapitalbildung nur dem Kapitaleinkommen und nicht dem Arbeitseinkommen zu verdanken ist, so wäre die Auffassung, dass Lohnsteigerungen die Kapitalbildung beeinträchtigen, weil sie das Kapitaleinkommen schmälern, nur bei einem stationären Zustand der Wirtschaft berechtigt; denn nur bei gleichbleibendem Ertrag der Wirtschaft, d. h. bei gleichbleibender Produktivität, geht jede Lohnsteigerung auf Kosten des Profits. Wächst hingegen die Produktivität der Wirtschaft, so wächst bei gleichbleibender gesellschaftlicher Arbeitsleistung das Sozialprodukt, und aus dem vermehrten Sozialprodukt können alle an der Produktion beteiligten Klassen mit höheren Einkommen bedacht werden: Die Lohnsteigerung erfolgt nicht auf

Kosten des Kapitaleinkommens, sondern parallel zu ihm. Selbst wenn also bloss das Kapitaleinkommen für die Kapitalbildung in Betracht käme, wären *bei wachsender Produktivität der Wirtschaft steigende Löhne mit wachsender Kapitalbildung verträglich*.

Aber es kann heute auch die Behauptung nicht mehr anerkannt werden, dass es im wesentlichen die Funktion des Kapitaleinkommens ist, Kapital neu zu bilden. Mit dem Erstarken der Macht der Arbeiterschaft hat sich die Struktur der Gesellschaft bereits so gewandelt, dass auch der Mechanismus der Kapitalbildung davon nicht unberührt blieb. Freilich, die *unmittelbaren Ersparnisse* der Arbeiter dürften heute wie früher verhältnismässig geringfügig sein. Man rechnete vor dem Krieg auf Grund von Haushaltsstatistiken mit einem bloss zehnprozentigen Anteil der Arbeiterschaft an den Spareinlagen. Für die Nachkriegszeit gibt es leider keine umfassende Statistik, die uns Aufschluss über die unmittelbare Kapitalbildung der Arbeiterschaft geben könnte. Haushaltsstatistiken, die von Angestelltenverbänden (AfA-Bund, Deutschnationaler Handlungsgehilfen-Verband) im Krisenjahr 1926 angestellt wurden, zeigten allerdings eine überraschend niedrige Sparquote. Aber diese Ziffern können nicht als repräsentativ angesehen werden, da sich ein grosser Teil der Angestellten damals in besonders ungünstigen Verhältnissen befand. Übrigens würden wir, selbst wenn wir auf Grund der damals geführten Haushaltsstatistiken eine Sparquote von bloss 1 Prozent im Durchschnitt aller Lohneinkommen zugrunde legen, zu einem jährlichen Einlagenzuwachs von seiten der Arbeiterschaft in der ungefähren Höhe von 350 Millionen Mark kommen, der dem Vorkriegsstand von 10 Prozent der Spareinlagen annähernd gleichkäme.

Aber neben der unmittelbaren Kapitalbildung der Arbeiterschaft tritt in immer stärkerer Masse die *mittelbare* in den Vordergrund, das sogenannte Kollektivsparen in Form der Sozialversicherungen, der Gewerkschaften, Genossenschaften und schliesslich der öffentlichen Körperschaften. Wie bedeutungsvoll im Rahmen der gesellschaftlichen Kapitalbildung die Neubildung von Kapital in den Händen der öffentlichen Körperschaften geworden ist, wurde bereits am Beispiel der Hauszinssteuer gezeigt. Rechnen wir weiter die Ersparnisse des gewerblichen und landwirtschaftlichen Mittelstandes, die sich in den Spareinlagen der öffentlichen Sparkassen ansammeln, der Kapitalbildung aus nichtkapitalistischen Quellen zu, so gelangen wir zu dem Ergebnis, dass aus nichtkapitalistischen Quellen im Jahre 1928 Kapital etwa in folgender Höhe gebildet wurde:

Zuwachs an:	Millionen Mark
Spareinlagen der öffentlichen Sparkassen .....	2321,2
Einlagen der Konsumvereine.....	90,0
Kapitalanlagen der Lebensversicherungsgesellschaften.....	183,0
Kapitalanlagen der Reichsangestelltenversicherung .....	258,0
Überschuss der Einnahmen über die Ausgaben bei der Invalidenversicherung ..	360,0
Kapitalbildung der Krankenkassen (schätzungsweise).....	150,0
Kapitalbildung durch die Hauszinssteuer (mindestens) .....	900,0
Sonstige Kapitalbildung der öffentlichen Hand aus Steuermitteln (schätzungsweise)	300,0
	<hr/>
	4562,2

Dazu ist zu bemerken, dass vom Kapitalanlagenzuwachs der Lebensversicherungsgesellschaften nur die Hälfte der nichtkapitalistischen Kapitalbildung zugerechnet wurde. Die Kapitalbildung der öffentlichen Hand aus Steuermitteln wurde von Singer bereits für den Zeitraum von 1925 bis 1927 auf mehr als 300 Millionen Mark im Jahresdurchschnitt geschätzt. Es sind also alle unsere Schätzungen vorsichtig gegriffen und sehr wichtige Posten der nichtkapitalistischen Kapitalbildung völlig ausser acht gelassen, nämlich die direkte Anlage von Ersparnissen aus nichtkapitalistischen Kreisen in Aktien, Anleihen aller Art und direkten Krediten, sowie die Ersparnisse, die vom Mittelstand in den landwirtschaftlichen und gewerblichen Genossenschaften angelegt wurden<sup>4)</sup>. Die Einlagen in den gewerblichen und landwirtschaftlichen Genossenschaften wurden deshalb in unserer Aufstellung nicht berücksichtigt, weil sie nur zum Teil echte Ersparnisse darstellen, zum anderen Teil dem Betriebskapital angehören. Schliesslich blieb auch die Kapitalbildung bei den werbenden öffentlichen Betrieben einschliesslich der Reichsbahn unberücksichtigt, die ebenfalls in die Hunderte von Millionen geht. Bei diesen Betrieben liegt zwar auch nichtkapitalistische Kapitalbildung vor, man könnte aber gegen ihre Einbeziehung einwenden, dass zwischen ihrer Kapitalbildung und der Lohnhöhe die gleiche Spannung besteht wie innerhalb der rein kapitalistischen Kapitalbildung. Aber auch so bleibt das Ergebnis, zu dem wir gelangt sind, überraschend: *Nicht viel weniger als die Hälfte der Kapitalbildung stammt aus nichtkapitalistischen Quellen.* Damit ist ein weiterer Beweis dafür geliefert, dass die Steigerung der Löhne die Kapitalbildung nicht ungünstig beeinflussen kann; denn jene Hälfte der gesamten Kapitalbildung, die entweder direkt oder indirekt aus dem Einkommen selbständiger und unselbständiger Arbeit stammt, kann von Lohnsteigerungen nur günstig beeinflusst werden.

In unserer bisherigen Beweisführung versuchten wir nachzuweisen, dass steigende Löhne, wenn sie mit einer Steigerung der Produktivität der Wirtschaft parallel gehen, die Kapitalbildung nicht beeinträchtigen, erstens weil sie die Kapitalerträge nicht herabmindern, und zweitens, weil sie selbst zur Kapitalbildung beitragen. Man kann aber noch einen Schritt weiter gehen und die Behauptung aufstellen, dass steigende Löhne innerhalb bestimmter Grenzen die *Kapitalbildung direkt anspornen und fördern*. Diese Wirkung ist der *dynamischen* Funktion der Löhne zuzuschreiben. Es ist heute grundsätzlich allgemein anerkannt, dass die Löhne ein dynamisches Element der Wirtschaft darstellen. Der Unternehmer, der von einer Lohnsteigerung betroffen wird, wird dazu gedrängt, ihr nicht nur durch Erhöhung der Preise auszuweichen — für die die Marktsituation in der Regel sehr enge Schranken setzt —, sondern durch eine Erhöhung der Produktivität der Arbeit. Zwischen der Lohnhöhe und der Arbeitsproduktivität waltet ein gesetzmässiger Zusammenhang: Je niedriger die Löhne, desto geringer der Vorteil arbeitssparender Kapitalanlagen, desto unrentabler der Ersatz der menschlichen Arbeitskraft durch kostspielige Maschinen.

<sup>4)</sup> Im Jahre 1928 betrug der Einlagenzuwachs in den gewerblichen Genossenschaften 248,6 Millionen Mark, in den dem Reichsverband angeschlossenen landwirtschaftlichen Genossenschaften 325,1 Millionen Mark gegen 168,1 bzw. 169,3 Millionen Mark im Jahre 1927.



In Ländern mit Kulilöhnen ist der Mensch das rationellste Transportmittel, in Ländern mit amerikanischen Löhnen ist es schon unrationell, wenn der Arbeiter das von ihm selbst bearbeitete Werkstück um zwei Armlängen weiterbefördert. Steigende Löhne zwingen daher zu steigender Produktivität. Da aber das Wachstum der Produktivität, wie oben erwähnt, das Sozialprodukt erhöht, verbreitert es auch die Basis der Kapitalbildung und fördert sie unmittelbar.

Andererseits verstärkt diese Wirkung der steigenden Löhne aber auch die psychischen Antriebe zur Kapitalbildung. Die Erhöhung der Produktivität, mittels derer der Unternehmer dem Druck der steigenden Löhne auf den Profit ausweichen will, setzt eine entsprechende Kapitalinvestition voraus, und nach den Gesetzen der kapitalistischen Wirtschaft kann der Unternehmer sich dieses zusätzliche Kapital nur teilweise von aussen beschaffen, zu einem anderen Teil muss er es aus seinen Gewinnen ersparen, er muss zur Selbstfinanzierung greifen, wie man heute zu sagen pflegt. Der Unternehmer wird also durch diesen Mechanismus dazu gedrängt, seinen Verbrauch zugunsten der Kapitalbildung weitgehend einzuschränken. So löst sich das Paradoxon auf, dass steigende Löhne nicht nur die nichtkapitalistische, sondern auch die kapitalistische Kapitalbildung günstig beeinflussen.

#### *Das Problem der Grenze.*

Nun muss aber zugegeben werden, dass das Problem des Zusammenhanges zwischen Kapitalbildung und Lohnhöhe mit diesen allgemeinen Feststellungen noch nicht eindeutig gelöst ist. Das eigentlich schwierige Problem, das dabei auftaucht, ist das *Problem der Grenze*. Es muss einen Punkt geben, bis zu dem jeweils Lohnsteigerungen die Kapitalbildung fördern und von wo an sie sie hemmen. Wirtschaft ist eine menschliche Lebensäusserung, die der Begrenztheit der äusseren Mittel entspringt. Alle Gaben der Natur sind begrenzt. Das uns zur Verfügung stehende Kapital ist in jedem Augenblick begrenzt, und auch die technischen Entwicklungsmöglichkeiten, der Fortschritt in der Produktivität der Arbeit sind in jedem gegebenen Augenblick begrenzt. Wir können uns sehr wohl eine Lohnsteigerung in solchem Ausmass vorstellen, dass diese durch die im gegebenen Augenblick technisch mögliche und durch die gegebenen Kapitalbildungsmöglichkeiten begrenzte Steigerung der Produktivität nicht ausgeglichen werden kann. Dann müsste eine solche Lohnsteigerung tatsächlich auf Kosten des Profits gehen. Sie würde nicht nur direkt die Kapitalbildung ungünstig beeinflussen, weil der Kapitalbildungskoeffizient beim Kapitalertrag eben doch grösser als beim Arbeitseinkommen ist, sondern es würde auch mittelbar die Kapitalbildung durch die wirtschaftlichen Störungen beeinträchtigt werden, die ein solcher Druck auf den Profit im Gefolge hätte. Beschränkt man die Untersuchung ferner auf eine einzelne Volkswirtschaft im Rahmen der ganzen Weltwirtschaft, so muss man auch an die Wirkung von Lohnerhöhungen auf die internationalen Konkurrenzverhältnisse denken. Es wurde schon oben festgestellt, dass der Unternehmer innerhalb bestimmter Grenzen Lohnerhöhungen durch Preissteigerungen auszuweichen sucht. Soweit die Lohnerhöhungen nicht durch Steigerung der Profite kompensiert und auch nicht vom Profit getragen

werden können, bleibt dem Unternehmer ja kein anderer Ausweg als der der Preiserhöhung übrig. Geschieht dies aber nur in einem engeren Kreis, z.B. innerhalb einer Volkswirtschaft, so verschlechtern sich die Konkurrenzbedingungen gegenüber den anderen konkurrierenden Ländern, und es wird auch von dieser Seite ein Druck auf Produktionsumfang und Wirtschaftslage ausgeübt. Kurz, es würden für einen solchen Fall die Argumente zutreffen, die oben als Beweisgründe für die ungünstige Beeinflussung der Kapitalbildung durch hohe Löhne erwähnt und — widerlegt wurden.

Aus dieser Anerkennung des Problems der Grenze muss die Schlussfolgerung gezogen werden, dass es eine allgemein gültige Antwort auf die Frage, wie Lohnerhöhungen die Kapitalbildung beeinflussen, überhaupt nicht gibt. Man muss der Polemik, die von bürgerlicher Seite gegen die heute erreichte Lohnhöhe geführt und mit dem Argument der Kapitalbildung begründet wird, vorwerfen, dass sie oberflächlich vorgeht, wenn sie generell die Lohnsteigerungen für die heutigen Kapitalmarktverhältnisse verantwortlich macht. Der gleichen Oberflächlichkeit würde man sich aber schuldig machen, wenn man ebenso generell behauptete, dass Lohnsteigerungen in jedem Fall die Kapitalbildung fördern. Die Frage kann immer nur für jeden einzelnen Fall auf Grund einer eingehenden Untersuchung der wirtschaftlichen Verhältnisse entschieden werden. Es ist deshalb notwendig, einen Überblick über die gegenwärtigen Verhältnisse auf dem Kapitalmarkt zu geben.

### *Kapitalbildung — Kapitalbedarf — Kapitaleinfuhr.*

Wir glauben nachgewiesen zu haben, dass die innere deutsche Kapitalbildung in jedem Jahre seit der Stabilisierung der Währung einschliesslich des letzten Jahres trotz jährlich steigendem Lohnniveau gewachsen ist. Trotzdem hat sie bekanntlich in keinem dieser Jahre ausgereicht, um den *Kapitalbedarf* der deutschen Wirtschaft zu befriedigen. Nun muss man sich freilich des relativen Charakters des Begriffes Kapitalbedarf bewusst sein. Der Kapitalbedarf ist keine objektiv gegebene, starre Grösse, sondern zwischen den drei Grössen Kapitalbildung, Zinsfuss und Kapitalbedarf besteht ein elastischer Zusammenhang, der zu einer Deckung der Grössen tendiert. Es kann dies ohne den Zusammenhang zwischen Zinsfuss und Gewinnrate nicht verstanden werden. Ein kapitalistisches Unternehmen kann auf die Dauer nur geführt werden, wenn seine Gewinnrate höher ist als der Zinsfuss<sup>5)</sup>, aber die Gewinnraten aller Unternehmungen sind in einem bestimmten Augenblick nicht gleich hoch. Gehen wir von der modernen und im allgemeinen sicherlich zutreffenden Vorstellung aus, dass es bei einer gegebenen gesellschaftlichen Situation für das ganze vorhandene und zuwachsende Kapital in der Gesellschaft die verschiedensten Verwertungsmöglichkeiten gibt, die von 0 Prozent Gewinnrate bis zu irgendeiner maximalen Höhe gehen, so ist es klar, dass bei einem gegebenen Zinsfuss von beispielsweise

<sup>5)</sup> Von dem Ausnahmefall dringlichsten Kapitalbedarfs, der auch zu Zinssätzen Befriedigung heischt, die höher sind als die mit dem Kapital erreichbare Gewinnrate, weil sonst das ganze Unternehmen oder die persönliche Existenz des Kapitalsuchenden gefährdet ist, kann hier abgesehen werden.

10 Prozent alle Kapitalanlagen, die weniger als 10 Prozent Gewinn einbringen, unterbleiben, und das verfügbare Kapital den höher als mit 10 Prozent rentierenden Anlagen zugeführt wird. Ist nun in einem gegebenen Augenblick die Kapitalbildung so hoch, dass die Kapitalansprüche aller mehr als 10 Prozent Gewinn abwerfenden Unternehmungen gesättigt werden können und noch ein Kapitalüberschuss bleibt, dann sinkt der Zinsfuß auf neun, acht usw. Prozent und macht damit Kapitalanlagen, die nur etwas mehr als neun, acht usw. Prozent abwerfen, rentabel. Mit dem sinkenden Zinsfuß steigt also der Kapitalbedarf, da immer mehr kapitalheischende Unternehmungen rentabel werden, und dieser Prozess setzt sich so lange fort, bis das Gleichgewicht zwischen Kapitalbildung und Kapitalbedarf hergestellt ist. Umgekehrt muss, wenn die Kapitalbildung nicht ausreicht, um bei einem zehnprozentigen Zinsfuß die Kapitalansprüche aller Unternehmungen, die mehr als 10 Prozent Gewinn abwerfen, zu befriedigen, der Zinsfuß über 10 Prozent steigen mit dem Effekt, dass der Kapitalbedarf sich verringert, da nur mehr höher rentierende Unternehmungen Kapital suchen, bis schliesslich durch das Zusammenschrumpfen des Kapitalbedarfs das Gleichgewicht zwischen den beiden Grössen hergestellt wird.

Wenn man also sagt: die Kapitalbildung reicht nicht aus, um den Kapitalbedarf zu befriedigen, so gibt diese Ausdrucksweise den Sachverhalt nur sehr ungenau wieder. Sie hat nur Berechtigung als eine verkürzte Formel für die Aussage: Der Kapitalbedarf ist im Verhältnis zur Kapitalbildung so gross, dass nur der Kapitalbedarf für Anlagen Befriedigung finden kann, die einen verhältnismässig hohen Zinsfuß vertragen. Bei dieser Formulierung muss man sich auch der Relativität des Begriffes „hoher Zinsfuß“ bewusst werden. Ein Zinsfuß von beispielsweise 10 Prozent (für langfristige Kapitalaufnahme) wird gewöhnlich als sehr hoch empfunden und scheint auf einen schweren Kapitalmangel hinzudeuten. Es ist aber auch möglich, dass in dem gegebenen Zeitpunkt die Gewinnraten im allgemeinen so hoch über 10 Prozent stehen, dass ein Zinsfuß von 10 Prozent keine andere Bedeutung hat und kein anderes Verhältnis zwischen Kapitalbildung und Kapitalbedarf widerspiegelt als zu anderen Zeiten ein Zinsfuß von beispielsweise 5 Prozent.

Nun wird gewöhnlich die *Kapitaleinfuhr* nach Deutschland als ein objektives Merkmal für das Missverhältnis zwischen Kapitalbildung und Kapitalbedarf angesehen. Es wird dabei ganz mechanisch angenommen, dass der Kapitalbedarf der deutschen Wirtschaft die innerdeutsche Kapitalbildung eben um den Betrag der Kapitaleinfuhr übersteigt. Auch dieser Auffassung liegt die oben gekennzeichnete Vorstellung zugrunde, als ob der Kapitalbedarf eine feste, objektiv gegebene Grösse sei. Die deutsche Wirtschaft, wird angenommen, brauchte im Jahre 1928 einen Kapitalzustrom von 13 oder 14 Milliarden Mark; da im Inland aber nur Kapital in der Höhe von 9 oder 10 Milliarden Mark neu gebildet wurde, musste das Defizit durch Kapitaleinfuhr gedeckt werden. Auch diese Vorstellung übersieht den Zusammenhang, der zwischen Kapitalbildung, Zinsfuß und Kapitalbedarf besteht. Die Kapitaleinfuhr lässt sich ja nur aus der Tatsache erklären, dass der Zinsfuß in bestimmten Ländern niedriger steht als in Deutschland.

Angenommen, es gäbe keine solche Zinsfußdifferenz, dann könnte eben keine Kapitaleinfuhr stattfinden, und das „Defizit“ in der Kapitalbildung würde verschwinden, d. h. der Kapitalbedarf würde sich der innerdeutschen Kapitalbildung anpassen. Es ist freilich zuzugeben, dass in diesem Fall der Zinsfuß in Deutschland noch weiter in die Höhe getrieben würde. Unter der Voraussetzung aber, dass aus ähnlichen Gründen der Zinsfuß im Ausland ebenso hoch stiege, würde unsere Argumentation ihre Gültigkeit behalten.

Es erhält also die übliche Vorstellung, die Kapitaleinfuhr sei ein Zeichen für ein Missverhältnis zwischen Kapitalbildung und Kapitalbedarf, auch erst dann einen Sinn, wenn man sie als verkürzte Formel für den Satz auffasst: Da der Kapitalbedarf im Ausland zu niedrigeren Zinssätzen befriedigt werden kann als in Deutschland, strömt so viel Kapital vom Ausland nach Deutschland, bis jene Kapitalanlagen gesättigt sind, deren Rentabilität zwischen den ausländischen und den deutschen Zinssätzen liegt. Auch diese Ausdrucksweise ist noch nicht ganz korrekt, denn die Kapitaleinfuhr übt ihrerseits dynamische Einwirkungen auf den Zinsfuß aus, sie wirkt zinsfußsteigernd im Ausland und zinsfußsenkend im Inland, wobei aber doch eine gewisse Spanne zwischen ausländischem und inländischem Zinsfuß infolge der mannigfachen Hemmnisse, die der Kapitaleinfuhr im Wege stehen, bestehen bleiben kann. Jedoch können diese Einzelheiten in diesem Zusammenhang, wo es uns nur auf die Herausarbeitung der grundsätzlichen Frage ankommt, vernachlässigt werden.

### *Die gegenwärtigen Verhältnisse auf dem deutschen Kapitalmarkt.*

Will man also die heutige Situation der deutschen Wirtschaft vom Kapitalbildungsproblem her verstehen, so muss man die Entwicklung und den gegenwärtigen Stand des Verhältnisses von Kapitalbildung und Kapitalbedarf im In- und Ausland überschauen. Über die innerdeutsche Kapitalbildung wurde oben schon das Wesentliche gesagt. Es muss aber andererseits auch festgestellt werden, dass trotz des überraschenden Wachstums der Kapitalbildung und trotz der Abschwächung der Konjunktur von der zweiten Jahreshälfte 1928 an das Verhältnis von Kapitalbildung und Kapitalbedarf, wie es sich im *Zinsfuß* widerspiegelt, sich *nicht gebessert* hat.

Die vom Statistischen Reichsamt herausgegebene Zeitschrift „Wirtschaft und Statistik“ stellt Berechnungen über die Jahresdurchschnittssätze für bestimmte Anlagen auf dem Geld- und Kapitalmarkt an. Es mögen hier als wichtigste Zinssätze neben dem Reichsbankdiskont die Privatkontosätze und die Diskontsätze für bankgierte Warenwechsel angeführt werden. Für die letzten Jahre sind eigentlich die Sätze für Warenwechsel wichtiger als die Privatkontosätze, weil diese mehr oder weniger manipuliert sind. Als Typ für langfristige Kapitalanlagen wählt die Statistik des Reichsamtes die Rendite der Goldpfandbriefe, d. h. ihre Verzinsung, gemessen nicht am Nennwert, sondern am jeweiligen Börsenkurs. Man muss sich freilich dessen bewusst sein, dass der Unternehmer, der langfristig Kapital beansprucht, einen höheren Zins bewilligen muss, da zwischen ihm und dem Gläubiger der Pfandbriefe oder ähnlicher Kapitalanlagen

noch die Bank steht. Die Statistik des Reichsamtes gibt nun folgende Zinssätze für den Jahresdurchschnitt an:

	1913	1925 in Prozent	1926	1927
Reichsbankdiskontsatz .....	5,885	9,153	6,743	5,824
Privatdiskont, kurze Sicht .....	5,033	7,65	4,96	5 51
Warenwechsel .....	—	8,95	5,75	5,79
Rendite der Goldpfandbriefe .....	4,215	9,00	7,75	7,33

Die Tendenz zur Rückkehr zu den Vorkriegszinssätzen ist also deutlich bemerkbar. Im Krisenjahr 1926 standen die Privatdiskontsätze sogar schon unter dem Vorkriegsniveau, im Jahre 1927 stand der Reichsbankdiskont im Jahresdurchschnitt auf der gleichen Höhe wie im Jahre 1913. Das Jahr 1928 zeigt aber merkwürdigerweise trotz der konjunkturellen Abschwächung eine andere Entwicklung, die freilich schon in der zweiten Jahreshälfte 1927 sichtbar wurde. Es seien hier nur einige monatliche Durchschnittsziffern herausgegriffen:

	Januar 1928	April 1928	Juli 1928	Oktober 1928	Januar 1929
Reichsbankdiskont .....	7,0	7,0	7,0	7,0	6,68
Privatdiskont .....	6,26	6,71	6,75	6,58	5,8
Warenwechsel .....	—	—	7,03	6,94	6,37
Rendite der Goldpfandbriefe ..	7,57	7,69	7,77	7,87	7,86

Es haben sich also während des ganzen Jahres 1928 alle Zinssätze ungefähr auf der gleichen, noch immer sehr beträchtlichen Höhe gehalten, und auch die Senkung des Reichsbankdiskonts im Januar dieses Jahres vermochte die Zinssätze noch nicht auf das durchschnittliche Niveau des Jahres 1927 herabzudrücken. Die Entwicklung der Zinssätze in den folgenden Monaten hat vielmehr bewiesen, dass die Senkung der Zinssätze im Januar nur der saisonmässigen Einbuchtung, die in diesem Monat üblich ist, entspricht.

Die Kehrseite dieser Zinsfussgestaltung müsste natürlich, wenn wir zunächst einmal annehmen wollen, dass die Kapitalmarktverhältnisse im Ausland konstant geblieben sind, eine Fortsetzung oder sogar Steigerung der Kapitaleinfuhr sein. Es ist auch tatsächlich anzunehmen, dass eine *leichte Steigerung der Kapitaleinfuhr* im Jahre 1928 noch stattgefunden hat. Leider gibt es heute noch keine Möglichkeit, die Kapitaleinfuhr direkt zu messen. Ziffernmässig bekannt ist nur der Betrag der im Auslande aufgenommenen Anleihen, unbekannt aber die Kapitaleinfuhr in allen anderen Formen<sup>\*)</sup>, unbekannt auch die Höhe des Zuwachses des von Deutschen im Auslande investierten Kapitals, die man von der Kapitaleinfuhr abziehen muss, um die Nettokapitaleinfuhr zu errechnen. Es gibt nur eine indirekte Methode zur Berechnung der Nettokapitaleinfuhr: die Berechnung des Saldos der Zahlungsbilanz. Wenn nämlich alle anderen Posten der Zahlungsbilanz ausser der Kapitaleinfuhr bekannt sind, dann stellt die Nettokapitaleinfuhr die Unbekannte dar, die sich nach dem Prinzip der Gleichung mit einer Unbekannten errechnen lässt. Die Reichskreditgesellschaft hat den

<sup>\*)</sup> Beteiligung ausländischen Kapitals an inländischen Anleihen, Erwerb deutscher Aktien und Immobilien Besitzes durch Ausländer, Gewährung kurzfristiger Kredite usw.

Versuch einer solchen Berechnung unternommen und gelangt zu folgenden Schätzungen der Nettokapitaleinfuhr:

	1925	1926	1927	1928
Anleihen .....	1,32	1,77	1,66	1,56
Sonstige Kapitaleinfuhr .....	2,15	— 0,99 <sup>7)</sup>	2,49	2,80
Nettokapitaleinfuhr.....	3,47	0,78	4,15	4,36

Es muss freilich betont werden, dass die Basis dieser Schätzungen eine höchst unsichere ist; denn die Posten der Zahlungsbilanz, aus denen diese Ziffern errechnet sind, sind nur zum Teil exakt, zum anderen Teil nur annähernd und zu einem weiteren Teil nicht viel besser bekannt als die Unbekannte Nettokapitaleinfuhr, die als Saldo der Zahlungsbilanz errechnet ist. Es muss darum hinter die ganze Berechnung der Reichskreditgesellschaft ein grosses Fragezeichen gesetzt werden. Vielleicht darf die Behauptung gewagt werden — wemgleich auch sie nicht auf ziffernmässig erfassbarer Grundlage beruht, sondern nur auf einem allgemeinen Urteil über die vermutliche Gestaltung der deutschen Zahlungsbilanz —, dass die Reichskreditgesellschaft die einzelnen Posten der Zahlungsbilanz zu „vorsichtig bewertet“, dass also in Wirklichkeit der Passivsaldo der Zahlungsbilanz, d. h. die Nettokapitaleinfuhr, niedriger ist, als die Reichskreditgesellschaft annimmt. Trotzdem dürfte es erlaubt sein, die Angaben der Reichskreditgesellschaft über die relativen Veränderungen der Kapitaleinfuhr für annähernd richtig zu halten, da die Schätzungsmethode die gleiche geblieben ist. Dann finden wir die Bestätigung unserer Annahme: Im Krisenjahr 1926, in dem der Zinsfuss in Deutschland relativ sehr niedrig war, ist die Kapitaleinfuhr im Saldo fast verschwunden, um im Jahre 1927 wieder hinaufzuzschnellen und im Jahre 1928 den Stand des Jahres 1927 noch zu übertreffen.

#### *Kapitalmarktverhältnisse im Ausland in den Jahren 1926 bis 1928.*

Es wurde schon oben erwähnt, dass es zur Beurteilung der gegenwärtigen Situation der deutschen Kapitalverhältnisse nicht genügt, die bisherige Kapitaleinfuhr kennenzulernen, sondern dass es auch auf die Kapitalmarktverhältnisse im Ausland ankommt. Für die Kapitalausfuhr aus den entscheidenden Kapital-exportgebieten — Vereinigte Staaten, England und Frankreich — stehen uns für das letzte Jahr leider nur sehr unvollkommene Ziffern zur Verfügung. Für *England* gibt es Schätzungen über die Nettokapitalausfuhr, die der englische Handelsminister nach derselben Methode aufstellt wie die Reichskreditgesellschaft für Deutschland.

Danach betrug die Nettokapitalausfuhr:

1926 .....	9	Millionen	Pfund	Sterling <sup>8)</sup>
1927 .....	114	„	„	„
1928 .....	149	„	„	„

Deutschland erhielt von England an langfristigen Anleihen:

1926 .....	137	Millionen	Mark
1927 .....	167	„	„
1928 .....	135	„	„

<sup>7)</sup> Kapitalausfuhr.

<sup>8)</sup> Bergarbeiterstreik!

Für die Vereinigten Staaten stammt die letzte Zahlungsbilanzschätzung aus dem Jahre 1927. Damals betrug die Nettokapitalausfuhr 665 Millionen Dollar. Die langfristigen Anleihen, die von den Vereinigten Staaten dem Auslande gewährt wurden, sind in der Regel bedeutend höher als die Nettokapitalausfuhr, ein Zeichen dafür, dass die Vereinigten Staaten auch viel ausländisches Kapital an sich ziehen.

So wurden an langfristigen Anleihen von den Vereinigten Staaten dem Auslande gewährt:

1926 .....	1318 Millionen Dollar
1927 .....	1586 „ „
1928 .....	1453 „ „

Der Abfall im Jahre 1928 gegenüber 1927 ist nicht sehr bedeutend. Das Bild verändert sich aber, wenn man die Vierteljahrsstatistik verfolgt.

Es betragen die von den Vereinigten Staaten an das Ausland gewährten Anleihen:

	1927 in Millionen Dollar	1928
1. Vierteljahr .....	377,5	409,4
2. „ .....	411,2	643,8
3. „ .....	269,7	160,1
4. „ .....	528,4	239,6

Für die *französische* Kapitalausfuhr, die vorläufig nur zum geringsten Teil in Form der direkten Gewährung von Anleihen erfolgt, reichen die Schätzungen nur bis zum Jahre 1927. Die Nettokapitalausfuhr betrug, nach der Zahlungsbilanzmethode geschätzt, im Jahre 1926 15 335 Millionen Franken und im Jahre 1927 9356 Millionen Franken. Im Jahre 1928 dürfte sie wieder wesentlich höher gewesen sein als 1927.

Aber diese an sich schon sehr unvollkommenen Angaben über die Kapitalausfuhr aus den wichtigsten Ländern vermitteln kein erschöpfendes Bild von der gegenwärtigen Situation des internationalen Kapitalmarktes. Viel bedeutungsvoller sind für diesen Zweck die Angaben über die Veränderungen der *Zinssätze* in den letzten Monaten. Es seien hier die wichtigsten Geldmarktsätze in den drei erwähnten Kapitalexportländern genannt:

	England		Vereinigte Staaten		Frankreich	
	Bankrate	Privatdiskont	Bankrate	Privatdiskont	Bankrate	Tägliches Geld am Monatsende
	im monatlichen Durchschnitt					
1928 Januar .....	4,5	4,17	3,5	3,4	4,0	2,75
April .....	4,5	4,01	4,0	3,88	3,5	3,0
Juli .....	4,5	3,99	5,0	4,42	3,5	2,75
Oktober .....	4,5	4,34	5,0	4,56	3,5	2,88
1929 Januar .....	4,5	4,31	5,0	4,94	3,5	3,25
Februar .....	5,5	5,05	5,0	—	3,5	3,0

Diese Zusammenstellung bestätigt den Eindruck, den die laufenden Berichte aus diesen Ländern schon vermittelt haben. Besonders der dramatische Kampf um die Erhöhung der Bankrate, der sich zwischen England und den Vereinigten Staaten im Februar dieses Jahres abgespielt hat, und die Geldklemme auf der Neuyorker Börse Ende März, die die Tagesgeldsätze bis auf 20 Prozent

hinaufschnellen liess, beleuchtete blitzartig die Zuspitzung der Situation auf dem Geldmarkt der beiden Länder. Man darf daraus freilich noch nicht ohne weiteres den Schluss ziehen, dass die Kapitalausfuhr aus den Vereinigten Staaten und England in der nächsten Zeit empfindlich zurückgehen wird. Inland und Ausland konkurrieren ja um das verfügbare Kapital. Ein Steigen der Zinssätze im Inland, d. h. in diesem Fall in den Vereinigten Staaten und England, verrät den Drang des Inlands, mehr Kapital an sich zu ziehen. Wenn aber parallel damit die Zinssätze im Ausland steigen, dann bleibt doch die Zinsspanne, die das Kapital zum Teil ins Ausland drängt, bestehen. Von diesem Gesichtspunkt wird es erklärlich, warum in den letzten Monaten in Deutschland die Zinssätze relativ so stabil geblieben sind, obwohl die Konjunktur sich verschlechterte: Angesichts der steigenden Zinssätze in den Kapital exportierenden Ländern hätte ein Sinken des Zinsfusses in Deutschland die deutsche Konkurrenz um das Auslandskapital lahmgelegt. So stark war aber der Rückgang der Konjunktur in Deutschland nicht, dass es auf die Kapitaleinfuhr völlig hätte verzichten können. Andererseits wäre es bei einem Sinken des Zinsfusses in Deutschland und einem Steigen im Ausland unvermeidlich geworden, dass ein grosser Teil der in Deutschland arbeitenden kurzfristigen Auslandskredite zurückgezogen worden wäre. Auch dieser Gefahr konnte nur durch eine Aufrechterhaltung der Zinsfussdifferenz zwischen Deutschland und dem Ausland vorbeugt werden.

Es darf nur nicht daran vorbeigegangen werden, dass diese Überlegungen zwar für die bisher wichtigsten Kapitalausfuhrgebiete, die Vereinigten Staaten und England, gelten, hingegen nicht für Frankreich. Die französischen Zinssätze beharren, wie aus unserer Zusammenstellung ersichtlich ist, noch immer auf einem auffallend niedrigen Stand, und alle Anzeichen sprechen dafür, dass Frankreich trotz der Erwerbung wichtiger Industriegebiete und der Fortschritte des Industrialisierungsprozesses innerhalb des alten Staatsgebiets bald wieder als Kapital exportierendes Land mit starker innerer Kapitalbildung und verhältnismässig schwachem Kapitalbedarf eine entscheidende Rolle auf dem internationalen Kapitalmarkt spielen darf.

#### *Der internationale Kapitalmarkt und der künftige deutsche Kapitalbedarf.*

Im grossen und ganzen aber sind die *Aussichten für die internationale Kapitalmarktsituation für die nächste Zeit verhältnismässig ungünstig*. Besonders fühlbar dürfte sich die beengte Lage auf dem Kapitalmarkt machen, wenn die Reparationsverhandlungen in Paris zu einem günstigen Abschluss gelangen. Denn in diesem Fall wird unzweifelhaft mit der Kommerzialisierung eines Teiles der Reparationsschulden und mit der baldigen Auflegung eines grossen Betrages auf dem internationalen Kapitalmarkt zu rechnen sein. Freilich ist diese Mehrbelastung des Kapitalmarkts nicht im vollen Betrage eine dauernde; denn ihr steht eine Verringerung der Beanspruchung des Kapitalmarkts von seiten der Empfänger der kapitalisierten Reparationen gegenüber. Aber für die nächsten Monate wird sich sicher nur die Belastung des Kapitalmarktes und erst viel später die teilweise Entlastung bemerkbar machen. Für Deutschland als Geld-



nehmer wird freilich ein günstiger Ausgang der Reparationsverhandlungen den Vorteil mit sich bringen, dass es den Kapitalexporthändern als sichererer Schuldner erscheinen und dementsprechend die Risikoprämie, die in jedem Kreditzins enthalten ist, herabgedrückt werden wird.

Auf der anderen Seite ist für die nächste Zeit eine *starke Nachfrage nach Kapital von Deutschland* aus zu erwarten — immer freilich mit der Einschränkung, dass ihre Höhe mit vom Zinsfuss abhängt. Wenn auch der Kapitalbedarf für Rationalisierungszwecke nicht mehr so stürmisch sein dürfte wie in den letzten Jahren, so sind doch noch grosse Lücken in der Ausrüstung der deutschen Produktions- und Verbrauchswirtschaft auszufüllen. Die Reichskreditgesellschaft hat für die Jahre 1925 bis 1927 den Versuch unternommen, die Frage zu klären, für welche Zwecke das im Inland neugebildete und vom Ausland eingeführte Kapital beansprucht worden ist, und gelangt zu folgendem Ergebnis:

Zuwachs an:	1925	1926	1927
	in Milliarden Mark		
Wohngebäuden .....	2,0	2,4	3,2
Öffentlichen und gewerblichen Gebäuden .....	1,0	0,9	1,1
Verkehrsmitteln .....	1,0	1,4	1,9
Maschinen .....	0,8	0,3	1,0
Elektrizitäts-, Gas-, Wasser-, Tiefbau- und sonstigen Anlagen } .....	3,9	?	2,2
Lagervorräten .....		?	1,5
Hausrat .....	0,8	0,8	1,1
	9,5	?	12,0

Den grössten Posten stellte also 1927 — und sicherlich auch 1928 — der Zuwachs an Wohngebäuden dar. Nun ist für das laufende Jahr eine Wohnbautätigkeit mindestens von gleichem Umfange zu erwarten wie in den beiden vorhergehenden Jahren. Es muss dabei berücksichtigt werden, dass dank der öffentlichen Bewirtschaftung des Wohnungswesens für dieses Investitionsgebiet die Abhängigkeit des Kapitalbedarfs vom Kapitalangebot schwächer ist als für die privatkapitalistischen Investitionen. Denn die öffentlichen Mittel werden auf jeden Fall für den Wohnungsbau zur Verfügung gestellt. Da aber an ihre Verteilung die Bedingung geknüpft ist, dass auch das restliche Baukapital in bestimmter Proportion aufgebracht wird, ist der Gesamtbetrag des Kapitalanspruchs für den Wohnungsbau im grossen und ganzen gegeben. Noch unabhängiger vom Kapitalmarkt ist der Zuwachs an öffentlichen Gebäuden, der in ähnlicher Höhe zu erwarten ist wie in den Vorjahren. Dass auch das Verkehrswesen grosse Ansprüche an den Kapitalmarkt stellen wird, erhellt aus den Kapitalbeschaffungsplänen der Reichsbahn und den grossen Erweiterungsplänen der Berliner Verkehrs-A.-G. Auch das stürmische Tempo der Entwicklung der Elektrizitätswirtschaft, der Wasserbauten usw. dürfte sich im laufenden Jahr kaum verlangsamen, worauf die grosse Zahl der in Ausführung begriffenen oder für die nächste Zeit beschlossenen Projekte hinweist. Der Zuwachs an Hausrat geht ungefähr parallel mit dem Zuwachs an Wohngebäuden. Eine erhebliche Verringerung des Zuwachses an gewerblichen Gebäuden und an Maschinen dürfte ebenfalls noch nicht zu erwarten sein. Der einzige Posten, bei dem eine

fühlbare Einschränkung möglich wäre, ist der Zuwachs an Lagervorräten. Sollte aber die häufig ausgesprochene Vermutung zutreffen, dass die Lager vorräte in den letzten Monaten sehr stark abgenommen haben, so wäre es immerhin denkbar, dass eine Wiederauffüllung der Lager bis zu einer bestimmten Höhe auch einen ansehnlichen Kapitalbedarf für diese Zwecke hervorruft wird.

*Die gegenwärtige Aufgabe: Steigerung der Produktivität, der Kapitalbildung und des Lohnniveaus.*

Es muss also auf Grund dieser Perspektive für den internationalen Kapitalmarkt und den deutschen Kapitalbedarf unverhohlen der Befürchtung Ausdruck gegeben werden, dass für absehbare Zeit die *Situation auf dem deutschen Kapitalmarkt nach wie vor gespannt* bleiben wird. Welche Rückschlüsse daraus für die Gesamtlage der deutschen Wirtschaft gezogen werden müssen, ist allerdings eine andere Frage. Es gibt Theoretiker — und zu ihnen gehören gerade die der Gewerkschaftsbewegung nahestehenden oder aus ihr hervorgegangenen Theoretiker wie *Massar, Tarnow, Marschak* —, die in einer relativ zu reichlichen Kapitalbildung eine ständige Gefahren- und Krisenquelle für die Wirtschaft sehen. Denn überreichliche Kapitalbildung verleitet zu übermässiger Ausdehnung der Produktionsanlagen, der die Entwicklung der Konsumgüternachfrage nicht nachzukommen vermag, also zu Investitionen, die sich dann als Fehlinvestitionen erweisen. Ja, es gibt eine grosse nationalökonomische Schule, die überhaupt das ganze Phänomen der Konjunkturschwankungen auf die überreichliche Kreditversorgung in der Periode des Konjunkturanstiegs zurückführt (die sie freilich nicht auf Kapitalbildung, sondern auf Geldschöpfung beruhen lässt).

Diese Argumente sind sicherlich beachtlich. Denn Kapitalbildung ist nur die eine Seite eines Vorganges, dessen andere ebenso wichtige Seite die Kapitalverwendung darstellt. Je reichlicher die Kapitalbildung, desto grösser die Gefahr der Kapitalverschwendung durch Verschärfung der Missverhältnisse zwischen den einzelnen Produktionssphären und zwischen Produktions- und Absatzmöglichkeiten. Man muss sich freilich dessen bewusst bleiben, dass sich, solange die kapitalistische Wirtschaft bestehen bleibt, Spannungen zwischen Kapitalbildung und Kapitalbedarf, zwischen dem Ausbau der Produktionsanlagen und der Warennachfrage, kurz, die Schwankungen der Konjunktur nicht ganz werden vermeiden lassen.

Aus diesen und anderen Gründen darf ein hoher Zinsfuss nicht von vornherein als Symptom einer ungünstigen Wirtschaftslage aufgefasst werden. Er kann gewiss unter Umständen die Produktion hemmen und das Signal für den Ausbruch einer Krise darstellen. Er kann aber auch unter anderen Umständen das Anzeichen für einen industriellen Aufschwung sein und auf eine durchschnittlich hohe Gewinnrate hindeuten. Der Ausfall der Grenzbetriebe, d. h. die Unmöglichkeit, Unternehmungen zu betreiben, die mit niedrigeren Gewinnraten arbeiten, wird in diesem Falle durch die Ausdehnung der übrigen, höher rentierenden Unternehmungen überkompensiert. Und diese Auslese ist vom Standpunkt der

Kapitalverwendung, der beim Kapitalbildungsproblem immer im Auge behalten werden muss, nur erwünscht. Dass es auch hierfür eine Grenze gibt, dass die Spanne zwischen Kapitalbedarf und Kapitalbildung und damit der Zinsfuß auf eine Höhe steigen kann, wo durch das Anwachsen der Zahl der ausfallenden Grenzbetriebe und das Zusammenschrumpfen der noch rentierenden Unternehmungen die Kompensationsmöglichkeiten aufhören und ein absoluter Produktionsrückgang unvermeidlich wird, folgt sinngemäss aus dem oben über das Problem der Grenze Gesagten.

Überblickt man von diesen Gesichtspunkten die Kapitalsituation der deutschen Wirtschaft, so muss man nach Abwägung alles Für und Wider zweifellos zu dem Schluss gelangen, dass eine *möglichst starke innere Kapitalbildung*, von den Gefahren der Fehlinvestitionen abgesehen, die mit jeder Produktionssteigerung verbunden sind, für absehbare Zeit eine *Erleichterung* für die Gesamtlage der Wirtschaft mit sich bringen würde. Sie ist schon deshalb begrüßenswert, damit jene volkswirtschaftlich früher oder später unerlässliche *Wendung der Zahlungsbilanz* eintritt, die es Deutschland trotz der Reparationszahlungen gestattet, seine Schulden allmählich abzutragen.

Hat also doch die heute im bürgerlichen Lager herrschende Theorie recht, die mit dem Hinweis auf das Kapitalbildungsmanko das heutige Lohnniveau für zu hoch und jedenfalls eine weitere Steigerung für gefährlich hält? *Halasi* hat vor einiger Zeit in seiner „Weltwirtschaftlichen Korrespondenz“ ein Bild gebraucht, das die heutige Situation ausgezeichnet charakterisiert. Er spricht von einem Mann, dessen Haus von einem Erdbeben zerstört wurde, und der auf den wirtschaftlich absurden Gedanken verfällt, den Vermögensverlust aus dem Einkommen der nächsten Zeit auszugleichen, statt sein Haus mit fremdem Geld neu aufzubauen und seine Schulden erst allmählich zu tilgen. In ähnlicher Lage wie der vom Erdbeben heimgesuchte Mann befindet sich die deutsche Wirtschaft nach der Katastrophe des Krieges und der Inflation und unter dem Druck der Reparationszahlungen. Wäre es möglich und wäre es auch nur zweckmässig, das Kapitalmanko der deutschen Wirtschaft durch übermässig forcierte Kapitalbildung in kurzer Zeit auszugleichen? Gewiss, es soll nochmals zugestanden werden: die heutige Situation der deutschen Wirtschaft erfordert eine möglichst hohe Kapitalbildung, aber auch hier taucht das Problem der Grenze auf, nur von der anderen, von unserer Seite her gesehen.

Zunächst muss beachtet werden, dass *die heutige Kapitalbildung im Verhältnis zu den beschränkten Wirtschaftskräften Deutschlands ohnehin schon sehr hoch* ist. Es wurde zwar oben eine Schätzung der Kapitalbildung im vorigen Jahre vermieden. Aber vielleicht darf doch die Behauptung gewagt werden, dass die vorjährige Kapitalbildung Deutschlands hinter der des Jahres 1913, auch unter Berücksichtigung der Geldentwertung, nicht wesentlich zurückbleibt<sup>9)</sup>. Das bedeutet, dass zwar nicht das Kapitalmanko Deutschlands, wohl aber das

<sup>9)</sup> Wir folgen dabei freilich nicht der Helfferichschen Schätzung von 8,5 Milliarden Mark für das Jahr 1913, die wahrscheinlich zu hoch gegriffen ist, weil sie die innere Akkumulation der Unternehmungen ausserordentlich hoch einschätzt und auch den Kreditorenzuwachs der Banken berücksichtigt, sondern der Rogowski'schen Schätzung von 6,0 bis 7,5 Milliarden Mark.

Kapitalbildungsmanko bereits aufgeholt, ja eine *relative Steigerung der Kapitalbildung gegenüber der Vorkriegszeit* eingetreten ist, wenn man den Gebietsverlust und die Belastung der deutschen Wirtschaft mit Reparationen und inneren Kriegslasten berücksichtigt. Die Lohnsteigerungen, die seit der Stabilisierung der Währung stattgefunden haben, konnten also kein Hemmnis für die relative Steigerung der Kapitalbildung über das Vorkriegsniveau darstellen.

Ist aber mit diesen Lohnsteigerungen die Grenze erreicht, oder könnte nicht gar durch einen Druck auf die Löhne die Kapitalbildung noch weiter forciert werden? Dieser Auffassung müssen immer wieder die beiden Erkenntnisse entgegengehalten werden, die die Gewerkschaftstheorie herausgearbeitet hat: Lohndruck lähmt den Antrieb zur Steigerung der Produktivität der Wirtschaft und verengert den inneren Markt für Fertigwaren, auf dessen Ausdehnung gerade eine so hoch entwickelte Wirtschaft wie die deutsche absolut angewiesen ist, wenn sie auf dem Weltmarkt konkurrenzfähig bleiben und ihren Export steigern will. Gewiss sollen damit nicht schrankenlose Lohnsteigerungen propagiert werden. Es wurde ja in diesen Zeilen immer wieder auf das Problem der Grenze hingewiesen. Es soll ohne weiteres zugestanden werden, dass weitgehende allgemeine Lohnsteigerungen in der heutigen Kapitalsituation der deutschen Wirtschaft nur möglich sind, soweit zu erwarten ist, dass sie einen wirksamen Antrieb zur Erhöhung der Produktivität der Wirtschaft geben, oder soweit eine solche Produktivitätssteigerung bereits eingetreten ist. (Dieser Zusammenhang gilt natürlich nur allgemein. Da die Steigerung der Produktivität der Wirtschaft sich zum Teil nur gesamtwirtschaftlich feststellen lässt, die Löhne aber branchenweise festgesetzt werden, kann von den Gewerkschaften unmöglich verlangt werden, dass sie bei Lohnforderungen in jedem einzelnen Falle auf die direkten, sichtbaren Relationen zwischen Produktivität und Lohnhöhe innerhalb des betreffenden Wirtschaftszweiges Rücksicht nehmen.)

Der Schlüssel der heutigen Situation liegt eben in der Produktivitätsfrage. Nur durch Steigerung der Produktivität, die zu einer Vermehrung des Sozialprodukts führt, kann eine nennenswerte Steigerung der Kapitalbildung, der kapitalistischen sowohl wie der nichtkapitalistischen, erreicht werden.

Man wende dagegen nicht ein, dass hier ein Zirkelschluss vorliegt: Erhöhung der Produktivität setze entsprechenden zusätzlichen Aufwand von Kapital voraus, an dem es eben fehle. Die Geschichte der deutschen Wirtschaft seit 1924 beweist, dass unsere Auffassung keinen Zirkelschluss in sich enthält. Sie beweist, dass trotz zunächst schwacher Kapitalbildung die Produktivität der Wirtschaft bedeutend gesteigert werden konnte, zunächst natürlich durch Ergänzung der inneren Kapitalbildung durch den Zustrom ausländischen Kapitals. Damit hat sich aber die innere Kapitalbildung gesteigert, so dass, wenn man auf diesem Wege fortfährt, der Zeitpunkt nicht mehr fern sein kann, wo die Krücken der Kapitaleinfuhr weggeworfen werden können.

Zur Illustration dieser Auffassung sei folgende, nur in den Ziffern, aber nicht der Tendenz nach, willkürliche Annahme gemacht: Bei einer jährlichen Kapitalzufuhr von 13 Milliarden Mark in die deutsche Wirtschaft steigere sich ihre

Produktivität und damit das Sozialprodukt so stark, dass mit einer jährlichen Zunahme der Kapitalbildung um eine Milliarde Mark gerechnet werden kann, vorausgesetzt, dass das neugebildete und eingeführte Kapital so rationell und produktiv wie möglich verwendet wird und die Fehlinvestitionen auf ein Minimum herabgedrückt werden. Dann würde die Kapitaleinfuhr von Jahr zu Jahr um 1 Milliarde Mark sinken können, in drei bis vier Jahren ganz verschwinden und von da an die Tilgung der äusseren Schulden beginnen.

Man wird diese Vorstellung nicht für übertrieben halten, wenn man berücksichtigt, dass es sich bei dem gegenwärtigen Kapitalbedarf der deutschen Wirtschaft zum grossen Teil um reinen Nachholungsbedarf handelt, um Nachholung des in anderen hochkapitalistischen Ländern erreichten Standes der Rationalisierung und um Ausgleichung des Wohnungsmankos. Bedenkt man bloss, dass infolge der Verlangsamung des Bevölkerungswachstums nicht nur der Wohnungsbedarf in absehbarer Zeit fühlbar zurückgehen wird, sondern auch der übrige Teil jenes Kapitalbedarfs, den die Versorgung einer wachsenden Bevölkerung hervorruft, so findet unsere Argumentation, die mit einer verhältnismässig raschen Ausgleichung des Kapitalmankos rechnet, eine starke Stütze.

Auch eine eingehende und vorurteilslose theoretische Untersuchung über den gegenwärtigen Stand der Kapitalbildungsfrage, wie sie in diesen Zeilen versucht wurde, rechtfertigt also vollauf die von den deutschen Gewerkschaften vertretene Auffassung: *Nicht Druck auf den Lohn* kann der deutschen Wirtschaft in ihrer heutigen, gewiss schwierigen Situation helfen, sondern nur *Förderung aller Bemühungen um eine Steigerung der Produktivität der Wirtschaft*, die mit dem *Wachstum des Sozialprodukts* eine *Steigerung der Löhne und der Kapitalbildung zugleich* ermöglicht.

---

## Hohe Zölle — hohe Löhne?

Von Wilhelm Grotkopp

Die hohen Löhne, der höhere Standard of life, dessen sich die amerikanischen Arbeiter im Gegensatz zu denen anderer Länder erfreuen, ist nur möglich dank der Schutzzollpolitik, die die republikanische Partei stets befürwortet und durchgeführt hat, die in Ländern mit niedrigen Löhnen hergestellte Waren vom amerikanischen Markt fernhält sowie ständige Beschäftigung für die Arbeiter und angemessenen Gewinn für die Fabrikanten sichert, und dank der Einwanderungspolitik.“

In diesen Worten des in Kansas City 1928 angenommenen republikanischen Programms kommt die in der amerikanischen Öffentlichkeit vorherrschende Auffassung über die Grundlagen der amerikanischen Prosperität zum Ausdruck. Diese Worte sind nicht als parteiagitorische Formulierungen aufzufassen, die nun einmal aus Tradition gemacht und von früher übernommen sind, obgleich kaum noch einer an sie glaubt, sie sind auch nicht einer von vielen Programmpunkten, die Fragen betreffen, die nur Amerika interessieren,

sie berühren vielmehr den weltwirtschaftlich-sozialpolitisch entscheidenden Punkt amerikanischer Wirtschaftspolitik. Diese Worte umfassen eine Fülle von Problemen, die unbedingt einer befriedigenden Lösung, und zwar nicht nur theoretischer Art, zugeführt werden müssen, wenn eine Politik im Interesse der Werktätigen nicht nur eine solche des Tages oder des Ortes sein soll. Sie betreffen das Problem der weltwirtschaftlichen Bedingtheit der Sozialpolitik, der Grenze, die bei nicht ausreichender internationaler Solidarität den Bemühungen der Gewerkschaften aus weltwirtschaftlichen Gründen gesetzt ist. Wenn nun gar in dem weltwirtschaftlich entscheidenden Lande die massgebende Partei<sup>1)</sup>, der Millionen Arbeiter ihre Stimme geben, in so unzweideutiger Form zu diesem Fragenkomplex Stellung nimmt, kann hieran nicht vorbeigegangen werden. Doch wir wollen hier nicht den ganzen Fragenkreis anschnelden, sondern nur das Verhältnis: Hohe Zölle — hohe Löhne? einer Betrachtung unterziehen.

Die USA. führen eine überaus rabiate Hochschutzzollpolitik. Ausser einigen in Amerika überhaupt nicht oder nicht in nennenswertem Umfang vorhandenen Rohstoffen und Lebensmitteln, wie Kautschuk, Rohseide, Kaffee, Zucker, führen die USA. nichts in grösseren Mengen ein, der Import von Fertigwaren ist mit Hilfe teilweise mehr als 100 Prozent des Wertes ausmachender Zölle auf ein Minimum begrenzt, ausgesprochene Ausnahmerecheinung, der Export der europäischen Fertigwarenindustrie nach diesem reichen Lande besagt im Vergleich zu dem nach ärmeren und kleineren Märkten nicht viel, so dass die europäischen Exportinteressenten in dieser Frage das bedeutsamste weltwirtschaftliche Problem der Gegenwart sehen<sup>2)</sup>. Das wichtigste Argument zugunsten dieser Schutzzollpolitik, mit dem vor allem den Konsumenten die mit dieser Zollpolitik verbundene Last schmackhaft gemacht werden soll, ist die Behauptung, dass die hohen amerikanischen Löhne nur dank den amerikanischen Zöllen gezahlt werden können. Die Bedeutung dieses Argumentes ist also, dass es die amerikanischen Arbeiter für eine Zollpolitik gewinnen soll, die einen sehr nachteiligen Einfluss auf die Arbeitsbedingungen der europäischen Industrie ausübt. Ferner ist zu beachten, dass in anderen Ländern dieses Argument aufgegriffen wird, um eine neue Stütze gegen den Ansturm der Antizollbewegung zu erhalten, um wie in Amerika, so auch in anderen Ländern die Arbeiter in das Lager der Hochschutzzollpolitik zu ziehen. Was besagt nun dieses Argument in Amerika?

Wie bedeutsam das Argument heute ist, geht unter anderem daraus hervor, dass der jetzige Präsident Hoover in einem ausführlichen Artikel, auf den nachher noch zurückzukommen sein wird, die Behauptung aufstellte, dass die amerikanischen Löhne in ihrer jetzigen Höhe bei einem Aufgeben der Hochschutzzollpolitik nicht mehr gezahlt werden könnten. Mellon, der wohl einflussreichste amerikanische Wirtschaftspolitiker, betonte ebenfalls kürzlich, dass der Zolltarif den amerikanischen Arbeitern die höchsten bisher gezahlten Löhne gebracht hätte. Die amerikanische Sektion der Internationalen Handelskammer

<sup>1)</sup> Die andere amerikanische Partei, die demokratische, bekennt sich übrigens jetzt zu denselben Grundsätzen.

<sup>2)</sup> Vgl. hierzu u. a. meine Aufsätze in der „Zeitschrift für Geopolitik“, September 1927, März 1928, Juli 1928 und März 1929.

weist in einem Gutachten vom Februar 1927 darauf hin, dass nach der in den USA. vorherrschenden Auffassung der hohe Zollschatz in Amerika nötig sei, solange der beträchtliche Unterschied zwischen der Lohnhöhe in den USA. und in den anderen Ländern bestehe. Die Stellung der Gewerkschaften wird uns später ausführlicher beschäftigen; die bisher gegebenen Beispiele mögen als Beleg dafür gelten, welche Bedeutung man in Amerika der Argumentation „Hohe Zölle — hohe Löhne“ beimisst.

Dieses Argument kam etwa um 1840 auf, diente zunächst der Verbrämung der Interessen der Eisenindustrie, wurde sehr bald auch von anderen Interessenten angewandt, zumal es sich als eine wirkungsvolle Gegenwaffe gegen die Behauptung erwies, dass Amerikas Hochschutzzollpolitik nur dem Interesse des „big business“, nur der Erzielung von Monopolgewinnen seitens der Truste diene. Ausserdem wird es als ein propagandistisch wirkungsvolles, leichtverständliches Argument angesehen, da es doch dem „Manne des Volkes“ plausibel erscheinen müsse, dass bei einem Abbau der Zölle der Fabrikant vor die Frage gestellt werde, entweder die Fabrik zu schliessen oder die Löhne zu ermässigen. Es liegt auf der Hand, den weiteren Schluss zu ziehen, dass Amerika nur deswegen höhere Löhne als alle anderen Länder zahlen könnte, weil die Zölle die Waren anderer Länder nicht ins Land lassen. Seit 1840 wird dieses Argument dem Manne des Volkes eingehämmert, für viele ist heute dieses Argument zu einer These geworden, die einfach nicht mehr bezweifelt werden darf.

McKinley formulierte diese Gedanken 1888 in einer Parlamentsrede wie folgt: „Solange die Löhne in einem amerikanischen Wirtschaftszweig höher sind als in Europa, müssen wir als Kompensation für diese Differenz einen Schutzzolltarif haben. Welcher Zweig es auch sein mag, er muss geschützt werden gegen die Konkurrenz der Länder, in denen niedrigere Löhne gezahlt werden. Geschieht dies nicht, dann müssen wir die Produktion aufgeben oder die Löhne auf das im Konkurrenzland massgebliche Niveau senken.“

Vergebens suchen wir in der propagandistischen und sonstigen Literatur über das amerikanische Zollproblem nach einem Beweis für diese Behauptung, deren Beweiskräftigkeit natürlich nicht dadurch wächst, dass sie von den verschiedensten Instanzen immer wiederholt wird. Gelegentlich werden als Beleg für die These einige Zahlen über amerikanische Löhne angeführt, doch eine Theorie, die letzten Endes auf eine solche des absoluten Schutzzolles hinauslaufen würde, ist nicht entwickelt worden. Dies wäre ja an und für sich nur als Bestätigung dessen aufzufassen, dass eine Schutzzolltheorie als solche nicht möglich ist. Eine Schutzzollpolitik ist bekanntlich immer nur als ein System der Wirtschaftspolitik, nicht als Theorie aufzufassen; Schutzzoll ist ein wirtschaftspolitisches Ziel, über das der Theoretiker als solcher nichts aussagen kann, denn hier ist die subjektive Auffassung über den Gesellschaftszustand entscheidend.

Von der Lohntheorie, von der Deutung des „Geheimnisses der hohen Löhne“ aus ist an dies Problem auch nicht heranzukommen. Der Lohn ist bekanntlich von den verschiedensten Momenten abhängig, wie z. B. Existenzminimum der Arbeiter, Produktivität der Arbeit, Zahl der Arbeiter, Höhe des zur Zahlung von

Löhnen zur Verfügung stehenden Kapitals, den natürlichen und technischen Arbeitsbedingungen und der Macht der Organisationen der Arbeiter, jedoch ist es noch keinem Lohntheoretiker eingefallen, in seinem Versuch der Deutung der Lohnhöhe der Zollpolitik einen entscheidenden Einfluss zuzugestehen.

Wenn trotzdem das Argument „Hohe Zölle — hohe Löhne“ seit fast einem Jahrhundert in Amerika seine Lebenskraft behauptet hat, wenn es bei der letzten Präsidentenwahl von ebenso entscheidender Bedeutung war wie im Jahre 1840, so wohl nur deshalb, weil der Schluss von einem möglichen Einzelfall auf allgemeine Verhältnisse so nahe liegt und gegebenenfalls das gewünschte Ergebnis zeitigen kann. Es ist in der Wirtschaftsgeschichte Amerikas vorgekommen, dass die Stilllegung von Fabriken durch die Einführung hoher Zölle verhindert wurde, so besonders in den Zeiten nach den napoleonischen Kriegen, nach dem Bürgerkrieg und nach dem Weltkrieg; jedesmal standen auch die Arbeiter in der vordersten Reihe der Kämpfer für einen Schutzzoll. Es ist auch unbestreitbar, dass heute nicht nur einzelne Fabriken, sondern ganze Wirtschaftszweige in Amerika nur existieren, weil ihnen hohe Zölle bewilligt worden sind. Dies gilt z. B. für die Wollindustrie, die Seidenindustrie, die Farbenindustrie und einige Zweige der Stahlindustrie. Der Schluss wird aber zu leicht gezogen, dass dieser Gewinn für einige Zweige auch einen solchen für die gesamte Wirtschaft bedeute; ausser acht gelassen wird, dass für andere amerikanische Wirtschaftszweige und für die Gesamtwirtschaft dieser einigen gewährte Schutz eine Belastung bedeuten muss. Zu klar erscheint es ferner nach den Verteidigern dieser These, dass die Konkurrenzverhältnisse für eine Ware, zu deren Herstellung überall gleich viel Arbeit nötig ist, infolge der Lohnverhältnisse für Amerika ungünstig liegen. Aber sehr selten wird der Schluss gezogen, dass die amerikanische Wirtschaft die Produktion auf die Güter spezialisieren sollte, zu deren Herstellung Kapital und Boden bedeutsamer sind als die Arbeitskraft.

Der entscheidende Punkt ist eben die Frage, ob auf Grund dieser Einzelfälle, in denen die Bedeutung des Zolles für die Höhe der ausgezahlten Löhne nicht abgestritten werden kann, der allgemeine Schluss, dass hohe Löhne nur bei hohen Zöllen möglich seien, und der, dass die Arbeiter Nutzniesser des Schutzzollsystems seien, gezogen werden kann. Auf diese Frage gibt die Theorie des internationalen Handels die einzig mögliche Antwort. Sie lässt einen solchen Schluss als nicht berechtigt erscheinen, lehrt sie uns doch<sup>3)</sup>, dass jedes Land am besten dabei fährt, wenn es die Produktion auf die Güter spezialisiert, die in dem betreffenden Land besonders vorteilhaft hergestellt und überallhin exportiert werden können, während es dagegen die anderen Erzeugnisse importiert. Dagegen muss es eine Belastung der über die günstigsten Standorte verfügenden Industriezweige sein, wenn einige andere Zweige künstlich gefördert werden, diese Belastung muss stets grösser sein als der Vorteil, den einige Arbeiter oder Unternehmer aus einer Schutzzollpolitik ziehen. Speziell liegt ja

<sup>3)</sup> Vgl. zur Ergänzung der obigen Ausführungen über das allgemeine Problem Freihandel oder Schutzzoll meine Artikelserie in der „Konsumentenökonomischen Rundschau“, 1928, S. 19 ff., S. 45 f. und S. 58 ff. über „Zum Programm des Zollabbaues“.



noch der Hinweis auf der Hand, dass die Segnungen des Freihandels, die sich innerhalb der amerikanischen Wirtschaft ausgewirkt haben, sich auch innerhalb der Weltwirtschaft durchsetzen müssten. Doch die Theorie kann uns in den Fragen der Zollpolitik noch keine endgültige Antwort geben. In der jetzigen Zeit der Nationalstaaten ist eine Freihandelstheorie weitgehend eine Konstruktion im luftleeren Raum. Sie zeigt uns zwar den idealen Zustand eines Wirtschaftsverkehrs zwischen den Völkern, sie kann bis zu einem gewissen Grade Wegweiser sein, aber sie kann uns noch nicht *der* Wegweiser sein. Wir können uns deswegen nicht mit der Feststellung begnügen, dass die Lehren der Theorie des internationalen Handels und die der Lohntheorie die Aufstellung der allgemeinen Behauptungen, dass hohe Zölle hohe Löhne bedingen, dass die Arbeiter Nutzniesser des Schutzollsystems seien, nicht berechtigt erscheinen lassen, dass es falsch sei, von Einzelfällen auf diese allgemeinen Behauptungen zu schliessen; wir müssen vielmehr auch fragen, welche Antwort uns die Geschichte und die Wirklichkeit geben, müssen dieser Antwort sogar die entscheidende Bedeutung beimessen.

Ist es denn nun tatsächlich so, dass überall da, wo hohe Zölle sind, hohe Löhne gezahlt werden, dass die Zahlung hoher Löhne unmöglich ist, wenn keine Schutzollpolitik betrieben wird? Wenn ja, wie wäre es zu erklären, dass Amerika Fertigwaren in grossen Mengen exportieren kann? Waren nicht die Verhältnisse vielmehr oft entgegengesetzt? Waren die Schutzollbestrebungen Deutschlands und Frankreichs im vorigen Jahrhundert nicht Massnahmen von Ländern niedrigerer Löhne gegen ein Land höherer Löhne und freihändlerischer Politik, nämlich England? Müssten nicht, wenn die amerikanische These berechtigt wäre, die Länder mit den niedrigsten Löhnen am konkurrenzkräftigsten sein? Wo ist aber die Konkurrenzfähigkeit der Länder niedrigster Löhne, wie z. B. Indiens und Chinas? Ist es nicht meistens so, dass mit der Steigerung der Konkurrenzkraft eines industrialisierten Landes auch die Löhne steigen, die Zölle dagegen ermässigt werden können? Müssten nicht ferner nach dieser amerikanischen Theorie die höchsten Löhne in Russland gezahlt werden, da dieses sich von allen Ländern am stärksten gegen ausländische Konkurrenz abschliesst? Schon alle diese Fragen lassen erkennen, wie wenig das amerikanische Schutzoll-Lohnargument den tatsächlichen Verhältnissen entspricht: *es muss eine Ausnahme sein, wenn einmal die Zölle von entscheidender Bedeutung für die Festsetzung der Löhne sind.* Doch sei in Ergänzung dieser Ausführungen noch untersucht, welchen Nachweis Hoover für das Schutzoll-Lohnargument erbracht hat.

Um die auch in Amerika in letzter Zeit immer lauter gewordenen Zweifel zu beseitigen, hat Hoover selbst eine vergleichende internationale Lohnstatistik zum Beweis dieser These aufgestellt. Er hat die verschiedene Kaufkraft der Wochenlöhne einzelner Länder und einzelner Arbeiterkategorien ausgerechnet, jedoch bei dieser Berechnung nur zwei Waren zugrunde gelegt, Brot und Butter. Nehmen wir zu seinen Gunsten an, dass diese von ihm aufgestellte Statistik die bestmögliche ist, obgleich es keineswegs der Fall ist, zumal die Lohnunter-

schiede als zu gross erscheinen, verzichten wir auf eine Kritik dieser Methode, teilen wir nur das Ergebnis mit:

	Eisenbahner	Zimmerleute	Elektriker	Kohlenarbeiter	Textilarbeiter
Vereinigte Staaten ..	717	731	778	558	323
England .....	367	262	267	195	136
Deutschland .....	217	173	158	133	106
Frankreich .....	269	94	123	136	73
Schweden .....	261	256	224	180	155
Japan .....	164	125	96	60	83

Diese Zahlen besagen, dass sich der amerikanische Eisenbahner für seinen Lohn ungefähr zweimal soviel Brot und Butter kaufen kann wie der englische und gut dreimal soviel wie der deutsche.

Die Sorgen um die amerikanische Präsidentenwahl müssen Hoover bei der Abfassung seines Artikels sehr bedrückt haben, denn es hätte bei sorgfältigerer Bearbeitung möglich sein müssen, beweiskräftigeres Material herbeizuschaffen. Dieses Material kann höchstens als Beweis für unsere These, dass an sich kein Zusammenhang zwischen hohen Löhnen und Zöllen bestehe, angeführt werden. Was haben z. B. die den amerikanischen Eisenbahnern gezahlten Löhne mit der amerikanischen Zollpolitik zu tun, wo doch durch keinerlei zollpolitische Massnahme der amerikanische Eisenbahner gegen die „Konkurrenz“ des englischen oder französischen geschützt wird? Oder will etwa künftig die amerikanische Regierung Zölle einführen, um zu verhindern, dass englische Eisenbahner mit samt Schienen und Wagen in Amerika eintreffen und den amerikanischen Eisenbahnern die Arbeit wegnehmen? Hoover sieht aber tatsächlich in diesen Zahlen einen Beweis dafür, dass der Schutzzolltarif eine der wichtigsten Ursachen für die Erreichung und Aufrechterhaltung der hohen Löhne sei. Was soll das Beispiel der Zimmerleute? Wieso ist es auf die Zollpolitik zurückzuführen, dass die amerikanischen Zimmerleute ungefähr das Dreifache der englischen verdienen? Man könnte vielleicht die Einwanderungspolitik als Ursache anführen, doch ist diese Beweisführung von Hoover nicht beabsichtigt. Noch amüsanter ist das Beispiel der Kohlenarbeiter. Kohle ist eines der wenigen Güter, für die in Amerika Zollfreiheit besteht. Wenn die amerikanische Zollpolitik als Ursache für die Differenz zwischen amerikanischen und europäischen Löhnen hinzustellen ist, dann verdanken also die amerikanischen Kohlenarbeiter ihre höheren Löhne der Zollfreiheit. Aber hat Hoover nicht das Gegenteil beweisen wollen? Für Hoovers These könnte vielleicht sprechen, dass die Elektriker und Textilarbeiter in Amerika höhere Löhne bekommen als in Europa, denn sie arbeiten zum Teil in zollgeschützten Produktionszweigen. Aber wie erklärt Hoover die Tatsache, dass die Textilarbeiter trotz der hohen Zölle auf Textilien, die im Durchschnitt 50 bis 60 Prozent des Wertes ausmachen, nur gut halbsoviel an Löhnen erhalten wie die Kohlenarbeiter, deren Löhne durch keinen Zoll geschützt sind? Ist es ferner Hoover unbekannt, dass leider ausser in den Vereinigten Staaten auch anderswo Schutzzollpolitik Trumpf ist? Warum müssen denn nun gerade in Amerika die Zölle die Zahlung höherer Löhne erwirken?

Warum nicht auch in Deutschland und Frankreich? Warum bekommen die Arbeiter im freihändlerischen Schweden teilweise höhere Löhne als im hochprotektionistischen Frankreich? Warum sind die Löhne im schutzzöllnerischen Deutschland niedriger als im freihändlerischen England? Also das grosse Zahlenwerk, das Hoover in der Hoffnung auf eine agitatorische Stützung seines Kampfes um den amerikanischen Präsidentschaftsposten zusammengestellt hatte, bricht in sich zusammen. Auch diese Zahlen beweisen die amerikanische These nicht. Doch liegt das vielleicht an den Zahlen? Prüfen wir deswegen noch kurz die Zahlen der amtlichen Lohnstatistik.

Von den verarbeitenden Industrien zahlt das Papier- und Druckgewerbe den höchsten durchschnittlichen Lohn; dieser machte Anfang 1928 137 Mk. pro Woche aus. Dieser Wirtschaftszweig ist teils geschützt, teils nicht, so dass man aus dieser Zahl kaum einen Schluss ziehen kann. An zweiter Stelle steht die Automobilindustrie mit einem Satz von 126 Mk. Auf Automobile besteht zwar ein Zoll, um den Import europäischer Marken zu verhindern, aber die Industrie selbst erklärt den Zoll für überflüssig, zumal sie überallhin exportieren kann. Trotz faktischen Freihandels, trotz hohen Exportes wird in dieser Industrie ein so hoher Lohn gezahlt. Wie ist das mit der amerikanischen These vereinbar? Wie erklärt sich anderseits, dass in der Textilindustrie, die von allen Zweigen mit am stärksten geschützt ist, nur Löhne von 81 Mk. gezahlt werden? Wie erklärt sich ferner, dass die Eisen- und Stahlindustrie trotz weit geringeren Zollschutzes um fast 50 Prozent höhere Löhne zahlt als die Textilindustrie? Legen wir die Stundenlöhne für ungelernete Arbeiter zugrunde, so erhalten wir innerhalb dieser Gruppe den höchsten Satz für das Baugewerbe mit gut 2 Mk., den zweithöchsten für die Automobilindustrie mit fast 2 Mk. Für diese beiden Zweige ist jedoch die Zollpolitik in dem der amerikanischen These entsprechenden Sinne ohne Einfluss; auch diese Zahlen stehen im vollen Widerspruch zu der Behauptung, dass hohe Löhne nur bei hohen Zöllen möglich seien.

Doch verzichten wir auf weiteres Material; von welcher Seite wir auch an das Problem herantreten, stets ergibt sich, dass zwischen Zöllen und Löhnen keine notwendige Verbindung besteht. In Einzelfällen mag ohne Zweifel ein gewisses Abhängigkeitsverhältnis vorherrschen, doch in der Regel sind für die Festsetzung der Löhne ganz andere Momente massgebend als die Zollpolitik. Dies sollte speziell auch beachtet werden, wenn in Deutschland Kreise versuchen, mit diesem Argument eine Hochschutzzollpolitik zu begründen.

Bei den zollpolitischen Verhandlungen sind gelegentlich amerikanische Gewerkschaften für eine Zollerhöhung bzw. für die Einführung neuer Zölle eingetreten. So stützten bei den Verhandlungen um den Tarif des Jahres 1922 die Textilgewerkschafter unter ausdrücklicher Anerkennung des Schutzzoll-Lohnargumentes die Forderungen der Industriellen, brachten jedoch auch ihren Skeptizismus darüber zum Ausdruck, dass bisher immer die Textilindustriellen zwar sehr hohe Zölle bewilligt bekommen hätten, aber anderseits stets sehr niedrige Löhne zahlen. Ein Gewerkschafter erklärte bei diesen Verhandlungen, dass im allgemeinen die Arbeiter dem Zollproblem kein grosses Interesse entgegen-

brächten, dass für die Arbeiter das Zollproblem erst dann aktuell würde, wenn ihr Lebensinteresse direkt berührt würde, d. h. ein Lohnabbau drohe. Dies ist jetzt der Fall in der amerikanischen Glasindustrie. Die Industriellen verlangen einen Lohnabbau, die Arbeiter eine Lohnerhöhung. Die Gewerkschafter haben in dieser Notlage leider nur den einen Ausweg gesehen, dass sie unter Hinweis darauf, dass auf dem amerikanischen Markt in Ländern mit niedrigeren Löhnen hergestelltes Glas billiger angeboten würde als amerikanisches, eine Zollerhöhung forderten. Im allgemeinen treten die Gewerkschaften offen für die Hochschutzzollpolitik nur dann ein, wenn tatsächlich mit der Zolländerung eine Lohnänderung verbunden ist. Ähnliche Beispiele haben wir ja auch in Deutschland erlebt. Stets wird es schwer sein, den Kampf gegen diese Schutzzollforderungen mit dem Argument zu führen, dass diese Hilfe in der Notlage keine Hilfe sei, dass mit Hilfe dieser Zölle nur Fabriken künstlich aufrechterhalten würden, die an sich nicht mehr konkurrenzkräftig seien, dass es für die Arbeiter weit vorteilhafter wäre, wenn sie dort Beschäftigung suchen, wo der Betrieb so konkurrenzfähig ist, dass er ohne die Krücke des Schutzzolles auskommen kann.

In der gewerkschaftlichen Zentralorganisation kam es schon auf dem Kongress des Jahres 1881 zu einer lebhaften Debatte über das Schutzzoll-Lohnargument. Freihändler und Schutzzöllner standen sich schroff gegenüber; es zeigte sich, dass die Arbeiter einiger Gegenden und einiger Wirtschaftszweige eine Freihandelspolitik als in ihrem Interesse gelegen betrachteten, andere dagegen für eine Schutzzollpolitik waren, dass die Arbeiter im allgemeinen nur als Produzenten zu dieser Frage Stellung nahmen, nicht dagegen als Konsumenten. Damals wurde der leider jetzt etwas in Vergessenheit geratene Satz geprägt: „Ein Schutzzolltarif bedeutet zwar Schutz für die amerikanischen Fabrikanten gegen billige ausländische Ware, nicht aber für den amerikanischen Arbeiter gegen niedrige fremde Löhne.“ Doch die Schutzzöllner befanden sich in der Mehrzahl, und es wurde folgender Satz in das Programm der Gewerkschaften aufgenommen: „Wir empfehlen dem Kongress der Vereinigten Staaten die Annahme solcher Gesetze, die der amerikanischen Industrie vollen Schutz gegen die billige Arbeit anderer Länder gewähren.“ Das Schutzzoll-Lohnargument wurde also, wenn auch nicht in der krassen in der Agitation üblichen Formulierung, von der American Federation of Labor 1881 akzeptiert.

Doch auf dem Kongress des Jahres 1882 machte sich eine so starke Opposition bemerkbar, dass dieser Satz aus dem Programm gestrichen werden musste. Es setzte sich die in folgenden Worten am deutlichsten zum Ausdruck gebrachte Meinung durch: „Eine Schutzzollpolitik schützt nicht die Arbeiter, die Höhe der Löhne hängt von anderen Momenten als dem Schutzzoll ab, dagegen müssen die Arbeiter als Konsumenten ungeheure Lasten tragen, die das Kapital als Profit einsteckt.“ Diese Worte sind zugleich als die einzige mögliche Antwort auf die Frage nach dem Verhältnis von Löhnen und Zöllen anzugeben, und es ist überaus erfreulich, dass 1882 auf dem Kongress der American Federation of Labor diese Ansicht nicht nur deutlich formuliert wurde, sondern sich durchsetzte.

Doch erwies sich die Streichung des Schutzzollprogrammepunktes als eine starke Belastung für die amerikanischen Gewerkschaften. Eine schutzzöllnerisch orientierte Gewerkschaft trat aus der Zentralorganisation aus, der Austritt anderer drohte, ja, es wurde befürchtet, dass die Gewerkschaftszentrale an diesem Schutzzoll-Freihandelsproblem scheitern würde. Daraufhin wurde offiziell erklärt, dass die Streichung des Schutzzollprogrammepunktes nicht als ein Bekenntnis zum Freihandel aufzufassen sei, sondern nur als ein Bekenntnis zur Neutralität, dass die Gewerkschaftszentrale weder freihändlerisch noch schutzzöllnerisch sei, es wurde sogar hinzugefügt, dass sehr viele Gewerkschafter Hochschutzzöllner seien.

Diese neutrale Stellungnahme ist seitdem innegehalten worden. Oft wurde versucht, so 1887, 1892, 1895, 1906 und 1907, das Zollproblem wieder in den Vordergrund zu rücken, eine offizielle Stellungnahme herbeizuführen, aber alle diese Versuche wurden abgeschlagen, es kam fast nie zu irgendeiner Debatte. Wenn es zur Erörterung kam, so zeigte sich allerdings stets ein gewisses Vorherrschen der schutzzöllnerischen Front, ja, einige Resolutionen wurden sogar für bestimmte Zölle angenommen, so 1921 eine Resolution für den Zoll auf Rohöle. Bemerkenswert ist vor allem, dass sich 1915 die Gewerkschaften für die Idee erklärten, dass eine nach wissenschaftlichen Prinzipien arbeitende Tarifkommission zu der für Zollfragen massgebenden Instanz werde, dass die Zollfrage aus dem Parteienkampf herausgehoben werde. Da nun die Tarifkommission die Aufgabe hat, zu berechnen, ein wie hoher Zoll zum Ausgleich der ausländischen und amerikanischen Produktionskosten nötig sei, haben die Gewerkschaften so indirekt bis zu einem gewissen Grade das Schutzzoll-Lohnargument wieder akzeptiert. Da dieser Versuch der Führung einer wissenschaftlichen Zollpolitik durch die Tarifkommission, wie nicht anders zu erwarten war, scheiterte, bleibt abzuwarten, wie sich die amerikanischen Gewerkschaften künftig zu dieser Frage stellen werden. Persönlich habe ich den Eindruck, dass zwar von vielen Gewerkschaftern das Schutzzoll-Lohnargument akzeptiert wird, dass viele Gewerkschafter die amerikanische Hochschutzzollpolitik stützen, dass aber andererseits sich doch immer mehr eine skeptische Einstellung zum Schutzzoll-Lohnargument durchsetzt, zumal in letzter Zeit besonders krass in Erscheinung trat, dass die so weitgehend geschützte Textilindustrie so niedrige Löhne zahlt.

Die Neutralität der American Federation of Labor ist ein Zeichen der Ungeklärtheit und der Interessengegensätze. Von einer Ungeklärtheit dieser Frage kann jedoch nicht gesprochen werden. Es würde zu weit führen, durch eine Darlegung der ja schon genügend oft dargestellten Theorie des internationalen Handels und der des Lohnes den Nachweis positiv und umfassend zu erbringen, dass die durch das Schutzzoll-Lohnargument berührten Fragen durchaus geklärt sind, die vorausgehenden Ausführungen dürften als Beweis dafür ausreichend sein, dass durch nichts bewiesen werden kann, dass zwischen hohen Zöllen und hohen Löhnen ein enges Verhältnis besteht. Bedeutsamer ist das Moment der Interessengegensätze, denn nur ein Doktrinär kann abstreiten, dass es manchmal

im Interesse der Arbeiter gelegen sein kann, mit Hilfe von Zöllen einen Produktionszweig aufrechtzuerhalten. Es wird immer schwer sein, in einer Notlage befindlichen Arbeitern gegenüber die Ansicht zu vertreten, dass eine Zollhilfe keine Hilfe sei, höchstens ein Notbehelf sein könne. Zumal die Schutzzollpolitik überhaupt, speziell der amerikanische Protektionismus, eine starke Belastung für die Arbeiter aller Länder bedeutet, kann diese Unentschiedenheit, diese Neutralität der American Federation of Labor zum Schutzzoll-Lohnargument trotz der Interessengegensätze nicht verteidigt werden. Notwendig wäre aus weltwirtschaftlichen und aus inneramerikanischen Gründen ein offizielles Abrücken von diesem unhaltbaren Schutzzoll-Lohnargument; hoffen wir, dass die Zeit für eine solche Politik bald gekommen ist.

---

## *Ausländischer Arbeitsmarkt.*

Von Ernst Berger (Gent)

Der letzte Aufsatz des Verfassers, der sich an dieser Stelle mit dem Arbeitsmarkte des Auslandes befasste<sup>1)</sup>, ist dem Gange der Ereignisse in den einzelnen Ländern bis Ende 1927 oder Anfang 1928 gefolgt. Die natürliche Aufgabe für diesmal wird die Darstellung der für den ausländischen Arbeitsmarkt wesentlichen Tatsachen bis zum Ende des Jahres 1928 sein. Nicht unterlassen sei dabei ein Hinweis auf das, was in früheren Aufsätzen über die Verschiedenheit der Arbeitsmarktstatistik von Land zu Land gesagt worden war. Sie erschwert die internationale Vergleichung ausserordentlich, unbeschadet des Wertes, den die Erwerbslosenziffern des einzelnen Landes in ihrem zeitlichen Wechsel für die Beobachtung der Konjunktur dieses Landes aufweisen. Allerdings sind in einer Reihe von Ländern die Zahlenangaben über den Arbeitsmarkt — sofern sie nicht überhaupt fehlen — derart dürftig, dass sie umgekehrt aus den übrigen Wirtschaftszahlen ergänzt werden müssen, um ein Bild vom Verlaufe des Arbeitsmarktes zu gewinnen. In jedem Falle sind Berichterstattung über den Arbeitsmarkt und sonstige Wirtschaftsberichte eng und natürlich miteinander verbunden.

Wir folgen der Gliederung der Länder, wie sie an Hand der Valutaentwicklung und ihrer Rückwirkungen auf den Arbeitsmarkt den früheren Aufsätzen zugrunde gelegen hat, und beginnen mit *Grossbritannien*. Dort sahen wir eine wirtschaftliche Umschichtung im Gange in dem Sinne, dass die ältesten, vormals wichtigsten Industrien, wie Kohlenbergbau, Schiffbau und andere Teile der Metallindustrie und Textilindustrie, einen nicht unbedenklichen Niedergang erfuhren, während andere, neugeschaffene Industriezweige, wie Kraftwagenbau, Papier-, chemische und Kunstseidenindustrie, den bedrohten Arbeitsmarkt entlasteten. Immerhin glaubten wir, damit rechnen zu sollen, dass dieser Arbeitsmarkt für absehbare Zeit mit mindestens einer Million Erwerbslosen belastet

<sup>1)</sup> Vgl. „Die Arbeit“, 1928, 5. Heft, S. 309 ff.

bleiben würde. Das hat sich bewahrheitet. Eine zu Anfang 1928 sich abzeichnende Besserung hat sogar im weiteren Verlaufe des Jahres einer scharf gegenteiligen Bewegung Platz gemacht. Die Gesamtzahl der Arbeitslosen unter den Versicherten, die zu Anfang 1928 1,3 Millionen, d. h. 11,5 Prozent, betragen hatte, 150 000 weniger als ein Jahr zuvor, war bis zum April auf 1,127 Millionen (9,6 Prozent) zurückgegangen. Nachdem aber diese saisonmässige Besserung sich totgelaufen hatte, stieg die Arbeitslosenzahl rasch und mit wenig Unterbrechungen auf 1,168 Millionen (9,9 Prozent) im Mai, 1,273 Millionen (10,7 Prozent) im Juni, 1,375 Millionen (11,7 Prozent) im Oktober, 1,439 Millionen (12,2 Prozent) zu Ende November und nach vorübergehender Entlastung aus Anlass des Weihnachtsgeschäftes auf 1,565 Millionen (etwa 13,7 Prozent) zu Jahresende. Diese Steigerung ging über das der Jahreszeit entsprechende Mass nicht unwesentlich hinaus und führte zu einem Mehr von 250 000 Arbeitslosen gegenüber dem Stande vor Jahresfrist. Die Hauptbelastung erfuhr dabei der Arbeitsmarkt sehr einseitig durch die oben bezeichneten „alten“ Industrien. Obgleich dort seit Kriegsende die Zahl der Berufsangehörigen infolge Todes, Fernhaltung von Zuzug, Übertritt in andere Berufe ganz beträchtlich, bis um ein Viertel abgenommen hat, wiesen sie doch noch gewaltige Arbeitslosigkeit auf. Sie war am grössten im Kohlenbergbau, wo im Herbst rund 25 Prozent der Arbeitnehmer erwerbslos waren. Kaum irgendwo sind die Folgen der internationalen Kohlenkrise, die nur durch internationales Zusammenwirken und, wie wir seit langen Jahren gefordert haben, Veredelung und bessere Auswertung des Produktes zu überwinden sind, so fühlbar geworden wie in Wales, Nordirland und anderen britischen Revieren. Im Eisenerzbergbau ist vom März bis Dezember eine leichte Abnahme des Prozentsatzes der Arbeitslosen, von 16,9 auf 12,9, erfolgt. In der Schwereisenindustrie betrug er am Jahresschlusse 19,1, im Schiffbau im Oktober 33,0 (in Wales allein 50,0!). Die übrigen Zweige der eisenverbrauchenden Industrie zeigten zwar nicht annähernd so hohe Erwerbslosigkeit, aber auch keinen befriedigenden Stand, mit Ausnahme der beiden „neuen“, der Elektrizitätsindustrie und des Kraftwagenbaus. In der Baumwollindustrie, die im Januar 9,7 Prozent Arbeitslose gezählt hatte, gab es deren im Dezember 11,1, in der Wollspinnerei und -weberei am letzteren Zeitpunkte 13,2 Prozent. Dagegen war die seit Kriegsende gewaltig angeschwellte Kunstseidenindustrie, abgesehen vom letzten Vierteljahre, gut beschäftigt, wie auch, in engem Zusammenhange damit, die Strumpfwarenherzeugung. Das Bekleidungs-gewerbe war mässig beschäftigt, in der Schuhwarenherzeugung aber ist die Ausfallziffer von 6,9 im Januar auf 16,1 zu Jahresende gestiegen. Wie sich aus dem allen ergibt, ist der Umbildungsprozess in der britischen Wirtschaft, der eine Rationalisierung aller grössten Massstabes darstellen musste, noch nicht annähernd abgeschlossen. Allerdings dürfen die Ziffern des britischen Arbeitsmarktes nicht für sich allein betrachtet werden — die Arbeitslosenzahl in Deutschland ist im gleichen Zeitraume noch stärker gestiegen, und eine in den schwersten Zeiten fast unberührte Valuta und eine hinreichende Kapitalversorgung bieten dem britischen Arbeitsmarkt einen Rückhalt, wie ihn der deutsche nicht gehabt hat.

Lassen wir, wie in den früheren Aufsätzen, zunächst die übrigen Länder folgen, die keine wesentliche Entwertung ihrer Währung, Aufwertung und die damit verbundenen besonderen Erschütterungen des Arbeitsmarktes erfahren haben, so hat sich in den *Niederlanden* die Festigung der Wirtschaft und des Arbeitsmarktes, die wir zu wiederholten Malen feststellen konnten, weiter fortgesetzt. Hatte im Durchschnitte der letzten Jahre die Zahl der Arbeitslosen unter den Versicherten etwa 25 000 (9,1 Prozent) betragen, und war sie zum Januar 1928 saisongemäss auf 49 000 (16,3 Prozent) gestiegen, so ging sie bereits im März auf 19 000 (6,3 Prozent), im Mai auf 13 600 (4,4 Prozent) zurück. Ende November 1928 betrug sie 14 600 (4,9 Prozent), zuzüglich 4000 Kurzarbeiter, und war damit und im Hinblick auf die Jahreszeit mässig. Insgesamt hat im Jahresdurchschnitt 1928 der Prozentsatz der Arbeitslosen 7 betragen.

Auch die günstige Entwicklung in der *Schweiz* hat noch angehalten. Die meisten Industriezweige, so die Maschinen-, Uhren-, Aluminium-, chemische und Nahrungsmittelindustrie, waren gut beschäftigt, von der Textilindustrie, die unter dem Konjunkturrückgang in Deutschland und anderen Teilen Europas leidet, wenigstens die Kunstseidenindustrie. Hatte es in allen Berufen zusammen im Jahresdurchschnitt 1927 12 000 Arbeitslose gegeben, gewiss nicht viel, und im Januar 1928 14 000, so ging diese Zahl bis zum Juni auf 5300 zurück und erreichte Ende November nur 9600, darunter fast die Hälfte Saisonarbeiter. Der durchschnittliche Prozentsatz der Arbeitslosigkeit im Jahre 1928 war 3,2 gegenüber 4,6 im Vorjahre.

Ähnlich hat sich in *Schweden* die Annäherung an „normale“ Zustände des Arbeitsmarktes fortgesetzt, trotzdem dort während der ersten Jahreshälfte schwere Arbeitskämpfe, besonders im Erzbergbau, zu überstehen waren. Dieser hat erst im August den Betrieb, nunmehr in verstärktem Ausmasse, wieder aufgenommen. Hütten- und Maschinenindustrie waren ausreichend beschäftigt. Die Holzverwertungsindustrie befriedigt noch nicht durchweg, doch stieg gegen den Herbst hin die Ausfuhr. Insgesamt hat die Zahl der Erwerbslosen unter den Gewerkschaftern, die sich im Durchschnitte des Jahres 1927 auf 31 000, das sind 12 Prozent, belaufen hatte, im Januar 1928 37 000 (14,5 Prozent) betragen und ist dann fortschreitend zurückgegangen bis auf 20 000 (7,2 Prozent) im August. Sie ist bis zum Dezember saisonmässig auf 32 000 (10,8 Prozent) gestiegen, gegenüber 34 000 (12,5 Prozent) ein Jahr vorher.

*Norwegen* hatte, wie erinnerlich, seine tief gesenkte Währung 1926 rasch wieder auf den Goldkurs hinaufgebracht, freilich um den Preis beträchtlicher Opfer auf dem Arbeitsmarkte. Das Jahr 1928 hat in dieser Beziehung einige Besserung gebracht. Der Prozentsatz der Arbeitslosen unter den Gewerkschaftern betrug im Jahresdurchschnitt 1927 25,4, im Januar und Februar 1928 sogar 25,9, und ist, zunächst saisonmässig, bis zum April auf 22,8 heruntergegangen, dann aber bis zum Juli weiter gefallen, nämlich auf 13,6. Er ist dann bis Ende Dezember wieder etwas gestiegen, nämlich auf 22,1, lag damit aber erheblich niedriger als im gleichen Zeitpunkte des Vorjahres.



*Dänemark*, dessen Valuta genau die gleichen Wege durchlaufen hatte wie die norwegische, musste auch zeitweise Verluste auf dem Arbeitsmarkte von ähnlichem Umfange in Kauf nehmen. Der Prozentsatz der erwerbslosen Gewerkschafter betrug im Jahresdurchschnitt 1926 20,8, 1927 22,3 und hat sich nunmehr ebenfalls verringert. Er ist von 29,6 im Januar 1928 auf 16,6 im April und 12,2 im September herabgegangen. Zu Ende Dezember betrug er 25 gegenüber 30,5 im gleichen Zeitpunkt des Vorjahres. Für den Jahresdurchschnitt ergibt sich ein Rückgang auf 18,2 Prozent.

Unter den zahlreichen Ländern, deren Währung den Goldkurs nicht annähernd wieder erreicht hat, weist *Frankreich* seit der im Jahre 1927 praktisch durchgeführten, im Mai 1928 formell vollzogenen Stabilisierung einen beträchtlichen wirtschaftlichen Aufschwung auf. Hatte selbst im Zeitpunkte dieser Stabilisierung die eigenartige Struktur der Wirtschaft und des Arbeitsmarktes dieses Landes, die wir in früheren Aufsätzen näher gekennzeichnet haben, der Menschen- und also Arbeitermangel, die Möglichkeit, lediglich im Wege vorsichtiger Einwanderungspolitik verminderter Arbeitsgelegenheit Rechnung zu tragen, eine Krise des Arbeitsmarktes hintangehalten, so ist er nunmehr noch sehr viel günstiger geworden. Schon im Spätherbst 1927 meldete die französische Statistik nur 20 000 Arbeitsuchende, im Januar 1928 etwas mehr, nämlich 32 000, im April aber nur mehr 20 000, im Juni 10 000, im Juli 8000. Die gleiche Ziffer wurde, nach vorübergehender geringfügiger Erhöhung, am Jahreschlusse gemeldet. Gewiss ist die französische Statistik unvollständig, aber die Veränderungen der angegebenen Teilzahlen kennzeichnen doch die fortschreitende Besserung. Selbst wenn man die wirklichen Ziffern um ein Mehrfaches höher annimmt, bleibt die Tatsache bestehen, dass Frankreich so gut wie keine Arbeitslosigkeit kennt. Die wieder steigende Einwanderung bestätigt das ebenso wie die Mitteilungen aus den einzelnen Wirtschaftszweigen. Besonders die junge Schwerindustrie gewinnt ständig an Bedeutung. Der Baumarkt war lebhaft. Selbst Industriezweige, die zurzeit eine internationale Krise durchlaufen, wie Kohlenbergbau und Textilindustrie, waren in Frankreich weniger betroffen. Reichliches und billiges Produktionskapital wird auch die Weiterentwicklung der Wirtschaft und des Arbeitsmarktes begünstigen.

Manche Ähnlichkeiten mit dieser Entwicklung zeigt die in *Belgien*. Auch hier ist, nach Lösung der Währungsfrage, die Wirtschaft in deutlichem Vorschreiten begriffen. Nachdem im Durchschnitte des Jahres 1927 die Zahl der ganz oder teilweise Arbeitslosen noch rund 35 000 betragen hatte, d. h. 5,7 Prozent der erfassten Arbeitnehmer, so hat sie sich im Januar 1928, saisonmässig gesteigert, auf 47 000 (7,5 Prozent) gestellt. Sie ist dann während des ganzen Berichtsjahres fast ohne Unterbrechung gefallen, und zu Anfang Dezember zählte man nur noch 3500 Vollarbeitslose und 13 800 Kurzarbeiter. Insgesamt hat im November der Ausfall an Beschäftigung nur mehr rund 1 Prozent betragen. Die Entwicklung in den einzelnen Gewerbebranchen, insbesondere aber in der Schwerindustrie, entspricht jenen günstigen Gesamtziffern.

Noch nicht überwunden ist die in *Italien* im Anschluss an die Stabilisierung beobachtete schwere Depression der Wirtschaft wie des Arbeitsmarktes, wenn es auch an Zeichen einer Besserung besonders in der zweiten Hälfte des Jahres 1928 nicht gefehlt hat. Insbesondere die zu Jahresbeginn sehr hohe Zahl der Wechselproteste und Konkurse hat abgenommen. Doch blieb der Geschäftsgang im Innern wie auch die Ausfuhr noch einigermaßen unbefriedigend. Die Lage in den einzelnen Industriezweigen war sehr ungleich, immerhin überwiegend etwas freundlicher. Auch die Ziffern des Arbeitsmarktes lauten ein wenig günstiger. Man zählte im Februar 1928: 413 000 Vollerwerbslose und 58 000 Kurzarbeiter, im März 412 000 und 47 000, im Mai 306 000 und 46 000, im Juni 247 000 und 30 000, im Juli 234 000 und 28 000. Zum November ist aus Saisongründen die Zahl der Vollerwerbslosen wieder gestiegen, nämlich auf 321 000, während die Zahl der Kurzarbeiter ziemlich unverändert blieb.

In der *Tschechoslowakei* hat die Gunst der wirtschaftlichen Lage angehalten. Fast sämtliche Industriezweige, mit der freilich erheblichen Ausnahme der Textilindustrie, waren gut beschäftigt. Die Arbeitslosenziffer, im Jahresdurchschnitt 1927: 53 000 oder rund 2,1 Prozent, im Januar 1928: 57 000 oder 2,3 Prozent, ist während des Berichtsjahres fast ständig gefallen, bis auf 32 000 oder 1,2 Prozent im Juli. Von da bis gegen Jahresende hat sie sich auf 35 000 bewegt, also keine wesentlichen Veränderungen erfahren.

*Österreich* eröffnet die Reihe der Länder, die ihre Währung geändert haben. Oft genug ist an dieser Stelle der Schwierigkeiten gedacht worden, mit denen Wirtschaft und Arbeitsmarkt in der kleinen Donau- und Alpenrepublik zu kämpfen haben, und die geradezu zwangsläufig hohe Arbeitslosigkeit nach sich ziehen. Berücksichtigt man das, so mag der Verlauf des Jahres 1928 leidlich günstig erscheinen. Hatte die Zahl der Empfänger von Arbeitslosenunterstützung im Jahresdurchschnitt 1926: 150 000, 1927: 177 000, im Januar 1928: 231 000 betragen, so ist sie bis zum September auf 113 000 gefallen. Allerdings erreichte sie bereits im November wieder 155 000 und am Jahreschlusse 203 000. Seither hat die ausserordentliche Kälte sie noch höher getrieben.

In *Ungarn* hatten sozialdemokratische und christliche Gewerkschaften zusammen im Jahresdurchschnitt 1926: 26 000, 1927: 15 000, im Januar 1928: 17 000 Arbeitslose gezählt. Ihre Zahl ging bis zum September auf 13 000 zurück, um dann wieder zu steigen. Die wirtschaftliche Lage ist nur teilweise befriedigend. Manche Ähnlichkeiten hatte die Entwicklung in *Jugoslawien*, wo die Zahl der Erwerbslosen vom Februar bis zum Juni von 19 000 auf 6000 gefallen war.

Die günstige Entwicklung der Wirtschaft in *Polen*, angeregt durch die Steigerung der Kohlenausfuhr während des Arbeitskampfes im englischen Bergbau 1926, belebt durch die Konjunktur des benachbarten Deutschland 1927, hat sich während des Berichtsjahres noch einigermaßen fortsetzen können. Hatte die Zahl der Arbeitslosen im Jahresdurchschnitt 1927: 160 000 und im Januar 1928: 180 000 betragen, so sank sie bis zum Oktober erheblich, nämlich auf nur mehr 81 000. Sie stieg dann, zunächst aus Saisongründen, wieder an und erreichte am Jahresende 128 000.

Die Schwierigkeiten, die sich bei der Berichterstattung über die unübersichtlichen und undurchsichtigen Verhältnisse in *Russland* auch für den ergeben, der bemüht ist, sie vorurteilslos zu sehen, haben wir mehrfach erwähnt. Nach wie vor sind die Bemühungen der Sowjetregierung in erster Linie auf die Belegung der Industrie gerichtet, die den Hunger des riesigen Landes nach Produktionsmitteln und Konsumgütern stillen soll, und auf die Sicherung der heikelsten Vorbedingung jener Industriebelegung: auf die Beschaffung des erforderlichen Kapitals. Für das laufende Wirtschaftsjahr werden diesem Zweck rund eine Milliarde Rubel zugeführt, deren Aufbringung allerdings nicht leichtfällt. Eine Steigerung der Erzeugung ist in den meisten Industriezweigen auch tatsächlich gelungen, wenn auch wohl noch nicht annähernd in dem Masse, wie die Sowjetregierung sich zum Ziel gesetzt hat. Die Zahl der von der Staatsindustrie beschäftigten Arbeiter ist vom vorletzten zum letzten Wirtschaftsjahr von 2 auf 2,16 Millionen gestiegen. Freilich wächst, im Zusammenhange mit einer sich verstärkenden Landflucht, auch die Arbeitslosigkeit. Sie wurde für das Wirtschaftsjahr 1926/27 mit durchschnittlich 1,35, für 1927/28 mit durchschnittlich 1,48 beziffert.

Die Abschwächung der Wirtschaft, die einige Zeit hindurch in den *Vereinigten Staaten von Amerika* beobachtet worden war, hat sich im Berichtsjahr im allgemeinen nicht fortgesetzt. In einer Reihe von Industrien, insbesondere in dem seinerzeit besonders eingeschränkten Kraftwagenbau, ist eine deutliche Belegung zu verzeichnen, die auf andere, besonders Rohstoffindustrien, anregend gewirkt hat. Der BeschäftigungsindeX, der im Januar 84,2 betragen hatte, ist unter Schwankungen zum Mai auf 85,5, zum November auf 87,7 gegangen. In *Kanada* hat eine Rekordernte die an sich schon sehr freundliche Wirtschaftsentwicklung weiter gefördert. Auch hier begünstigte die Belegung des Kraftwagenbaues die mannigfachen ihn beliefernden Industrien. Insgesamt ist der Produktionsindex, der im Jahresdurchschnitt 1927: 156,2 betragen hatte, bis zum Spätsommer auf etwa 175 gestiegen, der Beschäftigungsgrad von 103 auf 119. Der Prozentsatz der Arbeitslosen unter den Gewerkschaftern ist von durchschnittlich 4,9 im Jahre 1927 auf 4,5 im Jahre 1928 herabgegangen. — Aus dem übrigen Amerika fehlen Angaben der Arbeitsmarktstatistik. Die allgemeine wirtschaftliche Entwicklung war in *Mexiko* noch wenig günstig. Von den südamerikanischen Staaten wiesen die wichtigeren: *Brasilien*, *Chile* und *Argentinien*, im allgemeinen eine befriedigende Wirtschaftslage auf.

In der *Südatrikanischen Union* hat sich nach mehreren ungünstigen Jahren die wirtschaftliche Entwicklung zum Besseren gewandt.

Unter den Staaten Asiens hat *Japan* seine wirtschaftlichen Verhältnisse denen Europas am stärksten angenähert, unbeschadet tiefgreifender Unterschiede im einzelnen. Die im vorigen Bericht erwähnten schweren Schäden, die dem Wirtschaftsleben aus der Erdbebenkatastrophe erwachsen sind, beginnen sich zu mildern. Die Wirtschaft hat fast allgemein angezogen, Rohstoffindustrien und Baumarkt sind belebt, von den Konsumgewerben lässt die Baumwollindustrie zu wünschen übrig. Eine verwendbare Arbeitsmarktstatistik fehlt zwar, doch

lassen Teilnachrichten erkennen, dass die Wirkungen der Wirtschaftsbelebung erwartungsgemäss auch dem Arbeitsmarkt fühlbar zugute gekommen sind.

Im *Australischen Bund* scheint die wirtschaftliche Depression sich nur langsam zu lockern. Der Prozentsatz der Erwerbslosen, der im Jahre 1927 7 betragen hatte, ist, allerdings teilweise unter Saisoneinflüssen, bis zum September noch auf 11,4 gestiegen. Einzelne Anzeichen einer Besserung aber liegen vor.

Aus der Gesamtheit dieser einander teilweise widerstreitenden Einzelheiten eine zusammenfassende Formel für die Entwicklung der Weltwirtschaft und des Weltarbeitsmarktes im Jahre 1928 zu gewinnen, ist schwer, wenn nicht unmöglich. Man läuft dabei Gefahr, über einige nichtssagende Plattheiten nicht hinauszukommen. So sei nur versucht, die hervorstechendsten Züge des Gesamtbildes in Erinnerung zu bringen, d. h. etwa die folgenden: Von einer allgemeinen Besserung kann, wenn man auch noch den Konjunkturrückgang in Deutschland mit in Rechnung stellt, gewiss nicht gesprochen werden. Die Zunahme der Arbeitslosen dort und in Grossbritannien ist, auch wenn man die in diesem harten Winter sehr hohe Saisonschwelung in Abzug bringt, grösser als die Abnahme, die in einer Reihe meist kleinerer Länder noch zu verzeichnen war, und wiegt auch schwerer als selbst die Wirtschaftsblüte in Frankreich und Belgien. Kann somit die Entwicklung in Europa durchschnittlich nicht befriedigen, so zeigten die Wirtschaftsgebiete über See und im fernen Osten im allgemeinen ein etwas günstigeres Bild. Im ganzen aber ist der Leerlauf der Wirtschaft und der Arbeit der Welt noch erschreckend gross.

## *Die englische Wirtschaftskonferenz und das Problem der Arbeitslosigkeit.*

Von W. Milne-Bailey\*)

*Die Verhandlungen der Mond-Turner-Konferenz im Jahre 1928.*

Im letzten Jahrgang dieser Zeitschrift sind eine Reihe von Aufsätzen<sup>1)</sup> erschienen, in denen über die bedeutsamen Konferenzen berichtet wurde, die in den letzten 15 Monaten zwischen dem Generalrat des Gewerkschaftskongresses und der „Mond-Gruppe“ der Unternehmer stattgefunden haben. Die Konferenz, die im vergangenen Juli zusammentrat, veröffentlichte bekanntlich einen Bericht<sup>2)</sup>, in dem sie den Unternehmern die volle „Anerkennung“ der Gewerkschaften empfahl, und zwar die Anerkennung sowohl des Gewerkschaftskongresses als der Körperschaft, welche die gesamte organisierte Arbeiterschaft

\*) Übersetzt von L. Erdmann.

<sup>1)</sup> Vgl. „Die Arbeit“ 1928 — W. Milne-Bailey: „Nicht Wirtschaftsfriede, sondern Reorganisation der Wirtschaft“, Heft 2, Seite 131, „Die englische Gewerkschaftsbewegung und die Wirtschaftsdemokratie“, Heft 6, Seite 371, und Heft 7, Seite 433. „Die englische Wirtschaftskonferenz“, Heft 9, Seite 547, und „Der englische Gewerkschaftskongress“, Heft 9, Seite 560. — Vgl. auch die Schrift W. Milne-Baileys „Wirtschaftsdemokratische Strömungen in England“ (Berlin 1928, Verlagsgesellschaft des ADGB.), in der die zitierten Aufsätze (mit Ausnahme des ersten und letzten) gleichfalls enthalten sind.

<sup>2)</sup> „Die Arbeit“ 1928, Heft 9, Seite 549; vgl. auch die in Anmerkung 1 genannte Schrift, Seite 32.

repräsentiert, als auch der einzelnen Verbände, die dem Gewerkschaftskongress angeschlossen oder von ihm anerkannt sind und als die eigentlichen Verhandlungskörperschaften in den verschiedenen Industrien fungieren<sup>3)</sup>). Der Bericht verurteilte auch die „Massregelungen“ aktiver Gewerkschafter und schlug Berufungsinstanzen vor, um Beschwerden, die sich in diesem Zusammenhang ergeben, zu untersuchen<sup>4)</sup>). Ferner legte sie Entschliessungen vor, die Vorschläge zur Rationalisierung<sup>5)</sup> und zur Währungsreform<sup>6)</sup> enthielten. Die wichtigste Empfehlung der Konferenz aber war der Vorschlag zur Errichtung eines Ständigen Reichswirtschaftsrates<sup>7)</sup>, der den Gesamtbereich der Wirtschaft überwachen und ständige Untersuchungen der wirtschaftlichen Probleme durchführen sollte. Dieser Reichswirtschaftsrat sollte einerseits aus dem Generalrat des Gewerkschaftskongresses und andererseits aus Vertretern des Reichsverbandes der englischen Industrie und der Vereinigung der englischen Arbeitgeberverbände bestehen, den beiden grossen nationalen Organisationen der Unternehmer. Endlich wurde ein System paritätischer Schiedsämter vorgeschlagen<sup>8)</sup>).

Der Bericht, der diese Massnahmen vorschlug, wurde von der Jahreskonferenz des Gewerkschaftskongresses im September 1928 mit der überwältigenden Majorität von 3 075 000 gegen 566 000 Stimmen angenommen<sup>9)</sup>).

#### *Der Widerstand der Arbeitgeber.*

Es war nun Sache der Unternehmerorganisationen, den nächsten Schritt zu tun. Es lag mit diesem Bericht die Anregung vor, ein geordnetes System regelmässiger Beratungen zwischen dem organisierten Kapital und der organisierten Arbeit zu schaffen.

Dann setzte, wenn den Zeitungsberichten Glauben zu schenken ist, eine Serie von Grosskampftagen innerhalb dieser Organisationen ein, insbesondere innerhalb der Vereinigung der englischen Arbeitgeberverbände, deren Mitglieder die Verhandlungen mit den Gewerkschaften in den verschiedenen Industrien führen.

Die Presse wusste davon zu berichten, dass eine nachdrückliche Aktion der unnachgiebigsten Unternehmer in Szene gesetzt worden sei, die entschlossen waren, die „Mond-Turner“-Vorschläge ebenso wie alle anderen Pläne, die etwa eine noch umfassendere Anerkennung der Gewerkschaftsbewegung enthielten, schroff von der Hand zu weisen. Gleichzeitig sagte man, dass das Vorhandensein dieser Gruppe jede Aussicht nehme, die in der Verfassung der beiden Spitzenorganisationen begründeten Hemmungen zu überwinden. Der Reichsverband der englischen Industrie ist in seinem Aufgabenbereich beschränkt auf das

3) „Die Arbeit“ 1928, Seite 558.

4) Ebenda, Seite 559.

5) Ebenda, Seite 562.

6) Ebenda, Seite 563.

7) Ebenda, Seite 560; vgl. auch Heft 7, Seite 436, und Heft 9, Seite 548.

8) Ebenda, Seite 560; vgl. auch Seite 549.

9) Über die kritische Stellung der deutschen Gewerkschaften zu den Verhandlungen der englischen Gewerkschaften vergleiche die redaktionellen Vorbemerkungen zu dem Bericht der Konferenz, „Die Arbeit“ 1928, Heft 9, Seite 549, und den Vortrag *Clemens Nörpels* über das Schlichtungswesen auf der zweiten Tagung des Ausschusses des ADGB, am 27. März 1929, „Gewerkschafts-Zeitung“ 1929, Nr. 14, Seite 217 und 218.

Gebiet des Handels und der Industrie und die Vereinigung der englischen Arbeitgeberverbände auf „Arbeiter“fragen (Löhne, Arbeitszeit usw.). Bekanntlich war es gerade diese absurde Trennung der Aufgabengebiete, welche die Mond-Gruppe zuerst veranlasste, den Generalrat einzuladen, mit ihm die gesamten Fragen der Wirtschaft zu diskutieren. Die offiziellen Organisationen waren zu dieser Aufgabe ausserstande.

### *Die Entscheidung der Arbeitgeber.*

Nach langen Monaten inneren Streites und mühsamer Verhandlungen mit ihren angeschlossenen Organisationen fassten der Reichsverband und die Vereinigung der Arbeitgeberverbände im Februar 1929 den endgültigen Beschluss, dass sie den Zwischenbericht der „Mond-Turner-Konferenz“ vom Juli 1928 nicht annehmen könnten, dass sie im besonderen nicht in der Lage wären, sich an der Schaffung eines Reichswirtschaftsrates zu beteiligen.

Gleichzeitig luden sie den Generalrat zu einer Konferenz ein, auf der die Möglichkeiten regelmässiger künftiger Beratungen zwischen dem Reichsverband und dem Generalrat wie zwischen der Vereinigung und dem Generalrat über die Angelegenheiten, für welche der eine oder die andere zuständig seien, erörtert werden sollten. Auf dieser Konferenz, sagten sie, würden sie auseinandersetzen, warum sie sich nicht an einem Reichswirtschaftsrat beteiligen könnten. Vermutlich wird diese Erklärung die erwähnten konstitutionellen Hemmungen zum Gegenstand haben und nichts anderes.

Vor dieser Ablehnung der Konferenzvorschläge durch den Reichsverband der englischen Industrie und die Vereinigung der englischen Arbeitgeberverbände unternahm einer der Verbände, der dem Reichsverband angeschlossen ist, unabhängig von den Spitzenorganisationen einen heftigen Angriff auf den Bericht und auf den Gewerkschaftskongress. Es war der Verband der englischen Maschinenbauer, eine Gruppe von „Diehard“-Unternehmern, die an Unkenntnis moderner Strömungen und an mangelnder wirtschaftlicher Voraussicht nur noch von den Grubenbaronen übertroffen werden.

Dieser Verband, ein lebendiger Anachronismus, behauptete schlankweg, dass weder die Unternehmer noch die Gewerkschaftsführer, die an der „Mond-Turner-Konferenz“ teilgenommen hätten, in der Lage seien, Ansichten von irgendwelcher Bedeutung über allgemeine wirtschaftliche Fragen auszusprechen. Dem Generalrat wurde noch besonders zu Gemüte geführt, er müsse erst die Arbeiterpartei verleugnen, ehe er als aufrichtiger Partner angesehen werden könne.

Die geistigen Urheber dieser sonderbaren Beweisführung waren höchst erstaunt über den Sturm, den sie entfesselten, über die heftige Kritik, die mit der Gewalt einer Lawine in der Tagespresse wie in den Wochenschriften über sie hereinbrach, über die ungeteilte Gegnerschaft der gesamten Öffentlichkeit. Sie versuchten, die Sache wieder aufzugreifen durch eine „Erklärung“, beiläufig gesagt, eine Wiederholung ihres „Falles“. Aber sie machten damit eine klägliche Figur. Immerhin, einer der angesehensten unter ihnen, G. Vyle, schied aus der Gruppe Lord Melchetts aus — bisher die einzige „Sezession“ aus politischen Gründen.

### *Die Antwort des Generalrates.*

Die beiden Spitzenorganisationen der Unternehmer hatten in dieser ganzen Zeit eine überaus schlechte Presse. Die öffentliche Meinung war fraglos auf seiten des Generalrates. Selbst konservative Blätter, wie die „Times“, der „Observer“ und der „Telegraph“, übten unverhohlene Kritik an dem Reichsverband und der Vereinigung. Nichtsdestoweniger würdigte man es als einen bedeutsamen Schritt, dass die Unternehmerorganisationen sich bereit gefunden hatten, den Generalrat zu einer Konferenz einzuladen. Es war das erstmal in der englischen Geschichte, dass der Gewerkschaftskongress von diesen beiden Körperschaften offiziell anerkannt und zu einer Konferenz aufgefordert wurde. Ein grosses Hindernis für die offiziellen Besprechungen scheint aus dem Wege geräumt.

Die Gewerkschaften ihrerseits waren über die Ablehnung des Vorschlages, einen Reichswirtschaftsrat zu schaffen, der den ganzen Bereich der wirtschaftlichen Fragen erörtern sollte, tief enttäuscht. Diskussionen, die sich nur auf „Arbeiter“-fragen beschränken, sind vom Standpunkt des Gewerkschaftskongresses nutzlos. Demzufolge bestanden erhebliche Meinungsverschiedenheiten, ob die Einladung zu einer Konferenz mit den beiden Organisationen angenommen werden solle oder nicht.

Der Generalrat entschied sich schliesslich dahin, die Erklärungen, die der Reichsverband und die Vereinigung zu geben wünschten, anzuhören. Der Generalrat würde dann immer noch im Verlauf der Verhandlungen auf dieser Konferenz ermessen können, ob weitere Schritte mit Aussicht auf Erfolg unternommen werden können.

So weit sind die Angelegenheiten heute gediehen. Eine gemeinsame Konferenz mit dem Reichsverband und der Vereinigung ist noch nicht vereinbart worden, sie wird aber vermutlich bald stattfinden. Es ist unmöglich, das Ergebnis vorauszusehen. Es hängt in der Hauptsache von der politischen Haltung ab, welche die Spitzenorganisationen der Unternehmer einnehmen. Besteht der aufrichtige Wunsch nach regelmässigen freimütigen Besprechungen mit den Vertretern der Arbeiterschaft über alle Faktoren, welche die wirtschaftliche Wohlfahrt beeinflussen, dann wird sich ein Weg finden lassen. Das ist die Ansicht, die allgemein zum Ausdruck kommt.

### *Der Bericht der „Mond-Konferenz“ über die Arbeitslosigkeit.*

Die Verhandlungen der Mond-Konferenz sind inzwischen weitergeführt worden. Ihre Zukunft hängt natürlich in gewissem Umfange von dem Ergebnis der Konferenz mit den Spitzenorganisationen ab, aber zurzeit besteht jedenfalls die Absicht, die Verhandlungen fortzuführen, bis das gesamte Programm<sup>10)</sup> aufgearbeitet ist. Jedenfalls denkt man nicht daran, im Augenblick die Beratungen aufzugeben. Sie haben bisher Ergebnisse von grösstem Wert gezeitigt.

Am 12. März dieses Jahres fand eine Plenärsitzung der Konferenz statt, deren Aufgabe war, über einen Zwischenbericht zu entscheiden, der dem Problem der

<sup>10)</sup> „Die Arbeit“ 1928, Heft 9, Seite 533 ff.

Arbeitslosigkeit gewidmet ist<sup>11)</sup>, ein Bericht, der nicht den Charakter einer abschliessenden Untersuchung hat, sondern sich darauf beschränkt, „erstens einige besondere Massnahmen vorzuschlagen, die unmittelbar in Kraft treten sollten, um die gegenwärtige Lage zu erleichtern, und zweitens in grossen Zügen einige Vorschläge zu einer tiefer greifenden Abhilfe enthält, deren praktische Durchführung erwogen werden sollte“. Der Bericht beantwortet durch seine sachlichen Darlegungen die Streitfrage, ob hervorragende Unternehmer und Gewerkschafter imstande sind, sich auf Grund gemeinsamer Beratungen ein Urteil über wirtschaftliche Fragen zu bilden. Der Bericht wurde sowohl vom Generalrat der Gewerkschaften wie von der Unternehmergruppe angenommen. Seine Wirkung auf die Öffentlichkeit wurde etwas durch die Tatsache beeinträchtigt, dass er ein paar Tage nach dem ausführlichen Bericht erschien, den der von Amts wegen eingesetzte Ausschuss für Handel und Industrie, der sich auch mit den Nöten der englischen Wirtschaft beschäftigte, veröffentlicht hat, und an dem gleichen Tage wie Lloyd Georges Programm zur Behebung der Arbeitslosigkeit.

In den weitesten Kreisen der Öffentlichkeit wurde jedoch der Bericht der Konferenz als der eigenartigste und an praktischen Vorschlägen reichste Beitrag zu der grossen politischen Frage begrüsst. Der Bericht des Ausschusses für Handel und Industrie ist sehr unbestimmt und allgemein gehalten. Die beiden Berichte haben daher sehr wenig Berührungspunkte. Das Programm Lloyd Georges, mit dessen Hilfe der vielgewandte Politiker hofft, seiner heute mikroskopisch kleinen Partei zu überraschendem Wachstum zu verhelfen, ist ein politisches Wundermittel. Wenn er zur Macht zurückgekehrt sei (was für eine Zauberkraft regt sich in diesem gewaltigen „Wenn“), verpfändet er sein Wort, die Arbeitslosigkeit innerhalb kürzester Zeit und ohne einen Pfennig neuer Steuern auf ihr „normales Mass“ zu reduzieren. Der Bericht der Mond-Turner-Konferenz verzichtet auf so hochtrabende Versprechungen. Es wäre unehrenhaft, wenn er sie gäbe. Glücklicherweise hat das englische Volk sehr lebhaftere Erinnerungen an einige ebenso feierlich verkündete Versprechungen Lloyd Georges aus früherer Zeit; seine jetzt abgeschossene Rakete wird sich ebenso als ein verpuffender Schwärmer erweisen.

### *Der Stand der Arbeitslosigkeit.*

Der Zwischenbericht<sup>12)</sup> der Plenarkonferenz hebt an mit einem kurzen Überblick über die tatsächlichen Verhältnisse und zeigt, dass seit dem Ende des Jahres 1920 sehr selten weniger als eine Million Arbeitslose in England gezählt wurden, und dass zu manchen Zeiten ihre Zahl mehr als 2 Millionen betrug. Im Augenblick gibt es in England nahezu 1½ Millionen Arbeitslose. Die Schlüsselindustrien — der Bergbau, die Eisen- und Stahlindustrie, die Werftindustrie, die Metall- und Baumwollindustrie — sind am schwersten betroffen. Eine Anzahl anderer Industrien, das Lebensmittelgewerbe, der Handel, das Baugewerbe,

<sup>11)</sup> Der genaue Titel des Berichtes lautet: *Interim Joint Report on Unemployment adopted by the Full Joint Conference on 12th March 1929.* — Published by the Conference on Industrial Reorganisation and Industrial Relations.

<sup>12)</sup> Die folgende Darstellung bringt keine wörtliche Übersetzung des Berichtes, sondern eine verkürzte Zusammenfassung, die sich im einzelnen möglichst an die Formulierungen des Berichtes anschliesst.



das Buchdruckgewerbe, die Automobilindustrie, die chemische Industrie und die Elektroindustrie (meistens Gewerbe, die für den Binnenmarkt arbeiten), war dagegen gut beschäftigt.

Der Bericht stellt auch die Tatsache fest, dass heute über eine Million Arbeiter mehr in England vollbeschäftigt sind als vor dem Kriege. Nichtsdestoweniger verbleibt die grosse Zahl zusätzlicher Arbeitsloser.

### *Ursachen der Arbeitslosigkeit.*

Zum Teil, aber auch nur zum Teil, ist die Nachkriegsdepression, welche die englische Wirtschaft charakterisiert, zurückzuführen auf die kürzeren und längeren Schwankungen der Konjunktur, wie sie auch den Vorkriegsjahren eigentümlich sind, Schwankungen, die, wie der Bericht annimmt, eng mit der Währungspolitik zusammenhängen. Die Währungspolitik, die seit 1919 verfolgt wurde, hat, wie immer sonst sie zu rechtfertigen sein mag, der Wirtschaft nicht ermöglicht, einen hohen Grad des Wohlstandes beizubehalten oder wiederzugewinnen. Die Art und Weise, in der die Deflationspolitik durchgeführt wurde, hat den Wiederaufstieg der Wirtschaft nicht begünstigt, sondern behindert. Andererseits können nicht alle oder nicht einmal die Hauptschwierigkeiten der englischen Wirtschaft auf die Währungspolitik zurückgeführt werden. Das Problem der Goldreserve und seine Beziehung zu der Wirtschaft ist schon in einem früheren Bericht der Konferenz<sup>13)</sup> behandelt worden. Eine weitere, mehr ins Einzelne gehende Untersuchung dieser Frage ist in Angriff genommen worden; binnen kurzem wird vermutlich ein gemeinsamer Bericht veröffentlicht werden.

Ein zweiter Faktor, der in gewissem Umfange auf den Krieg selbst zurückzuführen ist, gibt der Lage der englischen Wirtschaft in der Nachkriegszeit ein besonderes Gepräge. Es ist die schwindende Abhängigkeit einiger Länder von anderen hinsichtlich des Bezuges von Rohstoffen oder Fertigwaren, und die verhältnismässig grosse Schwierigkeit, mit der viele englische Industrien unter den allgemein vorherrschenden Bedingungen zu kämpfen gehabt haben, der Schwierigkeit nämlich, sich so umzustellen, dass sie mit den gleichen Methoden, die sie früher angewandt haben, alte Märkte hätten behaupten oder wiedergewinnen und neue erobern können. Ausserdem sind in der Nachkriegszeit die Zollbarrieren und andere Hemmungen des Welthandels stärker geworden. Viele Märkte, die an und für sich für englische Waren offen gewesen wären, kommen infolge der Verarmung für die Wareneinfuhr nicht in Betracht.

Ein entscheidenderes Hindernis jedoch ist die mangelnde Anpassung vieler englischen Industrien an die Bedingungen der Nachkriegszeit. Dass eine Reihe englischer Industrien nicht imstande war, mit der modernen wirtschaftlichen Entwicklung hinsichtlich rationeller Organisation, zeitgemässen Ausbaues ihrer Anlagen und deren technischer Ausrüstung sowie der wissenschaftlichen Durchbildung der Methoden Schritt zu halten, ist nach Ansicht des Berichtes eine der wichtigsten Ursachen der Nachkriegsdepression und der Arbeitslosigkeit. Es ist charakteristisch, dass diejenigen englischen Industrien, die sich der modernen

<sup>13)</sup> „Die Arbeit“ 1928, Heft 9, Seite 563.

wissenschaftlichen Methoden in der Produktion wie in der Organisation bedient haben, auch die gesündesten des Landes sind.

Der dritte nicht unwesentliche Faktor, auf den die Arbeitslosigkeit zurückzuführen ist, ist ohne Zweifel der Prozess der Modernisierung und rationellen Organisation selbst. Der Bericht glaubt, dass die durch die Rationalisierung verursachte Arbeitslosigkeit in der Mehrzahl der Fälle vorübergehender Art sein wird.

#### *Vorschläge zur Behebung der Arbeitslosigkeit.*

Die vorgeschlagenen Massnahmen sind teils Palliativmittel, die zwar an die tieferen Ursachen der Arbeitslosigkeit nicht rühren, deren Folgen jedoch trotzdem in gewissem Umfange von weitreichender Wirkung auf die Zukunft der englischen Wirtschaft sein können; teils sind es Massnahmen „auf lange Sicht“. Letztere werden in dem vorliegenden Bericht nur summarisch auseinandergesetzt, da sie später eingehender behandelt werden sollen. Das Gegenwartsprogramm wird dagegen ausführlicher begründet.

#### *Das Gegenwartsprogramm.*

1. *Kreditleichterungen* (Regierungskredite). Die Organisatoren in der Industrie können Organisationspläne aufstellen, die Ingenieure können Pläne entwickeln für die Schaffung moderner Betriebseinrichtungen, die Wissenschaft kann neue Arbeitsprozesse vorschlagen: die Durchführung aller dieser Veränderungen erfordert zusätzliches und neues Geld. Die Lösung des Finanzierungsproblems ist die notwendige Voraussetzung von industriellen Zusammenschlüssen. Die in Frage kommenden Industrien leiden unter schlechten geschäftlichen Bedingungen. In den meisten Fällen sind sie bei den Banken stark verschuldet, die selbstverständlich nicht geneigt sind, ihnen unbegrenzt weitere Kredite einzuräumen. Es ist auch schwer, dem Publikum Neuinvestitionen in Industrien nahezu legen, die zurzeit entweder keinen Gewinn abwerfen oder in einigen Fällen mit Verlust arbeiten, und die gewinnbringend nur durch Reorganisation gestaltet werden können. Infolgedessen ist der Zweck, um dessentwillen die Zusammenschlüsse beabsichtigt sind, sehr schwer und in manchen Fällen überhaupt nicht zu erreichen. Kreditleichterungen sind eines der wichtigsten unmittelbar anwendbaren und wirksamen Mittel, über welche die Nation verfügt. Die Regierung muss daher durch Einräumung von Krediten der Wirtschaft in der Krise einen starken Rückhalt gewähren.

2. *Staatlicher Reservefonds* (Development Fund). Der Vorschlag geht dahin, dass die Regierung bestimmte Summen sicherstellt und damit einen Fonds ansammelt, aus dem sie in Zeiten der Depression für Unternehmungen von nationaler Bedeutung (z. B. für die Elektrifizierung) entsprechende Beträge zur Verfügung stellen kann.

3. *Pensionen für Arbeiter über 65 Jahre*. Es kann keinem Zweifel unterliegen, dass jüngere und leistungsfähigere Arbeitskräfte erforderlich sind, um die industrielle Produktion ergiebiger zu gestalten, und dass für die fortgeschrittene technische Entwicklung die anpassungsfähigere Arbeit der Jugend besser geeignet ist. Selbstverständlich darf die praktische Anwendung dieser Einsicht nicht dazu führen, die Veteranen der Arbeit in eine Notlage zu bringen. Durch eine bessere Gestaltung der Altersbezüge, als sie die heutige Altersversicherung gewährt, könnten die über 65 Jahre alten Arbeiter leichter veranlasst werden, sich zur Ruhe zu setzen. Deswegen wäre es sehr wünschenswert, dass, wenn ein Überangebot von Arbeitskräften für länger als eine kurze Übergangsperiode unterstützt werden muss, die erforderlichen Fonds für ihre Unterstützung dazu verwandt würden, lieber ältere Arbeiter zu pensionieren, als Unter-

stützungen an junge, leistungsfähige, arbeitslose Arbeiter zu zahlen. Die Kosten könnten aufgebracht werden durch die entsprechenden Ersparnisse bei der Arbeitslosenversicherung, durch die Ersetzung älterer Arbeiter durch jüngere Männer und Frauen und durch die Vereinheitlichung der Sozialversicherung, insbesondere die einheitliche Verwaltung des Vermögens der verschiedenen Versicherungszweige.

4. *Verlängerung der Schulpflicht.* Die fortschrittliche Entwicklung der Industrie ist heute in weitem Masse davon abhängig, dass ein grösseres Angebot an gelernten Arbeitern vorhanden ist. Hochwertige Produktion ist nur auf Grund einer hochwertigen Erziehung möglich.

Die Verlängerung der Schulpflicht würde ausserdem die Situation auf dem Arbeitsmarkt wesentlich erleichtern. Ungefähr 500 000 Jugendliche würden vom Arbeitsmarkt verschwinden, wenn das schulpflichtige Alter bis zum 15. Jahr verlängert würde. Die Folge wäre, dass 200 000 erwachsene Arbeiter in Arbeit kommen würden. Die Durchführung der verlängerten Schulpflicht würde nicht einmal in der Gegenwart mit hohen Kosten verbunden sein. Auf lange Sicht gesehen bedeutet sie reichen Gewinn.

5. *Auswanderung.* Der Bericht erkennt an, dass zwischen der seit dem Kriege stark verminderten Auswanderungsrate und dem ausserordentlichen Umfang der heute vorhandenen Arbeitslosigkeit ein unmittelbarer Zusammenhang besteht. Die Beträge, die für die Auswanderung in den Nachkriegsjahren zur Verfügung gestellt wurden, stehen in gar keinem Verhältnis zu dem Umfang der Arbeitslosigkeit. Der Bericht empfiehlt infolgedessen, bei dem jetzigen hohen Stand der Arbeitslosigkeit den Fonds für die Auswanderung aus einer Anleihe statt aus staatlichen Einkünften aufzubringen. Dieser Fonds müsste unter die Kontrolle eines mit den nötigen Befugnissen ausgestatteten Ausschusses von Vertretern der Industrie unter dem Vorsitz eines Ministers gestellt werden. Ähnliche Ausschüsse sollten in den Dominien errichtet werden. Vereinbarungen mit den Regierungen und den Gewerkschaftszentralen der Dominien sollten getroffen und ein paritätischer Ausschuss aus Vertretern der Unternehmer und der Gewerkschaften für das britische Imperium eingesetzt werden, um die Politik hinsichtlich der Bedingungen der Auswanderung wie der Beschäftigung der Auswanderer auf eine einheitliche Linie zu bringen. Den einzelnen Siedlern muss durch Gewährung finanzieller Unterstützung geholfen werden. Die Gruppenauswanderung verdient vor der Einzelauswanderung den Vorzug, nicht nur wegen der sozialen und psychologischen Wirkung auf die Auswanderer selbst, sondern auch wegen der grösseren Aussicht auf dauernden Bestand für die neue Heimat.

6. *Landwirtschaft.* Mit Rücksicht auf die Bedeutung der Landwirtschaft für das wirtschaftliche Leben Englands wird empfohlen, eine engere Fühlung zwischen Industrie und Landwirtschaft durch deren anerkannte, massgebende Organisationen herbeizuführen. (Die Mond-Turner-Konferenz beabsichtigt, selbst die Beziehungen mit den landwirtschaftlichen Organisationen aufzunehmen und mit ihnen einen Plan auszuarbeiten, der zur Einsetzung eines ständigen Ausschusses führen soll.)

7. *Zwischenbezirklicher Ausgleich im Bergbau.* Die Arbeitslosigkeit im Bergbau ist so gross, dass sie als ein Sonderfall angesehen werden muss. Einige Bergbaubezirke sind jetzt ausserstande, einen grossen Teil ihrer arbeitenden Bevölkerung zu beschäftigen; daher muss auf schnellstem Wege ein gut organisierter Ausgleich mit den Bezirken geschaffen werden, in denen noch Bedarf an Arbeitskräften besteht.

8 bis 11. *Ausfuhrkredite,* die Schaffung eines Ausschusses zur wirtschaftlichen Förderung der Kronkolonien (Crown Colonies Development Committee), Erweiterung und Beschleunigung der öffentlichen Arbeiten und endlich Handel mit Russland, das sind die abschliessenden Forderungen.

### *Massnahmen auf lange Sicht.*

1. *Amtliche Untersuchung über die Währungspolitik.* Die Regierung soll diese Untersuchung so bald als möglich in Angriff nehmen. Vertreter der Industrie, der Unternehmer wie der Arbeiter, ebenso Vertreter der Banken und der Finanzinstitute sollen an der Untersuchung beteiligt werden. Das Schatzamt und die Bank von England sollen für die Durchführung der Empfehlungen der Konferenz von Genua (1922) sorgen.

2. *Reorganisation der Wirtschaft.* Währungspolitik und andere Massnahmen der Regierungen oder der leitenden Instanzen der einzelnen Industrien sind allein nicht ausreichend, um Englands wirtschaftliche Lage dauernd zu bessern und den Lebensstandard der Bevölkerung zu heben. *Rationalisierung* in dem weitesten Sinne des Wortes, wie ihn der Zwischenbericht vom Juli 1928<sup>14)</sup> entwickelt hat, ist gleichfalls von wesentlicher Bedeutung.

3. *Freisetzung von Arbeitskräften infolge der Rationalisierung.* Die Lösung des aus diesem typischen Vorgang sich immer wieder ergebenden Problems ist gerade heute sehr dringlich. In den meisten Fällen können Erweiterung des Absatzes und Hebung der Kaufkraft, vorausgesetzt, dass beides gleichzeitig versucht wird, Abhilfe schaffen. Nur für den Überschuss an Arbeitern im Bergbau muss darüber hinaus besondere Vorsorge getroffen werden.

Was die Rationalisierung als solche angeht, so ist folgendes zu sagen: Die technisch-organisatorischen Umstellungen sollen ganz allmählich, entsprechend dem Tempo des wirtschaftlichen Aufschwunges, durchgeführt werden. Über die beste Methode, die (freigesetzten) Arbeitskräfte in der Wirtschaft unterzubringen, soll mit den Gewerkschaften beraten werden. In einigen Fällen wird es beispielsweise möglich sein, die Zahl der Lehrlinge zu beschränken.

4. *Unterstützungsfonds für Arbeitslose* (Labour Reserve Fund). Dieser Fonds soll, als eine Vorsorge auch für normale Zeiten, von allen Firmen bzw. Industrien aus den Gewinnen gebildet werden, um die Arbeitlosen ihrer Betriebe zu unterstützen. Er soll durch unabhängige Treuhänder verwaltet werden. Firmen, die ihre Produktion rationalisieren, sollten bestrebt sein, für Arbeiter, die infolgedessen arbeitslos werden, eine Beschäftigung an anderen Stellen unter mindestens den gleichen Bedingungen zu finden wie die, deren sie sich vorher zu erfreuen hatten, oder aber sie in anderen, gleichfalls von der Firma kontrollierten Betrieben unterzubringen.

\*

Das sind in kurzen Worten die gemeinsamen Vorschläge des Generalrates des Gewerkschaftskongresses und Lord Melchets Gruppe, die aus etwa 30 Unternehmern besteht, deren Macht und Einfluss weit reicht. Wenn diese Vorschläge, die bereits in ganz England grosses Interesse erweckt haben, durchgeführt werden würden, so würde die Lage auf dem Arbeitsmarkt unzweifelhaft viel günstiger werden. Es bleibt abzuwarten, ob die politischen Parteien bei den kommenden Wahlen sich dieses Programm, soweit seine Durchführung eine Angelegenheit der Regierung ist, zu eigen machen, und ob die gesamte englische Wirtschaft diejenigen Vorschläge, die ohne Mitwirkung der Regierung verwirklicht werden können, anzunehmen bereit ist.

<sup>14)</sup> „Die Arbeit“, Heft 9, Seite 562.

## *Ziel und Weg der deutschen chemischen Industrie*

*Von Gustav Haupt (Hannover)*

Die chemische Industrie Deutschlands steht im Mittelpunkt wirtschaftlicher Betrachtungen. Der Zusammenschluss der gesamten Teerfarbenindustrie in der I. G. Farbenindustrie A.-G. sowie die Aufnahme der Produktion von synthetischem Methanol und synthetischen Benzinen haben weit über die Grenzen Deutschlands hinaus Aufsehen erregt. Die wirtschaftliche und technische Entwicklung ist in der Tages- und Fachpresse fortgesetzt besprochen worden, ohne dass dadurch den Lesern ein abgerundetes Bild über Wesen und Bedeutung der chemischen Industrie übermittelt wurde. Um das zu ermöglichen, soll Wollen und Können der chemischen Industrie dargestellt werden.

Mit den geläufigen Methoden anderer Industrien kann die Bedeutung der chemischen Industrie nicht festgestellt werden. Die Zahl der Arbeiter ist im Verhältnis zur Gesamtarbeiterschaft der deutschen Industrie gering. Im Jahre 1927 waren in der chemischen Industrie nach dem Bericht der Berufsgenossenschaft rund 378 000 Vollarbeiter versichert. In dieser Zahl sind die versicherungspflichtigen Angestellten mit enthalten. Dagegen werden die Arbeiter der chemischen Nebenbetriebe des Bergbaus, wie Benzol- und Ammoniakfabriken, Schwelereien, Teerdestillationen, Öl- und Paraffinfabriken des Braunkohlenbergbaus und der chemischen Fabriken des Kalibergbaus von der Berufsgenossenschaft der chemischen Industrie nicht mit erfasst, so dass die Gesamtzahl der in der chemischen Industrie Deutschlands beschäftigten Arbeiter sich mit den Zahlen der Vollarbeiter der Berufsgenossenschaft der chemischen Industrie etwa decken dürfte.

Produktionsziffern der chemischen Industrie, die als Massstab dienen können, liegen auch nicht vor. Es muss deshalb der Hinweis genügen, dass in der chemischen Industrie die manuelle Arbeit eine nur untergeordnete Rolle spielt, so dass sich aus der Zahl der beschäftigten Arbeiter die Bedeutung der chemischen Industrie nicht ersehen lässt. Die Arbeit vollzieht sich meist in geschlossenen Kesseln und Apparaten unter Aufsicht der Arbeiter, ohne dass sie sich dabei arbeitstechnisch betätigen müssen. Dementsprechend sind in grossen Fabrikbauten meist nur wenige Arbeiter beschäftigt, wobei der Durchsatz an Produkten aber ausserordentlich gross ist. Die Masse der erzeugten Produkte ist im Verhältnis zum einzelnen Arbeiter sehr viel grösser als in anderen Industrien. Der Wert dieser Produkte kann aber nicht nur nach barem Gelde berechnet werden, muss vielmehr auch nach seiner wirtschaftlichen Bedeutung gewertet werden, wenn man sich über die chemische Industrie ein Gesamtbild machen will. Die wirtschaftliche Bedeutung der chemischen Industrie resultiert aus der Unentbehrlichkeit chemischer Produkte in anderen Industrien, der Versorgung der Landwirtschaft mit künstlichen Düngemitteln und aus dem starken Export, der 1927 dem Werte nach 11,4 Prozent der gesamten deutschen Ausfuhr darstellte.

Die chemische Industrie hat sich bestimmte Produktionsziele gesteckt. W. Ebert schildert in seinem Buche „Die chemische Industrie Deutschlands“ diese

Tatsachen, indem er ausführt, dass ein Erfolg für die Wirtschaft eines Volkes vorliegt, wenn der gesamte Gütervorrat tatsächlich vermehrt wird, oder wenn das vorhandene Güterquantum zu höherem Wert für die Bedürfnisbefriedigung der Gesellschaft gebracht wird, und sagt dann weiter, dass der volkswirtschaftliche Erfolg der chemischen Produktion grundsätzlich an der Vermehrung und an der Verbesserung des für die Bedürfnisdeckung der Gesellschaft bestimmten Gütervorrats zu ermesen ist. Die nachfolgenden Zeilen wollen dartun, in welcher Weise und in welchem Ausmass die deutsche chemische Industrie im Sinne Eberts diese Aufgabe zu erfüllen bemüht und in der Lage gewesen ist.

Dem Bestreben, die Rohstoffbasis der deutschen Industrie zu erweitern oder ausländische Rohstoffe zu gebrauchsfertigen chemischen Produkten für die eigene und für fremde Industrien umzuarbeiten und schliesslich über deutsche Rohstoffe zu Endprodukten zu kommen, die bisher aus ausländischen Rohstoffen gewonnen wurden, ist auch die Erfindung der Teerfarben zuzuschreiben. Wir dürfen einige Kenntnisse über Herstellung und Bedeutung der Teerfarben voraussetzen, weil die Erfindung eigentlich schon der Geschichte angehört und die Herstellung in der Grossindustrie allgemein bekannt ist. Es lohnt sich aber, neuere Erfolge auf dem Gebiete der Produktion anorganischer Säuren kurz zu skizzieren, weil auf diesem Gebiete grundlegende Änderungen eingetreten sind.

Salpetersäure, ein wichtiger Grund- und Arbeitsstoff für die chemische Industrie und unentbehrlicher Arbeitsstoff für andere Industrien, wurde bis Kriegsausbruch fast ausschliesslich aus Chilesalpeter gewonnen. Seit dem Jahre 1913 hat die chemische Grossindustrie in Deutschland das Luftstickstoffverfahren für die Düngerindustrie eingeführt. Seit dieser Zeit wird Luftstickstoff auf Salpetersäure verarbeitet. Heute dürfte der gesamte Salpetersäurebedarf in Deutschland aus Luftstickstoff gedeckt werden, wodurch die deutsche Wirtschaft von der Belastung ausländischen Salpeters frei geworden ist.

Als Düngemittel kamen bis Kriegsausbruch fast ausschliesslich in Frage vorerst Stalldünger und Kali, schwefelsaures Ammoniak, gewonnen aus dem Ammoniakwasser der Gasfabriken und Kokereien, Thomasmehl und Superphosphate. Seit 1913 spielt deutscher Luftstickstoffdünger als schwefelsaures Ammoniak und in anderen Bindungen eine Rolle. In der Nachkriegszeit hat die Luftstickstoffdüngerindustrie an Umfang ausserordentlich gewonnen, so dass nicht nur die deutsche Landwirtschaft damit befriedigt, sondern auch eine erhebliche Ausfuhr erzielt werden konnte. Die Produktion ist im fortgesetzten Steigen begriffen und soll nach dem Haber-Bosch-Verfahren in diesem Jahre eine Leistung von 700 000 Tonnen Reinstickstoff erreichen, was gewichtsmässig dem fünffachen Betrag fertiger Düngemittel entspricht. Dazu kommen noch rund 90 000 Tonnen Kalkstickstoff. Mit dieser Produktion hat die chemische Industrie der Landwirtschaft ein Düngemittel an die Hand gegeben, das den Bodenertrag erheblich steigert und dazu berufen sein soll, dem deutschen Boden ausreichende Erträge für die Ernährung des gesamten deutschen Volkes abzurufen.

Bei Herstellung schwefelsauren Ammoniaks wurde Schwefelsäure benötigt, die vorwiegend aus ausländischen Erzen und Schwefelkiesen gewonnen wird.

Beim neuen Stickstoffverfahren kann Schwefelsäure entbehrlich werden, weil bei der Herstellung das Ammoniak in geeigneter Weise über Gips geleitet wird, wobei sich der im Gips enthaltene Schwefel unter Zutritt von Sauerstoff der Luft mit dem Ammoniak zu schwefelsaurem Ammoniak verbindet. Gips ist aber ein schier unerschöpflicher deutscher Rohstoff.

Der landwirtschaftliche Boden benötigt aber nicht nur Stickstoffdüngemittel und Kali, sondern auch phosphorsäurehaltige Düngemittel. Diese wurden in Form von Thomasmehl und Superphosphaten angewandt. Die Herstellung von Thomasmehl ist beschränkt, sie richtet sich nach dem Stand der Eisenproduktion. In neuerer Zeit wird sogar die beim Hüttenprozess anfallende Thomasschlacke als Flussmittel dem Hüttenprozess wieder zugesetzt, so dass eine Verknappung eintritt. Die Superphosphatindustrie ist nach dem Kriege stark zurückgegangen. Daraus ergibt sich eine Verarmung des deutschen Bodens an Phosphorsäure. Um allen Ansprüchen zu genügen, ist die chemische Grossindustrie dazu übergegangen, phosphorsaure Mischdünger auf der Basis von Luftstickstoff und Kali herzustellen. Die notwendige Phosphorsäure wird im elektrischen Ofen aus ausländischen Phosphaten gewonnen, indem die Phosphate, mit Kohle gemischt, auf Phosphor reduziert werden und der Phosphor wiederum im elektrischen Ofen unter Zutritt von Luft zu Phosphorsäure verbrannt wird. Der mit dieser Phosphorsäure hergestellte Mischdünger wird von der Landwirtschaft höher bewertet als Superphosphate, weil ersterer keine Schwefelsäure als Ballast enthält. Die Produktion an Phosphorsäure kann in absehbarer Zeit so gesteigert werden, dass der Ausfall an Superphosphat und Thomasmehl durch den erwähnten Mischdünger vollständig ersetzt wird. In der Stickstoff- und Mischdüngerherstellung hat die chemische Industrie die Bedürfnisse der Gesellschaft gedeckt und dabei in hohem Masse ausländische Rohstoffe durch deutsche Rohstoffe ersetzt.

In der Stickstoffindustrie war es auch möglich, mit Hilfe der dort angewandten Hochdruckapparatur synthetischen Methanol (Methylalkohol) herzustellen. Als Grundstoff für Methanol kommen Kohlenoxydgas und Wassergas in Betracht. Beide Stoffe waren teilweise als Überschussprodukte in der Stickstoffindustrie vorhanden. Die Herstellung künstlichen Methanols, der sich als Treibstoff eignet und auch auf Lösungsmittel wie Azeton weiterverarbeitet wird, hat zwar die Holzverkohlungsindustrie geschädigt, trägt aber letzten Endes dazu bei, die Verminderung des Waldbestandes aufzuhalten, da ein grosser Teil des zur Verkohlung notwendigen Buchenholzes gespart wird.

Die Herstellung künstlichen Methanols leitet zur Kohleverflüssigung über, wo nicht mehr Kohlenoxyd mit Wasserstoff verbunden, sondern Kohle mit Wasserstoff im Hochdruckverfahren unter Zuhilfenahme von Katalysatoren in leichte Kohlenwasserstoffe, wie Benzine und Alkohole, verwandelt wird. In diesem Verfahren wird auch der Grundstoff für künstlichen Kautschuk, das Isopren, ebenfalls ein leichter Kohlenwasserstoff, gewonnen.

Aus Isopren hergestellter künstlicher Kautschuk wird bereits in Gummifabriken versuchsweise in grösserem Ausmass auf Fahrrad- und Automobilbereifung verarbeitet.

Die Herstellung künstlicher Benzine und Alkohole soll die Einfuhr ausländischer Treibstoffe aus Mineralöl einschränken und mit der Zeit ganz aufheben. Das wird gelingen. Inwieweit die Herstellung künstlichen Kautschuks sich auf die Kautschukplantagenwirtschaft auswirken wird, steht noch nicht fest. Die chemische Grossindustrie selbst legt aber der Erzeugung künstlichen Kautschuks grosse Bedeutung bei. Die deutsche Gummiwarenindustrie erwartet gespannt den Zeitpunkt, wo sie ihren Kautschukbedarf aus künstlicher deutscher Erzeugung decken kann. Die wirtschaftlichen Folgen dieser neusten Errungenschaft der chemischen Industrie lassen sich heute noch nicht abschätzen, werden sich aber ins Gigantische auswachsen.

Es ist schon erwähnt, dass bei der Herstellung schwefelsauren Ammoniaks aus Luftstickstoff Schwefelsäure nicht mehr benötigt wird, vielmehr der im Gips enthaltene Schwefel in einem Arbeitsgang mit dem Stickstoff verbunden wird. Die chemische Industrie ist aber auch dazu übergegangen, Schwefelsäure aus Gips herzustellen, so dass bei Erweiterung des Verfahrens die Schwefelsäureindustrie zum Teil von der Einfuhr ausländischer Erze und Kiese befreit wird. An Stelle teurerer ausländischer Rohstoffe tritt in diesem Fall leicht erreichbarer billiger deutscher Gips, der bei der Herbeischaffung weiteren Arbeitshänden Beschäftigung gibt. Der entschwefelte Gips wird in demselben Arbeitsprozess sofort auf Portlandzement verarbeitet. Aber auch die Schlacken aus den elektrolytischen Phosphoröfen werden in der chemischen Industrie auf Zement verarbeitet, und der sogenannte Schmelzzement, der bei Wasserbauten Verwendung findet, ist ein im elektrolytischen Verfahren aus Bauxit hergestelltes chemisches Produkt. Die chemische Industrie ist also auch stark in die Zementindustrie eingedrungen.

Auf dem Gebiete der Metallherstellung fliessen die Grenzen der Metallindustrie und der chemischen Industrie ineinander. Die seltenen Metalle, wie Antimon, Cer, Cobalt, Mangan, Molybdän, Thorium, Vanadium, Wismut, Wolfram oder deren Salze und viele andere, sind immer in der chemischen Industrie hergestellt worden. Seit Jahren wird in der chemischen Industrie an dem Problem gearbeitet, Metalle, auch Eisen, direkt aus Erzen auf chemischem Wege herzustellen. Kupfer wird heute schon im Auslage- und Niederschlagsverfahren gewonnen und das so gewonnene Kupfer in der Elektrolyse zu grosser Reinheit geführt.

Grössere Bedeutung haben jedoch die Leichtmetalle Aluminium und Magnesium erlangt. Aluminium wird aus Tonerde (Bauxyt) gewonnen, indem sie fein gemahlen, mit kalzinierter Soda gemischt und in Drehöfen auf Aluminat gebrannt wird. Dieses Aluminat wird im elektrolytischen Ofen aus der oxydischen Verbindung in reines Aluminium verwandelt. Die deutsche Aluminiumproduktion liegt in einer Höhe von 25 000 bis 30 000 Tonnen pro Jahr. Aluminium hat das spezifische Gewicht 2,7, Eisen 8,9 und Kupfer 7,8. Mengemässig bedeutet also das gleiche Gewicht bei Aluminium stark dreimal mehr als bei Eisen und auch annähernd dreimal soviel wie Kupfer. Durch geeignete, in der chemischen Industrie ausgearbeitete Legierungen mit anderen Metallen kann Aluminium auf jeden gewünschten Härtegrad gebracht, und können ihm andere gewünschte Eigenschaften verliehen werden. Im Automobil- und Flugzeugbau ist Aluminium nicht



mehr zu entbehren, es ist aber zum Teil schon durch das noch leichtere Magnesium — spezifisches Gewicht 1,7 — überholt worden. Magnesium wird aus Carnallit, das in Deutschland in unerschöpflichen Mengen zur Verfügung steht, gewonnen. Auch dieses Leichtmetall, das unter dem Namen Elektronmetall im Handel ist, wird durch geeignete Legierungen mit allen gewünschten Eigenschaften der in der Technik verwendeten Metalle versehen. Es findet, wie Aluminium, immer weitere Anwendung im Automobil- und Flugzeugbau, und die Weiterentwicklung der Grossflugzeuge ist an Elektronmetall gebunden. Die beiden Leichtmetalle sind bereits in Verwendungsgebiete eingedrungen, die ehemals von Eisen, Kupfer und anderen Metallen beherrscht wurden.

Bei der unverkennbaren Erschöpfung der Erzlagerstätten gewinnen die Leichtmetalle immer mehr an Bedeutung. Die Grundstoffe für Aluminium und Magnesium sind in überreicher Fülle auf der ganzen Erde vorhanden. Die deutsche Aluminiumindustrie ist zwar noch auf ausländische Bauxyte angewiesen, aber die chemische Industrie arbeitet Verfahren aus, nach denen deutsche Tonerde erfolgreich auf Aluminium verarbeitet werden soll. Während der Kriegszeit wurde deutscher Ton auf Aluminium verarbeitet. Das Verfahren war aber unwirtschaftlich und konnte sich in der Friedenszeit nicht halten, weil der hohe Kieselsäuregehalt des deutschen Tons die Produktion stark verteuerte. Diese Schwierigkeiten sind jetzt teilweise überwunden. Die weiterverarbeitende Metallindustrie ist beim Bezug von Aluminium und Magnesium ausschliesslich auf die chemische Industrie angewiesen.

Aus Bauxyt stellt die chemische Industrie auch künstliche Schmirgel mit den verschiedensten Namen, wie Korund, Karborundum, Elektrit usw., her. Die künstlichen Schmirgel werden in jeder beliebigen Härte hergestellt, haben sich der Härte des Diamant schon angenähert und sind als wichtiger Arbeitsstoff in der Metall- und in anderen Industrien unentbehrlich geworden.

Aus Bauxyt werden im elektrolytischen Schmelzverfahren auch künstliche Edelsteine hergestellt, die den natürlichen Edelsteinen gleichwertig sind. Sie dienen als Schmucksteine, finden aber auch als Lagersteine in der Uhrenindustrie und sonstiger Feinmechanik Verwendung, was namentlich der Uhrenindustrie zugute gekommen ist, indem die lagerreichen Präzisionsuhren zu wohlfeilen Preisen auf den Markt gebracht werden können.

Ein weiteres wichtiges Gebiet der chemischen Industrie ist die Zelluloseindustrie. Zellulose findet ihr Hauptverwendungsgebiet bekanntlich in der Papierindustrie. Grosse Mengen werden jedoch auch in der chemischen Industrie auf Sprengstoff, Zelluloid, Film, Kunstseide und Zelluloselacke verarbeitet. Baumwolle ist natürliche, reine Zellulose. Der grösste Teil des Bedarfs wird aber aus Tannenholz gedeckt, das in geschlossenen Kesseln mit schwefliger Säure gekocht wird, wodurch die festen und harzigen Bestandteile ausgeschieden werden.

Zelluloid wird aus nitrierter Baumwolle unter Zusatz von Kampfer hergestellt. Wenn bei der Denitrierung nicht alle Spuren der Salpeter- und Schwefelsäure beseitigt werden, wird das an sich leicht brennbare Zelluloid bei Wärmeeinwir-

kung leicht zersetzt, wobei sich explosive Gase entwickeln, die schon häufig zu Explosionen geführt und der Verwendung des Zelluloids Grenzen gesetzt haben. Diesem Übelstand sucht man durch Ausschaltung des Kampfers abzuweichen. Das kampferfreie Produkt ist unter dem Namen „Kunststoff“ bekanntgeworden und dient fast unbegrenzten Verwendungszwecken. Zelluloid und Kunststoff haben die Grundlage zu einer weitverzweigten Schmuck- und Spielwarenindustrie abgegeben und in verhältnismässig kurzer Zeit Gebrauchs- und Schmuckgegenstände aus Horn, Bein, Holz und Metall stark verdrängt. Durch die leichte Formbarkeit des Zelluloids ist der ehemals wichtige Beruf der Horndrechsler und Kammacher ausgeschaltet.

Noch grössere wirtschaftliche Bedeutung hat aber die Kunstseide erlangt. Seit dem Jahre 1913 ist die Weltproduktion an Kunstseide etwa verdreissigfach worden. Die deutsche Kunstseidenindustrie hat an diesem Aufschwung teilgenommen, sie steht abwechselnd an zweiter und dritter Stelle in der Weltproduktion. Die Viskoseseide nimmt den grössten Raum der Kunstseide ein. Sie wird aus Holzzellulose hergestellt und konnte infolge ihres billigen Preises und ihrer ausserordentlich färberischen Eigenschaften an Stelle von Naturseide, Baumwolle und Wolle treten. In Verbindung mit natürlichen Spinnfaserstoffen hat sie ein weites Verwendungsgebiet für Kleidung und Wäsche gefunden. Sie ist zum unentbehrlichen Arbeitsstoff geworden und hat die Rohstoffbasis der Textilindustrie erweitert und verschoben.

In neuerer Zeit hat sich Zelluloselack, der ebenfalls aus Nitrozellulose, zum grössten Teil aus Filmabfällen, hergestellt wird, eingebürgert. Er ist haltbarer und leichter als die bisherigen Öllacke zu verarbeiten und kürzt durch sein schnelles Trocknen den Lackierprozess ab, was für die Automobil- und Waggonindustrie von Bedeutung ist und eine erhebliche Verbilligung herbeigeführt hat. Die Nitrozellulose sowie auch die zur Lackherstellung notwendigen Lösungsmittel und Farben werden restlos in der chemischen Industrie hergestellt. Durch Anwendung von Nitrozelluloselacken ist die Einfuhr ausländischer Kopale und Harze für die Lackfabrikation eingeschränkt worden. Die chemische Industrie stellt aber auch schon Kunstharze her, die sich mehr und mehr einbürgern und damit den Bedarf an ausländischen Harzen weiter herabdrücken.

Die vielumstrittene Frage der Ausschaltung des giftigen Bleiweisses wird auch durch die chemische Industrie gelöst werden. Das Bleiweiss soll durch andere Farben, wie Zinkweiss und Lithopon, nicht ersetzt werden können. Dagegen hat man jetzt im Titanweiss einen vollwertigen Ersatz für Bleiweiss gefunden, der ungiftig ist. Anfänglich wurde Titanweiss nur aus ausländischen Titanerzen gewonnen. Der Grundstoff für Titanweiss findet sich aber überall. Die deutsche chemische Industrie bringt bereits grössere Mengen von Titanweiss auf den Markt. Das Verfahren befindet sich aber noch in der Entwicklung, so dass sich das Bleiweiss heute noch neben dem Titanweiss behaupten kann. Wie lange noch?

Die chemische Industrie greift aber auch in die Ernährungsverhältnisse der Menschen ein. Wir alle haben während der Kriegszeit die falsche Ernährungs-

weise durch die sogenannte Kalorientheorie am eigenen Leibe kennengelernt. Die Kriegsnahrung war nicht nur unzureichend, ihr fehlten vor allem die sogenannten Ergänzungsnährstoffe, die Vitamine. Dadurch wurden im menschlichen Organismus schwere Störungen hervorgerufen. Der Ernährungswissenschaft war bis dahin die Bedeutung der Vitamine noch nicht aufgegangen, ja man kannte die Vitamine kaum dem Namen nach. Die pflanzlichen Nahrungsmittel sind reich an Vitaminen, zum Teil auch die tierischen. Die vitaminreichsten Nahrungsmittel sind für die unbemittelte Bevölkerung zu teuer. Bananen, Ananas und ähnliche Früchte sind leider nicht die alltägliche Nahrung der Arbeiterschaft. Hier greift nun wieder die chemische Industrie helfend ein. Durch eingehende Analyse ist es gelungen, den Aufbau verschiedener Vitamine zu erkennen. Daraufhin konnten künstliche Vitamine hergestellt werden. Wenn auch die Struktur vieler Vitamine bisher noch nicht erkannt wurde, schliesslich auch einige Vitamine überhaupt noch nicht bekannt sind, so kann doch die Herstellung künstlicher Vitamine im heutigen Ausmass schon zur Ergänzung unvollständiger Nahrung dienen. Bei weiteren Fortschritten, die absolut sicher erwartet werden können, sind die künstlichen Vitamine dazu berufen, in Kreisen der minderbemittelten Bevölkerung auftretende Unterernährungserscheinungen und Körperschädigungen durch vitaminarme Nahrung zu beheben.

Das Streben der chemischen Industrie geht aber weiter. Der bekannte Kohlechemiker Bergius hat neben der Kohleverflüssigung auch ein Verfahren zur Aufbereitung der Holzzellulose in Zucker ausgearbeitet. Dieses Verfahren ist zwar noch nicht in die Grosstechnik übergeführt, an dem Problem wird aber in der chemischen Industrie gearbeitet. Der bisher in der Versuchsanlage aus Zellulose erzeugte Zucker findet als Viehfutter Verwendung. Ein nicht ganz auf Zucker gehendes Produkt dient als Düngemittel. Dabei geht man in diesen Grossversuchen nicht einmal von Holzzellulose aus, sondern benutzt Torf als Grundstoff. Die Erzeugung von Zucker aus Holz und Torf ist eine wirtschaftliche Grosstat, die finanz- und ernährungstechnisch für Deutschland nicht zu unterschätzen ist. Die Bedeutung wächst aber bei der Überlegung, dass die Nutzbarmachung des Zellulosezuckers für die menschliche Nahrung nur einen verhältnismässig kleinen Schritt bedeutet, nachdem es einmal gelungen ist, Zucker aus Zellulose herzustellen.

Mit der Aufzählung dieser Fortschritte in der chemischen Industrie, die auf Vollständigkeit keinen Anspruch erheben kann, ist gezeigt, dass die Grundlagen der deutschen Wirtschaft durch die chemische Industrie weitgehend beeinflusst und verschoben werden. Ausländische Rohstoffe sind zum Teil durch neue Produktionsmethoden in der chemischen Industrie ausgeschaltet oder durch deutsche ersetzt worden. Die Textilindustrie hat den heutigen Stand der Technik und Produktion nur erreichen können durch Inanspruchnahme der von der chemischen Industrie gelieferten künstlichen Teerfarben, Beizen und Lösungsmittel, die eine sachgemässe Behandlung der Textilfaser erst ermöglichten und uns die heute so geläufige Farbenpracht der Textilstoffe schufen. Mit der Kunst-

seide stellt die chemische Industrie der Textilindustrie einen vielseitig verwertbaren Textilrohstoff zur Verfügung.

Die Landwirtschaft erhielt von der chemischen Industrie synthetische Düngemittel aus Luft und damit neue Arbeitsimpulse. Der Metallindustrie wurden neue Metalle zur Verfügung gestellt und die Basis zur Herstellung von Metallen durch chemische Methoden verschoben. Andere Industrien sind durch die chemische Industrie befruchtet worden. Auf diese Zustände ist die chemische Industrie in voller Erkenntnis zugesteuert. Das erwünschte Ziel ist zwar noch nicht erreicht, aber ein grosses Stück des Weges zurückgelegt.

Bei der Durchführung ihrer Absicht hat die chemische Industrie die Bedeutung anderer Industrien umgewertet. Bisher war man gewohnt, Bergbau, Hütten- und Metallindustrie als wichtigste Schlüsselindustrien anzusprechen. Heute ist der Bergbau zum Teil zur Hilfsindustrie der chemischen Industrie herabgesunken. Die Grundlagen der Hüttenindustrie sind ins Wanken gebracht, und die Metallindustrie ist zum Teil auf Belieferung durch die chemische Industrie angewiesen. Im Kohlenverbrauch und in den Besitzverhältnissen des Kohlenbergbaus spiegelt sich unter anderem die Bedeutung der chemischen Industrie, insbesondere als Schlüsselindustrie, wider.

Die chemische Industrie ist nicht nur Kohlenverbraucher im Sinne der Energieverwertung, sie benutzt auch ungeheure Mengen Kohlen als Rohstoff. Im Jahre 1924 erregten die Ausführungen des Generaldirektors Dr. Duisberg auf der Hauptversammlung des Vereins zur Wahrung der Interessen der chemischen Industrie Deutschlands Aufsehen, als er mitteilte, dass die damalige Interessengemeinschaft der Teerfarbenfabriken nach der deutschen Reichseisenbahn die grösste Kohlenverbraucherin in Deutschland sei. Während die Reichsbahn damals einen Jahresverbrauch von 7,2 Millionen Tonnen hatte, betrug der Bedarf der Teerfarbenfabriken 2,8 Millionen Tonnen Steinkohlen, Braunkohlen und Briketts, in Energiewerte von Steinkohle umgerechnet, 1,2 Millionen Tonnen, insgesamt also 4 Millionen Tonnen Steinkohlen. Die nächsten Grossverbraucher waren damals Krupp mit 2,4 Millionen Tonnen und der Siemens-Schuckert-Konzern mit der Rhein-Elbe-Union mit 2,3 Millionen Tonnen. Seit dieser Zeit hat sich der Kohlenverbrauch der jetzt in der I. G. Farbenindustrie zusammengeschlossenen Werke durch Erhöhung der Stickstoffproduktion und Aufnahme der Kohleverflüssigung ganz bedeutend gesteigert.

Bei der Herstellung von Luftstickstoffdüngemitteln werden gewaltige Mengen von Koks, in neuerer Zeit Rohbraunkohle, zur Erzeugung von Wassergas benötigt. Die Erzeugung künstlicher Benzine und Alkohole beruht auf Verflüssigung der Kohle, Kohle ist also Rohstoff. In der Kalkstickstoffindustrie wird der Kalk mit Kohle zu Karbid verbrannt. Die gesamte Teerfarbenindustrie ist auf Kohlenrohstoff, den Teer, angewiesen. Dass unter diesen Umständen die chemische Industrie umfangreichen Kohlenbesitz für die eigene Produktion erworben hat, ist verständlich. Dafür kommt aber nicht nur die I. G. Farbenindustrie in Betracht, auch die Rütgerswerke, die den schlesischen Kokswerken angeschlossenen chemischen Fabriken, die Lithopone-Fabrik Sachtleben und

andere verfügen über eigenen Kohlenbesitz. Welchen Einfluss die chemische Industrie auf den Bergbau gewonnen hat, ist aus folgenden Zahlen aus dem Jahre 1927 ersichtlich. Damals wurden im Bezirk des Oberbergamts Dortmund im Bergbau 320 000 Vollarbeiter beschäftigt, wovon 19 000 auf Nebenbetriebe, meist chemische Fabriken, entfielen. Im Braunkohlenbergbau wurden zu derselben Zeit 60 000 Arbeiter gezählt, wovon bereits 20 000 in Nebenbetrieben, fast durchweg chemische Fabriken, beschäftigt wurden. Die Braunkohlenförderung war damals schon stark mechanisiert. Etwa 80 Prozent der Förderung erfolgten im Tagebau. Dabei entfielen 60 bis 70 Prozent der Förderkosten auf das Abräumen, also Arbeiten, die nicht direkte Bergarbeiten sind.

Die grossen chemischen Werke haben damals rund den dritten Teil der mitteldeutschen Braunkohle aufgenommen. Dabei verfügten sie über 20 Prozent der gesamten Braunkohle und 16 Prozent der Brikettherstellung als Eigentum. Diese Zahlen reden eine deutliche Sprache. In der Kaliindustrie übersteigt die Arbeiterzahl der Kalifabriken die des Bergbaues um ein Mehrfaches. Die Aufbereitung der Kalisalze zu Düngemitteln spielt gegenüber der Weiterverarbeitung zu Chemikalien wie Sulfat, Pottasche, Natrium- und Kaliumchlorat usw. nur noch eine untergeordnete Rolle.

Die chemische Industrie kann gegenwärtig als der beherrschende Zug in der deutschen Wirtschaft angesehen werden, sie ist im Begriff, den Bergbau und andere Industrien als Schlüsselindustrie abzulösen. Dementsprechend müssen sich die Chemiarbeiter ihrer Bedeutung ebenfalls bewusst werden, und die Verbraucher müssen darauf bedacht sein, ihre Rechte gegenüber dieser aufstrebenden Industrie, die mit vollem Bewusstsein auf finanzielle und wirtschaftliche Erfassung aller Chemiebetriebe lossteuert, zu wahren. Die Nutzbarmachung dieser Finanz-, Wissenschafts- und Wirtschaftsmacht für die Allgemeinheit ist ein brennendes Problem.

Für die Gewerkschaften ergeben sich aus dieser Entwicklung einschneidende Änderungen. Die Hüttenindustrie, mit Ausnahme der Eisenerzeugung, gleitet mehr und mehr zur chemischen Industrie hinüber und erzeugt nicht nur Metalle, sondern auch Metallfarben, wie Zinkoxyd und Ockerfarben, und stellt daneben Kupfer- und Eisenvitriol her. Fabrikarbeiter- und Metallarbeiter-Verband stehen augenblicklich in Verhandlungen über die Abgrenzung des gegenseitigen Agitationsgebietes, wobei für die Herstellung von Metallen auf chemischem Wege der Farbarbeiter-Verband zuständig sein soll.

Die Kunstseidenindustrie weist durch den Namen auf die Textilindustrie hin. Der Textilarbeiter-Verband leitet daraus seine Zuständigkeit für diese Industrie ab. Es handelt sich aber um rein chemische Fabriken, wobei jedoch bei Behandlung und Fertigmachung des künstlichen Fadens der Textilindustrie ähnliche Manipulationen vorgenommen werden. Durch neuere Verfahren werden solche Arbeiten aber immer mehr ausgeschaltet. Durch die Zugehörigkeit der Kunstseidenindustrie zum Agitationsgebiet des Fabrikarbeiter-Verbandes wird das Arbeitsgebiet des Textilarbeiter-Verbandes nicht eingeeengt. Die Weiterverarbeitung des Kunstfadens bleibt der Textilindustrie vorbehalten. Die An-

sprüche des Textilarbeiter-Verbandes würden diesen bis tief in die chemische Grossindustrie führen und damit Verwirrung in die Arbeiterschaft bringen.

Durch die Entwicklung im Bergbau werden die Interessen des Fabrikarbeiter- und des Bergarbeiter-Verbandes berührt. Die Basis des Bergarbeiter-Verbandes wird durch bessere Ausnutzung der Kohle und durch Verwendung der Wasserkräfte eingeengt. Durch Änderung seines Namens in „Bergbauindustriearbeiter-Verband“ versucht er sein Agitationsgebiet auf alle sogenannten Nebenbetriebe des Bergbaues auszudehnen. Die Durchführung dieser Absicht würde die gesamte chemische Industrie zum Bergarbeiter-Verband bringen, womit sich der Fabrikarbeiter-Verband nicht abfinden wird. Die Chemiewerker wollen sich aber auch nicht vom Fabrikarbeiter-Verband loslösen. Lohnpolitisch würde die Angliederung der bergbaulichen Interessen der chemischen Industrie an diesen betreffenden Arbeitern fühlbare Vorteile bringen. In Verhandlungen zwischen beiden Verbänden sind die gegenseitigen Ansprüche geprüft worden, ohne bisher einen Ausweg zu finden. Eine Abgrenzung des Agitationsgebietes, die beide Verbände befriedigt und keinen Verband in seiner Existenz gefährdet, wird kaum gefunden werden. Die Entwicklung der chemischen Industrie zwingt den Bergbau in ihre Abhängigkeit und engt das Agitationsgebiet des Bergarbeiter-Verbandes ein. Nach Prüfung aller bisherigen Vorschläge erscheint nur der Ausweg möglich, dass beide Verbände ineinander aufgehen. Nur so können die bestehenden Differenzen behoben und die Interessen der Arbeiter gewahrt werden.

---

# Rundschau der Arbeit

Ergebnisse der Arbeitswissenschaft<sup>1)</sup>,  
zusammengestellt im Institut für an-  
gewandte Psychologie in Berlin.  
Dr. Otto Lipmann.

Das Institut für angewandte Psychologie in Berlin  
SW 68, Schützenstrasse 26, bittet, ihm zur Vervoll-  
ständigung der Übersicht „Ergebnisse der Arbeits-  
wissenschaft“ sowohl bereits veröffentlichte als auch

unveröffentlichte Ergebnisse von Betriebsstatistiken  
u. dgl. zur Verfügung zu stellen.

Beziehungen zwischen Berufseignung und  
Berufsständigkeit (A II 1g, B III 2).

243. England. Erfolge der Berufsbera-  
tung, festgestellt  $\frac{1}{2}$  bis 2 Jahre nach er-  
folgter Beratung.

Der Berufsrat wurde erteilt von:	Industrial Fatigue Res.B.		Nat. Inst. Ind. Psychology		Nat. Institute for Industrial Psychology				Schule			
	100 Kinder in Cambridge		100 Kinder in London		167 Knaben in London		111 Mädchen in London		300 Knaben in London		300 Mädchen in London	
Die Beobachtung erstreckte sich auf:												
Der Berufsrat wurde	befolgt	nicht befolgt	befolgt	nicht befolgt	befolgt	nicht befolgt	befolgt	nicht befolgt	be- folgt	nicht be- folgt	be- folgt	nicht be- folgt
Mit dem ergriffenen Berufe zufrieden ..			80 %	40 %	60 %	36 %	73 %	55 %				
Es waren noch in ihrer ersten Stellung	67 %	32 %			18,4 %	10,3 %	24,6 %	9,4 %				
Es waren aus ihrer ersten Stellung wegen Untauglichkeit oder Unzufriedenheit ausgeschieden	10 %	34 %			8 %	20 %	0 %	7 %				
Es hatten im Laufe der Beobachtungszeit zwei oder mehr Stellungen innegehabt.....			43 %	61 %								
Durchschnittliche Anzahl der im Laufe der Beobachtungszeit innegehabten Stellungen .....					1,93	2,57	1,82	2,24	2,35	2,64	2,26	2,63
Dgl. empfohlener Beruf:												
Hotel u. Haushalt					2,00	3,25			0,00	0,00		
Bureaudienst .....					1,73	2,69			2,00	2,85		
Buchdruck .....					1,71	2,55			1,00	2,78		
Tischlerei .....					1,89	2,65			2,50	1,84		
Maschinenbau ...					1,67	2,06			0,00	3,09		
Verkäufer .....					2,71	3,12			0,00	0,00		
Fabrikarbeit .....					2,08	2,28			9,00	2,25		
Fuhrmann .....					2,43	2,50			0,00	0,00		

Quelle: Evidence on the value of psychology applied to vocational guidance. Journal of the National Institute of Industrial Psychology 4 (5), 295 bis 301. 1929 I.

<sup>1)</sup> Vgl. den Aufsatz „Arbeitswissenschaft“ in I (2) der „Arbeit“ und die Zusammenstellung von „Ergebnissen“ in I (3, 5), II (1, 5, 7), III (4, 6, 10), IV (1, 4, 7, 10), V (1, 5, 7, 11) und VI (1).

**Beziehungen zwischen Berufseignung und Berufsständigkeit (A II 1g, B III 2).**

244. Philips Glühlampen-Fabrik, Eindhoven (Holland), Diamantenbohnen. Die Arbeiter dieser Abteilung werden aus den Arbeitern der übrigen Betriebsabteilungen entnommen.

	Prozentzahl der wegen Untauglichkeit wieder ausgeschied. Arbeiter
Bei Einstellung ohne systematische Auslese (früher)	50 %
Bei Einstellung auf Grund einer psychologischen Auslese (jetzt) . . . . .	12,5 %

Quelle: Psychological tests in an electric lamp work. Journal of the National Institute of Industrial Psychology 4 (5), 259 bis 260. 1929 I.

**Beziehungen zwischen Arbeitserleichterungsmitteln und Arbeitsleistung (A III 2e, B I 1a).**

245. Durch geeignete Brillen wurde die Leistung von 5 Arbeiterinnen, die mit der Montage von Glühlampen beschäftigt waren, um 0,6 Prozent bis 37,9 Prozent, durchschnittlich um 11 Prozent erhöht, die Leistung von 6 Textilarbeiterinnen, deren

**Beziehungen zwischen Arbeitsdauer und Unfallhäufigkeit (A III 3a, B IV 3).**

247, 248. Berufsgenossenschaft der Gas-

Arbeit in Einfädeln bestand, um 8,2 Prozent bis 26,3 Prozent, durchschnittlich um 17,6 Prozent erhöht.

Quelle: Industrial Fatigue Research Board Report 49, zitiert nach Journal of the National Institute of Industrial Psychology 4 (5), 306. 1929 I.

**Beziehungen zwischen den Verhältnissen des Arbeitsraumes und der Arbeitsleistung und dem Energieverbrauch des Arbeiters (A III 2f, B I 1a, IV 1).**

246.

	Energieverbrauch von 4 Stenotypistinnen pro Minute
In untätigem Zustande . . . . .	100 %
Beim Schreiben in einem ruhigen Raume . . . . .	151 %
Beim Schreiben in einem geräuschvollen Raume . . . . .	171 %

Bei Verminderung der Geräusche wuchs die Schreibschnelligkeit um durchschnittlich 3 Prozent.

Quelle: Donald A. Laird. Experiments on the physiological cost of noise. Journal of the National Institute of Industrial Psychology 4 (5), 251 bis 258. 1929 I.

und Wasserwerke.

	Gemeldete Unfälle auf je 10000 versicher.e Vollarbeiter		Entschädigungspflichtige Unfälle auf je 10000 versicherte Vollarbeiter		Bemerkungen	
	Kohlen-, Gaswerke	Wasserwerke	Kohlen-, Gaswerke	Wasserwerke		
1913	684	600	49	57	Hilfsdienstgesetz. Viele betriebsfremde Arbeiter.	
1914	681	521	51	50		
1915	717	421	60	47		
1916	683	574	64	49		
1917	723	417	75	50		
1918	638	370	60	45		
1913-1918	688	450	60	50		
1919	705	434	50	28		Arbeitszeit auf 8, z. T. auf 6 Stunden verkürzt.
1920	759	427	54	34		
1921	784	431	56	33		
1922	722	419	46	22		
1923	765	?	35	25		
1919-1923	747	428	48	28	Arbeitszeit verlängert. Umstellung auf Maschinenarbeit.	
1924	747	535	48	31		
1925	853	596	61	42		
1926	962	732	61	38		
1924-1926	854	621	57	37	Arbeitszeit auf 8 Std. verkürzt. Verschärfte Meldepflicht.	
1927	1047	865	49	33		



Die Anzahl der *gemeldeten* Unfälle wächst seit 1919 ziemlich stetig an. Der verstärkte Anstieg seit 1925 beruht auf der verschärften Meldepflicht.

Die Anzahl der *entschädigungspflichtigen* Unfälle ist in den Jahren mit verkürzter Arbeitszeit, 1919 bis 1923 und 1927, durchschnittlich geringer als in den Jahren mit

längerer Arbeitszeit, 1913 bis 1918 und 1924 bis 1926.

Quelle: J. Orlopp, Betriebsunfälle und Arbeitszeit. Gewerkschaft 33 (8), 171 bis 174. 1929 II 22.

*Beziehungen zwischen Lohnsystem und Unfallhäufigkeit (A III 4b, B IV 3).*

249, 250. Reichsbahnwerk Brandenburg-West.

Jahr	Anzahl der auf je 1000 Mann der Belegschaft entfallenden Unfälle	
1922	58	
1923	48	
1924	119	Inkrafttreten der Gedingevereinbarung und der Anweisung über die Durchführung von Zeitaufnahmen.
1925	185	
1926	211	
1927	187	Einsetzung einer Unfallkommission des Betriebsrates.
1928	170	

Monat des Jahres 1928	Anzahl der Unfälle	Durchschnittlicher Ueberserverdienst	
I	39	23 0/0	Von je 5 Monaten also, in denen die Anzahl der Unfälle und der Betrag des Ueberserverdienstes den Jahresdurchschnitt überschritten, fallen in 4 Monaten diese beiden Umstände zusammen: im März stieg der Ueberserverdienst (und die Unfallhäufigkeit) wegen des bevorstehenden Osterfestes, im September, Oktober und November wegen der Beschaffung von Wintervorräten und wegen des bevorstehenden Weihnachtsfestes.
II	34	24 0/0	
III	49	25 0/0	
IV	26	25 0/0	
V	38	24 0/0	
VI	34	24 0/0	
VII	33	22 0/0	
VIII	31	24 0/0	
IX	45	26 0/0	
X	39	26 0/0	
XI	57	27 0/0	
XII	30	22 0/0	
Durchschnitt	38	24,3 0/0	

Quelle: Müller, Unfälle, deren Ursachen und Bekämpfung im Reichsbahnwerk Brandenburg-West. Der Deutsche Eisenbahner, Ausgabe A, 5 (13), 100. 1929 III 24.

*Beziehungen zwischen Lohnsystem und Unfallhäufigkeit (A III 4c, B IV 3). Nachtrag zu Nr. 226 [vgl. „Arbeit“ 5 (11), 720/21, und 6 (1), 55].*

Der Vergleich der Unfallhäufigkeiten von Akkordlohn- und Zeitlohnarbeitern der

Fabrik pharmazeutischer Präparate von Merck in Darmstadt besagt nichts für die Wirkung dieser Lohnsysteme auf die Unfallhäufigkeit, weil die miteinander verglichenen Arbeitergruppen verschiedene und verschieden gefährliche Arbeiten verrichteten.

	Zeitlohnarbeiter	Leistungslohnarbeiter
Gefahrenklasse II	Reparaturarbeiten an Maschinen und Apparaten, Transport von ausgebauten Maschinenteilen und Apparaten, Tüncher- und Weissbinderarbeiten	Drehen und andere handwerkliche Arbeiten an festen Arbeitsplätzen
Gefahrenklasse III	Zuführen der zu verpackenden Präparate an die Arbeitstische, Abtransport der fertigen Waren usw. mit Handkarren und Kraftfahrzeugen, Hantieren mit Kisten und Gefäßen mit ätzenden Stoffen	Füllen der pharmazeutischen Präparate in Tuben, Dosen, Schachteln und Fläschchen, Etikettieren, Verpacken in Kartons. Arbeit im Sitzen.

Quelle: Haupt, Umgebogene Wissenschaft. Proletarier 38 (13), 83. 1929 III 30.

### *Beziehungen zwischen Lohnsystem und Arbeitsleistung (A III 4c, B I 1a).*

251. Transport von Teekisten.

Die durchschnittliche Tagesleistung von 6 Packern betrug 1926 XI bis 1927 II 153 Kisten; sie stieg von 1927 XI bis 1928 II, nach Einführung von Leistungsprämien, allmählich von 240 auf 323 Kisten; dann trat infolge von Übermüdung ein starker Abfall auf 270 Kisten ein. Nachdem die Übermüdung durch verbesserte Arbeitsorganisation und Warnung der Arbeiter vor Überanstrengung wieder beseitigt war, hielt sich die Leistung von 1928 III bis VI wieder auf 310 Kisten.

Quelle: Vernon, The effect of a bonus on the output of men engaged in heavy work. Journal of the National Institute of Industrial Psychology 4 (5), 267 bis 270. 1929 I.

### *Gewerbehygienische Übersicht.*

Dr. Georg Wolff (Berlin).

#### *Die neue Verordnung über Ausdehnung der Unfallversicherung auf Berufskrankheiten.*

In der Ausgestaltung der Sozialversicherung stellt die **zweite Verordnung über Ausdehnung der Unfallversicherung auf Berufskrankheiten**, die der Reichsarbeitsminister unter dem 11. Februar 1929 vollzogen hat (Reichsarbeitsblatt 1929, Nr. 6), und die mit Wirkung vom 1. Januar d. J. in Kraft tritt, eine wesentliche Erweiterung und Vervollkommnung der bisher geltenden Verordnung über Berufskrankheiten vom

12. Mai 1925 dar. Diese war im Deutschen Reich ein erster Schritt in der Versicherung und Entschädigung chronischer Gewerbekrankheiten, indem sie versicherungsrechtlich 11 Gruppen von Berufskrankheiten den akuten Betriebsunfällen gleichstellte und damit eine von Hygienikern und Sozialpolitikern vielerörterte Ungerechtigkeit in der Behandlung akuter und chronischer Berufsschäden auszugleichen anbahnte. Folgende 11 Gruppen von Berufskrankheiten unterstanden seitdem dem Schutze der Unfallversicherung: Erkrankungen durch Blei, Phosphor, Quecksilber, Arsen oder deren Verbindungen, Erkrankungen durch Benzol und verwandte Verbindungen, durch Schwefelkohlenstoff, ferner Erkrankungen an Hautkrebs durch Russ, Paraffin, Teer, Anthrazen und ähnliche Stoffe, Grauer Star bei Glasmachern, Erkrankungen durch Röntgen- und ähnliche Strahlen, die Wurmkrankheit der Bergleute und die Schneeberger Lungenkrankheit im Betriebe des Erzbergbaues. Es war von vornherein klar, dass diesen Krankheitsgruppen im Verlaufe der weiteren gewerbehygienischen Entwicklung bald weitere als entschädigungspflichtig folgen mussten, nachdem in anderen Industriestaaten (England, Vereinigte Staaten von Amerika, Holland, Schweiz) bereits eine sehr ausführliche Liste solcher gewerblichen Erkrankungen aufgestellt war, die als Berufsschäden in der Sozialversicherung den akuten Unfällen gleich zu behandeln sind.

Lfd. Nr.	Berufskrankheit	Betriebe und Tätigkeiten
1	2	3
1	Erkrankungen durch Blei oder seine Verbindungen .	<p>Zu 1 bis 14: Betriebe und Tätigkeiten, die der Unfallversicherung unterliegen.</p>
2	Erkrankungen durch Phosphor.....	
3	Erkrankungen durch Quecksilber oder seine Verbindungen .....	
4	Erkrankungen durch Arsen oder seine Verbindungen	
5	Erkrankungen durch Verbindungen des Mangans ...	
6	Erkrankungen durch Benzol oder seine Homologen .	
	Erkrankungen durch Nitro- und Amidverbindungen der aromatischen Reihe .....	
7	Erkrankungen durch Schwefelkohlenstoff.....	
8	Erkrankungen durch Schwefelwasserstoff .....	
9	Erkrankungen durch Kohlenoxyd.....	
10	Erkrankungen durch Röntgenstrahlen und andere strahlende Energie.....	
11	Chronische und chronisch-rezidivierende Hauterkrankungen durch Galvanisierungsarbeiten.....	
12	Chronische und chronisch-rezidivierende Hauterkrankungen durch exotische Holzarten .....	
13	Chronische und chronisch-rezidivierende Hauterkrankungen durch Russ, Paraffin, Teer, Anthrazen, Pech und verwandte Stoffe.....	
14	Erkrankungen der Muskeln, Knochen und Gelenke durch Arbeiten mit Pressluftwerkzeugen .....	
15	Erkrankungen der tieferen Luftwege und der Lunge durch Thomasschlackemehl .....	<p>Thomasschlackenmühlen, Düngemittelmischereien und Betriebe, die Thomasschlackemehl befördern.</p> <p>a) Betriebe der Sandsteingewinnung, -bearbeitung und -verarbeitung,  b) Metallschleifereien,  c) Porzellanbetriebe,  d) Betriebe des Bergbaues.</p>
16	Schwere Staublungenerkrankungen (Silikose) ..... Trifft eine schwere Staublungenerkrankung mit Lungentuberkulose zusammen, so gilt für die Entschädigung die Tuberkulose als Staublungenerkrankung .....	<p>Betriebe des Erzbergbaues im Gebiete von Schneeberg (Freistaat Sachsen).</p>
17	Schneeberger Lungenkrankheit.....	<p>Betriebe der Metallbearbeitung und -verarbeitung.</p>
18	Durch Lärm verursachte Taubheit oder an Taubheit grenzende Schwerhörigkeit .....	<p>Glas- und Eisenhütten, Metallschmelzereien.</p>
19	Grauer Star.....	<p>Betriebe des Bergbaues.</p>
20	Wurmkrankheit der Bergleute .....	<p>Betriebe der Seeschifffahrt.</p>
21	Tropenkrankheiten, Fleckfieber, Skorbut .....	<p>Krankenhäuser, Heil- u. Pflegeanstalten, Entbindungsheime und sonstige Anstalten, die Personen zur Kur und Pflege aufnehmen, ferner Einrichtungen und Tätigkeiten in der öffentl. und freien Wohlfahrts- pflege und im Gesundheits- dienste sowie Laboratorien f. naturwissensch. u. medicin. Untersuchungen u. Versuche.</p>
22	Infektionskrankheiten.....	

Die jetzige Verordnung bezieht nun im Gebiet des Deutschen Reiches weitere 11 Krankheitsgruppen in die Unfallversicherung ein; es werden daher jetzt im ganzen 22 Krankheitsgruppen den Unfällen gleichgestellt, wie die vorstehende Aufstellung zeigt (S. 263). Dabei ist von wesentlicher Bedeutung, dass die neue Verordnung rückwirkende Kraft hat, eine Entschädigung also auch gewährt wird, „wenn die Krankheit wesentlich durch berufliche Beschäftigung nach dem 31. Dezember 1919 in einem Betriebe verursacht ist, der in Spalte 3 der Tabelle neben der Krankheit bezeichnet ist“ (§ 12). Über diese *neuen* entschädigungspflichtigen Berufskrankheiten, deren Kenntnis für Arbeitnehmer und Arbeitgeber von grosser Bedeutung ist, werden in der *Begründung* zu dem neuen Gesetzentwurf (Reichsarbeitsblatt 1919, Nr. 3) nachstehende Angaben gemacht. Der Gesetzentwurf wurde vom Reichsrat nur wenig abgeändert; die endgültig genehmigte Liste umfasst 22 Krankheitsgruppen, von denen die folgenden neu aufgenommen sind:

#### *Nr. 5. Erkrankungen durch Verbindungen des Mangans.*

Mangan wirkt nur in Verbindungen giftig. Die wichtigste Verbindung ist das Mangan-dioxyd oder der Braunstein; in Braunsteinmühlen, beim Mischen oder Transport von Mahlgut, gelangt er in Staubform in den Körper. Aber auch bei Verwendung von Manganverbindungen in anderen Betrieben, so bei Erzeugung des Manganstahles, sind Vergiftungen beobachtet worden. Vor allem wird das Zentralnervensystem geschädigt. Die chronische Vergiftung äussert sich in unter Umständen schweren Störungen der Bewegung und Empfindung, zuweilen in Verbindung mit psychischen Begleiterscheinungen, auch schon im Anfangsstadium.

#### *Nr. 8. Erkrankungen durch Schwefelwasserstoff.*

Schwefelwasserstoff, eines der giftigsten Gase überhaupt, entsteht bei einer Reihe von chemischen Prozessen (auch als Nebenreaktion), z. B. in der Kunstseidenherstel-

lung, der Bariumindustrie, ausserdem bei Zersetzungsvorgängen schwefelhafter anorganischer und organischer Substanzen.

Die schwere Vergiftung verläuft ungemein rasch und führt oft zu plötzlichen Todesfällen, bei chronischen Vergiftungen werden vorwiegend Schädigungen des äusseren Auges, aber auch Allgemeinstörungen, wie Schwächezustände, Schwindel, Störungen der Verdauung, festgestellt.

#### *Nr. 9. Erkrankungen durch Kohlenoxyd.*

Kohlenoxyd ist ein farb- und geruchloses Gas, das sehr leicht vom Blutfarbstoff unter Verdrängung des Sauerstoffes aufgenommen wird. Es ist das giftige Prinzip des Leuchtgases, der Generator- und Hochofengase, ferner ist es enthalten in den Explosionsgasen (Sprengungen, Schlagwetter- und Kohlenstaubexplosionen usw.) und in den Auspuffgasen von Verbrennungsmotoren (Kraftfahrzeuge usw.) ausserdem findet es sich in allen Verbrennungsgasen (auch der Gasöfen) in grösseren Mengen dort, wo die Verbrennung infolge Fehlens starken Luftzuges unvollständig ist (bei Kokskörben, Lötöfen, Kohlenbügeleisen).

Die Vergiftungserscheinungen (Kopfschmerzen, Schwindel, Schwäche in den Beinen, schliesslich Bewusstlosigkeit, manchmal Verwirrtheit und Krämpfe, Atemstillstand) verlaufen in der Regel akut; unmittelbarer tödlicher Ausgang ist nicht selten. Auch schwere Nachkrankheiten werden beobachtet.

#### *Nr. 11. Chronische und chronisch-rezidivierende Hauterkrankungen durch Galvanisierungsarbeiten.*

Unter Galvanisieren versteht man das Überziehen von Metallgegenständen mit anderen edlen oder unedlen Metallen (Gold, Silber, Nickel, Chrom, Kupfer, Messing, Stahl usw.) auf elektrolytischem Wege zur Verschönerung oder zum Schutz gegen Rosten und andere äussere Einflüsse. Dabei können Hautschädigungen, vorwiegend Ekzeme, auftreten, die nicht nur durch die Berührung mit den verwendeten Metallsalzen, sondern auch durch den Gebrauch

von Reinigungs- und Entfettungsmitteln verursacht werden.

*Nr. 12. Chronische und chronisch-rezidivierende Hauterkrankungen durch ausländische Holzarten.*

Ausländische (exotische) Hölzer, wie Teakholz, Satinholz, Palisander, afrikanisches Buchsbaumholz, können bei der Verarbeitung, namentlich beim Schleifen, Hautentzündungen hervorrufen, die meist akut verlaufen. Dabei entwickelt sich bei manchen Arbeitern eine gesteigerte Empfindlichkeit und erhöhte Anfälligkeit. Gerade in solchen Fällen wird das Bedürfnis für die Gewährung von Übergangsrenten bestehen.

*Nr. 13. Chronische und chronisch-rezidivierende Hauterkrankungen durch Russ, Paraffin, Teer, Anthrazen, Pech und verwandte Stoffe.*

Die bisher auf Krebserkrankung beschränkte Entschädigungspflicht hat sich besonders bei den Teerprodukten in der Praxis als nicht ausreichend erwiesen, da sowohl die der Krebsentwicklung vorangehenden (praecancerösen) Veränderungen der Haut als auch chronische Hauterkrankungen, die in ihrem weiteren Verlaufe nicht zur Krebsentwicklung führen, Beschränkung oder Aufhebung der Erwerbsfähigkeit oder Arbeits- und Berufswechsel bedingen können. Darum empfiehlt sich die Erweiterung der Entschädigungspflicht auf alle Hauterkrankungen. Als verwandte Stoffe im Sinne der Anlage kommen nur Teerabkömmlinge in Betracht. Der Kreis der Hauterkrankungen erzeugenden Teerprodukte ist erheblich grösser als der der „verwandten Stoffe“, die nach bisherigen Erfahrungen Krebs hervorzurufen vermögen. Unter anderen würden hierher gehören die als Schmieröle oder Rostschutzfarben verwandten *schweren* (höher siedenden) *Teerdestillate*.

*Nr. 14. Erkrankungen der Muskeln, Knochen und Gelenke durch Arbeiten mit Pressluftwerkzeugen.*

Die ständig zunehmende Verwendung von Pressluftwerkzeugen jeder Art zum Häm-

mern, Bohren, Stemmen, Nieten u. dgl. lässt trotz der bisher in geringem Umfange beobachteten Erkrankungen eine Unterstellung unter die Unfallversicherung als dringend wünschenswert erscheinen, damit möglichst frühzeitig auch alle Massnahmen zur Hintanhaltung ergriffen werden.

*Nr. 15. Erkrankungen der tieferen Luftwege und der Lunge durch Thomasschlackemehl.*

Das Ausgangsprodukt, Thomasschlacke, ist ein stark phosphor- und kalkhaltiges Abfallprodukt des Thomasprozesses zur Eisenveredelung. Es wird in feingemahlenem Zustande zu Düngezwecken verwendet. Der Staub hat namentlich wegen seines Ätzkalkgehaltes die Eigenschaft, die Schleimhäute stark zu reizen und kann u. a. schwere, oft tödlich verlaufende Lungenentzündungen verursachen, die hauptsächlich in Thomasschlackemühlen und Düngemittelmischereien, aber auch beim Befördern der Thomasschlacken beobachtet sind.

*Nr. 16. Schwere Staublungerkrankungen (Silicose).*

Die Staublungerkrankungen durch Kieselsäure enthaltenden Staub werden in England und seinen Dominions schon seit geraumer Zeit entschädigt, nachdem dort diese Erkrankungen und ihre Ursachen an Hand eines besonderen, umfangreichen Beobachtungsmaterials weitgehend geklärt worden waren. Eingehende Untersuchungen gleicher Art in Deutschland, hauptsächlich in der letzten Zeit bei Sandsteinarbeitern, Metallschleifern, Porzellanarbeitern, Gesteinshauern usw., haben auch hier die Frage insoweit geklärt, dass die Schwierigkeiten, die bisher selbst der fachärztlichen Feststellung und Beurteilung entgegenstanden, beseitigt sind.

Die Stauberkrankung lässt sich auf Grund fachärztlicher Beobachtung und Untersuchung unter Verwendung des Röntgenverfahrens mit genügender Sicherheit als solche feststellen und von einer Lungentuberkulose unterscheiden. Schwieriger wird aber die Unterscheidung beim Zusammenreffen einer Staublungerkrankung mit

Lungentuberkulose; vor allen Dingen kann hierbei nicht immer einwandfrei entschieden werden, welcher der beiden Prozesse zuerst aufgetreten ist. Andererseits steht es aber nach den Ergebnissen der Forschung hinreichend fest, dass in den Fällen, in denen die Staublungenenerkrankung mit tuberkulösen Lungenveränderungen vergesellschaftet ist, beide Prozesse vom ursächlichen Standpunkt aus als ein Ganzes zu betrachten sind, d. h. als eine Lungenschädigung, bei deren Entstehung und Entwicklung die Staubeinatmung eine ausschlaggebende ursächliche Rolle spielt. Daraus folgt, dass es in diesen Fällen geboten ist, die Lungentuberkulose vom Standpunkt der Entschädigungspflicht als Folge der Staubeinatmung aufzufassen und anzuerkennen. Der Entwurf zieht aus der dargelegten ärztlichen Anschauung einen bedeutungsvollen Schluss. Er stellt für die Entschädigung die mit Silicose zusammen-treffende Tuberkulose der Silicose gleich.

Im Entwurf ist die Versicherungspflicht beschränkt auf solche Betriebe und Beschäftigungen, in denen die Erkrankungen erfahrungsgemäss häufiger vorkommen, und über die genügende wissenschaftliche Untersuchungen schon vorliegen.

*Nr. 18. Durch Lärm verursachte Taubheit oder an Taubheit grenzende Schwerhörigkeit.*

Bei den mit Körpererschütterung und starkem Lärm verbundenen Formen der Metallverarbeitung und Metallbearbeitung (Kessel- und Nagelschmieden, Nietereien, Bronzestampfereien usw.) können bis zur völligen Taubheit führende Schädigungen des inneren Ohres entstehen.

*Nr. 19. Grauer Star.*

Die Verordnung vom 12. Mai 1925 unterstellte der Unfallversicherung den grauen Star bei Glasmachern in Glashütten. Es könnte zweifelhaft sein, ob auch andere in Glashütten beschäftigte Gruppen von Versicherten, bei denen das Starleiden infolge ihrer Berufsarbeit auftritt, Anspruch auf Entschädigung haben. Um solche Zweifel

zu beheben, lässt der Entwurf die Beschränkung auf Glasmacher fallen.

Beruflicher grauer Star, d. h. Strahlenstar durch Einwirkung von Strahlen besonderer Spektralbreite (infrarot), kann ausser in den Glashütten auch in Eisenhütten oder Metallschmelzereien (hier oft Feuerstar genannt) vorkommen bei den Arbeitern, die bei ihrer Tätigkeit auf glühende Eisen- oder Stahlmassen schauen müssen. (Martinöfen und andere Stahlöfen, Puddlereien usw.). Der Entwurf unterstellt daher auch Eisenhütten und Metallschmelzereien der Versicherung.

*Nr. 21. Tropenkrankheiten, Malaria, Flecktyphus, Skorbut.*

Unter Tropenkrankheiten sind alle den Tropen und Subtropen eigentümlichen infektiösen und parasitären Erkrankungen zu verstehen (z. B. Gelbfieber, Amöbenruhr, Wurmkrankheiten). Die grösste Bedeutung kommt unter diesen Krankheiten der Malaria (Wechselfieber) zu, die durch den Stich einer bestimmten Mückenart (Anopheles) übertragen wird. Die tropische Malaria ist besonders bösartig und hartnäckig. Sie äussert sich oft nicht nur in Fieberanfällen, sondern auch in schweren Störungen des Gesamtbefundes (als Malaria-kachexie bezeichneter allgemeiner Kräfteverfall); sehr gefürchtet im Krankheitsverlauf ist das nicht selten tödliche Schwarzwasserfieber.

Der Flecktyphus (Fleckfieber), eine durch Kleiderläuse übertragene, mit hohem Fieber, Ausschlag und schweren Allgemeinstörungen einhergehende Erkrankung, kann innerhalb und ausserhalb der Tropen erworben werden.

Zu den besonderen Schiffskrankheiten, die namentlich früher recht häufig waren und auf den Mangel an frischen (Vitamine enthaltenden) Lebensmitteln zurückzuführen sind, gehört der Skorbut. Er äussert sich hauptsächlich in Entzündungen des Zahnfleisches, Zahnausfall, schweren Hautblutungen und allgemeinem Kräfteverfall.

Als wichtige Erweiterung des Entwurfs sind in der endgültigen Verordnung sodann unter *Nr. 22 die Infektionskrankheiten* im

allgemeinen als entschädigungspflichtige Berufskrankheiten bei solchen Personen aufgenommen, die in Krankenhäusern, Heil- und Pflgeanstalten und sonstigen Anstalten, die zur Kur und Pflege dienen, angestellt sind. Darunter fallen weiter die Personen, die bei Einrichtungen und Tätigkeiten in der öffentlichen und freien Wohlfahrtspflege, beim Gesundheitsdienst sowie in Laboratorien für naturwissenschaftliche und medizinische Untersuchungen beschäftigt sind. Damit ist gerade denjenigen, die in ihrer aufreibenden Berufstätigkeit Infektionskrankheiten am meisten ausgesetzt sind, der Versicherungsschutz zugiebilligt worden.

Die neue Verordnung über die Ausdehnung der entschädigungspflichtigen Berufskrankheiten stellt damit eine wichtige Erweiterung der alten Verordnung vom Jahre 1925 dar. Wie in der Begründung zu der neuen Verordnung ausgeführt ist, war die finanzielle Belastung der Unfallversicherung durch die Einbeziehung der Berufskrankheiten bisher nicht erheblich. In den beiden Jahren 1926 und 1927 wurden im ganzen 3939 und 4261 Berufskrankheiten gemeldet, von denen 268 und 292 erstmalig *entschädigt* wurden, das sind rund 7 Prozent, während bei der viel grösseren Zahl entschädigungspflichtiger Unfälle im allgemeinen 10 bis 12 Prozent der gemeldeten Fälle zur Gewährung von Krankengeld oder Rente geführt haben. Die Aufwendungen der Versicherungsträger beliefen sich im Jahre 1926 für Berufskrankheiten auf rund 273 000 Mk.; hiervon entfielen auf Krankenbehandlung 121 000 Mk., auf Rentenleistungen 91 000 Mk. und auf Verfahrenskosten 49 000 Mk. Diese Aufwendungen betragen nur etwa  $\frac{1}{1000}$  der Gesamtausgaben für die gewerbliche Unfallversicherung im Jahre 1926 mit rund 260 Millionen Mark. Im Jahre 1927 sind die Aufwendungen für entschädigte Berufskrankheiten infolge des Hinzutretens neuer Fälle auf 587 000 Mk. gestiegen; davon wurden für Krankenbehandlung 232 000 Mk., für Rentenleistungen 243 000 Mk. und für das Verfahren

111 000 Mk. ausgegeben, während der Gesamtaufwand für die gewerbliche Unfallversicherung 267,6 Millionen Mark betrug. Im Vergleich damit ist also der Aufwand verschwindend gering; er wird in der Folgezeit etwas ansteigen, erhebliche Höhen aber kaum erreichen, da auch die in der neuen Verordnung einbezogenen Berufskrankheiten verhältnismässig seltene Ereignisse darstellen und zahlenmässig um so weniger in die Erscheinung treten, je besser ausser den technischen Unfallverhütungseinrichtungen die gewerbehygienische Schutzaufsicht funktioniert.

Darin besteht, wie in der Begründung zu dem neuen Entwurf mit Recht ausgeführt wird, die grosse sozialhygienische Bedeutung der Verordnung. Denn viel wichtiger als die Vergütung eines Schadens, die auch im besten Versicherungsschutz kaum je die volle Höhe des Ausfalles erreichen wird, ist seine *Verhütung*. Das ist das Ziel der heutigen sozialen Hygiene auf allen Gebieten, bei der Bekämpfung der Tuberkulose und Säuglingssterblichkeit ebenso wie bei der Bekämpfung der gewerblichen Berufskrankheiten. Ein grosser Teil von ihnen stellt vermeidbare Krankheiten dar, sofern Ursache und Wesen dieser Krankheiten genau erforscht werden; ein anderer Teil wird durch Änderung der Arbeitsbedingungen und durch Ersatz giftiger Stoffe durch minder schädliche wirksam bekämpft werden können. Darum hat das Studium der Berufskrankheiten eine wichtige hygienische und wirtschaftliche Bedeutung und dient dem Arbeitgeber nicht weniger als dem Arbeitnehmer. Gerade in letzter Zeit sind eine Reihe solcher Untersuchungen, z. B. über die Beziehungen zwischen Staublungenerkrankungen und Tuberkulose, von den Gewerbeärzten durchgeführt worden und haben wichtige Aufschlüsse gebracht. Nur ein sehr kurzfristiger Unternehmer wird sich diesen Bestrebungen, die der wissenschaftlichen Aufklärung und damit der Krankheitsverhütung und Kostenersparnis im allgemeinen dienen, entgegenstellen. Sind aber Krank-

heitszustände im Berufsleben, die mit einer genau charakterisierten Arbeit zusammenhängen, unvermeidbar, so ist es eine Pflicht der Gesellschaft, den davon betroffenen Personen den Schutz der Versicherung in nicht minderem Masse angedeihen zu lassen als anderen, die durch einen plötzlichen Unfall ihre Erwerbsfähigkeit und damit in der Regel ihr einziges Kapital eingebüsst haben. In diesem Sinne ist die neue Verordnung über die Berufskrankheiten als ein wichtiger Fortschritt unserer sozialpolitischen Gesetzgebung zu bewerten.

### *Die Angestellten in der Reichsanstalt.*

*Fritz Schröder.*

Bei der Schaffung der Reichsanstalt für Arbeitsvermittlung und Arbeitslosenversicherung stand mit im Vordergrund der Auseinandersetzungen, ob es sozialpolitisch richtig ist, die Angestellten in diesen einheitlichen Träger für die Durchführung der Arbeitsvermittlung, der Berufsberatung und des Arbeitslosenschutzes mit einzubeziehen. Die Entwicklung hat den freien Angestelltenverbänden recht gegeben: Die praktische Arbeit der Selbstverwaltung beweist, dass auch in einem einheitlichen sozialpolitischen Selbstverwaltungskörper die besonderen Bedürfnisse der Angestellten sehr wohl berücksichtigt werden können. Mängel des Gesetzes kann natürlich auch die Selbstverwaltung nicht beseitigen. Dazugehört der sich jetzt immer mehr zuspitzende Streit um die

#### *Versicherungspflicht.*

Nach dem Gesetz über Arbeitsvermittlung und Arbeitslosenversicherung sind alle Angestellten für den Fall der Arbeitslosigkeit versichert, die krankenversicherungspflichtig sind, oder die auf Grund des Angestelltenversicherungsgesetzes pflichtversichert sind und der Pflicht zur Krankenversicherung nur deswegen nicht unterliegen, weil sie die Verdienstgrenze der Krankenversicherung überschritten haben. Die Folge dieser Auslegung ist, dass man einen Teil der sogenannten höheren und leitenden An-

gestellten sowohl der Krankenversicherungspflicht wie der Arbeitslosenversicherungspflicht zu entziehen versucht. Es zeigt sich hier der grosse Mangel einer einheitlichen Begriffsbestimmung des Angestellten, der grundsätzlich für alle sozialpolitischen Schutzgesetze zu gelten hat. Die hier anzustrebende gesetzgeberische Lösung muss nach der Richtung gehen, auch in der Krankenversicherung und Arbeitslosenversicherung den schutzbedürftigen Personenkreis so auszudehnen, wie das im Angestelltenversicherungsgesetz bereits geschehen ist. Es ist nicht einzusehen, warum ein Angestellter schutzbedürftig im Falle der Berufsunfähigkeit und des Alters sein soll, dagegen nicht in den Fällen der Krankheit und der Arbeitslosigkeit. In den beiden letzteren Fällen liegt doch wohl eine erhöhte Schutzbedürftigkeit vor. Das zweckmässigste dürfte deshalb sein, die Vorschriften des § 165 der Reichsversicherungsordnung zu ändern.

#### *Die Organisation des Arbeitsmarktes für Angestellte.*

Bei den Massnahmen der Reichsanstalt zur Behebung der Notlage der älteren Angestellten, die vor mehr denn Jahresfrist vom Vorstand und Verwaltungsrat verabschiedet wurden, waren von grösster Bedeutung die Vorschläge für den Ausbau der Angestelltenvermittlung. Überblickt man das bisherige Ergebnis der Arbeiten auf diesem Gebiete, dann kann es keinem Zweifel unterliegen, dass wir dem Ziele einer einheitlichen Organisation des Arbeitsmarktes für Angestellte innerhalb der Reichsanstalt in dieser kurzen Zeitspanne sehr erheblich näher gekommen sind. Hier zeigt sich sinnfällig die nach jeder Richtung hin vorliegende gewaltige Überlegenheit der neuen Arbeitsmarktorganisation. Unter dem alten Arbeitsnachweisgesetz sind alle Versuche eines einheitlichen Aufbaues der Angestelltenvermittlung an der Selbständigkeit der früheren Träger des Arbeitsnachweiswesens gescheitert. Für die Angestelltenvermittlung mit ihrem grösseren Bedürfnis nach einem zwischenörtlichen und einem Reichs-



ausgleich war das ein besonderes Verhängnis.

Bei dem organisatorischen Aufbau der Angestelltenvermittlung innerhalb der Reichsanstalt kam es darauf an, durch Zusammenfassung von Arbeitsamtsbezirken leistungsfähige Angestelltenabteilungen zu schaffen. Soweit im Bereiche einer solchen Angestelltenabteilung Arbeitsamtsbezirke vorhanden sind, die einen Arbeitsmarkt für Angestellte aufweisen, der infolge seiner Grösse die Beschäftigung einer Fachkraft mit der Angestelltenvermittlung ausfüllt, wurden hier Stützpunkte errichtet, die sich sowohl auf einen Arbeitsamtsbezirk als auch auf mehrere Arbeitsamtsbezirke erstrecken können. Dadurch sollte gleichzeitig sichergestellt werden, dass die Durchführung aller Aufgaben, die mit der Angestelltenvermittlung zusammenhängen, in die Hände geeigneter Fachkräfte gelegt werden.

Der organisatorische Aufbau der Angestelltenvermittlung in den einzelnen Landesarbeitsämtern ergibt folgendes Bild:

Ostpreussen hat eine Angestelltenabteilung in Königsberg und Stützpunkte in Insterburg, Elbing und Allenstein. Schlesien hat Angestelltenabteilungen in Breslau, Görlitz, Glogau, Liegnitz, Waldenburg, Oppeln und Gleiwitz. Pommern hat eine Angestelltenabteilung in Stettin und Stützpunkte in Stralsund und Stolp. Niedersachsen hat Angestelltenabteilungen in Braunschweig, Hildesheim, Hannover, Bremen, Oldenburg und Osnabrück. Westfalen hat Angestelltenabteilungen in Dortmund, Bochum, Hagen und Bielefeld und einen Stützpunkt in Münster. Rheinland hat Angestelltenabteilungen in Aachen, Barmen, Duisburg, Düsseldorf, Essen, Koblenz, Köln und Stützpunkte in Düren, Remscheid, M.-Gladbach, Trier und Bonn, soweit es sich um kaufmännisches und Bureaupersonal handelt. Für die technischen Angestellten sind Abteilungen errichtet worden in Düsseldorf; Essen und Köln. Hessen hat Angestelltenabteilungen in Frankfurt a. Main, Darmstadt, Kassel, Mainz, Wiesbaden und Stützpunkte in Offenbach, Giessen, Hers-

feld, Worms und Limburg. Mitteldeutschland hat Angestelltenabteilungen in Magdeburg, Dessau, Halle, Gera, Erfurt und Eisenach. Sachsen hat Angestelltenabteilungen in Zittau, Dresden, Chemnitz, Leipzig, Zwickau und Plauen. Bayern hat Angestelltenabteilungen in München, Nürnberg, Augsburg, Ludwigshafen und Würzburg und Stützpunkte in Regensburg, Hof, Koburg und Kaiserslautern. Südwestdeutschland hat Angestelltenabteilungen in Freiburg, Heilbronn, Karlsruhe, Mannheim, Stuttgart, Ulm und Stützpunkte in Konstanz, Baden-Baden, Pforzheim und Heidelberg. Brandenburg hat Abteilungen in Berlin mit einer Zweigstelle in Spandau und eine Abteilung in Frankfurt a. d. Oder, ausserdem Stützpunkte in Potsdam, Kottbus, Landsberg a. d. Warthe und Schneidemühl. Die Nordmark hat Angestelltenabteilungen in Hamburg, Kiel, Lübeck, Flensburg, Schwerin und Rostock.

Die Vermittlung erstreckt sich auf kaufmännisches und Bureaupersonal und auf Techniker aller Art. Aus der praktischen Arbeit wird sich ergeben, ob und in welchem Umfange die Notwendigkeit für eine andere Organisation bei der Vermittlung von technischen Angestellten vorhanden ist. Zu den erweiterten Aufgaben im neuen Rechnungsjahr gehört es auch, die Einbeziehung der übrigen Angestelltengruppen vorzunehmen. Inwieweit hierbei die Notwendigkeit nach weiterer Differenzierung besteht, muss die Praxis ergeben.

Soweit die Ausbaumassnahmen im Rechnungsjahr 1928 in Angriff genommen waren, wird ihre Fortführung hoffentlich durch den neuen Haushalt gesichert sein. Angesichts der Tatsache, dass diese Arbeiten jedoch im alten Rechnungsjahr nicht abgeschlossen werden konnten und deshalb die Lücken im neuen Rechnungsjahr ausgefüllt werden müssen, sind im neuen Haushalt weitere Verstärkungsmittel für solche Zwecke vorgesehen.

Bei den Angestelltenabteilungen und den Stützpunkten besteht ein einheitliches Karteisystem und einheitliche Bewerberbogen.

Das sind unentbehrliche Behelfsmittel für die Durchführung der Angestelltenvermittlung und des zwischenörtlichen Ausgleichs. Auch hier zeigt sich die Überlegenheit der neuen Arbeitsmarktorganisation. Zur Sicherstellung einer einheitlichen Handhabung wurden vorläufige Richtlinien für den zwischenörtlichen und zwischenbezirklichen Ausgleich und für die Berichterstattung in der Angestelltenvermittlung herausgegeben. Die Praxis wird ergeben, ob und in welchem Umfange Ergänzungen vorgenommen werden müssen.

Eine weitere bedeutsame Arbeit für die Angestellten gelangte zum Abschluss durch die Vereinbarungen über die Inanspruchnahme der Arbeitsämter durch die Reichsbehörden und die ihnen unterstellten Behörden. Diese Vereinbarungen sollen sicherstellen, dass diese Behörden ihre freien Arbeitsplätze durch die Arbeitsämter besetzen lassen. Die notwendigen Verhandlungen sind bereits eingeleitet, damit auch die Länder und Gemeinden diese Vereinbarungen übernehmen. Preussen hat bereits seine Zustimmung gegeben.

### *Die Angestellten in der deutschen Wirtschaft.*

*Wladimir Woytinski.*

Mit der Entwicklung der modernen Unternehmungsformen und Umgestaltung der kapitalistischen Wirtschaft im Geiste der Demokratie nähern sich die Lebensbedingungen der Arbeiter und Angestellten immer mehr einander an. Die *ideologische* Annäherung dieser beiden Schichten des Arbeitnehmertums lässt allerdings auf sich warten: von den rund 6 Millionen organisierten Arbeitern stehen etwa 5 Millionen unter der Fahne der freien Gewerkschaften, von den 1,5 Millionen organisierten Angestellten sind nur 400 000 von den freien Gewerkschaften erfasst, die die moderne Arbeiterbewegung vertreten. Um vorwärtszukommen, um ihrer Aufgabe Herr zu werden, müssen die Gewerkschaften der Angestellten eine ungeheure *Aufklärungsarbeit* vollbringen, eine Arbeit, die ihrem

Inhalte nach derjenigen entspricht, die von den Pionieren der *Arbeiterbewegung* schon vor Jahrzehnten geleistet wurde, die aber gegenwärtig in anderem sozialen Milieu neue Methoden erfordert und ganz andere Schwierigkeiten bietet. Es handelt sich darum, bei den Angestellten das Bewusstsein ihrer sozialen Lage, ihrer Zugehörigkeit zum Arbeitnehmertum und ihrer Stellung in der Wirtschaft zu erwecken. Nun hat es der Allgemeine freie Angestelltenbund verstanden, diese Aufklärungsarbeit auf eine erhebliche wissenschaftliche Höhe zu stellen und zugleich durch seine Veröffentlichungen die breite Öffentlichkeit auf das Problem des Angestelltentums aufmerksam zu machen.

Die 110 Seiten starke Broschüre „Die Angestellten in der Wirtschaft“<sup>1)</sup> bringt allgemeine statistische Grundlagen des Problems. Wie hoch ist die Zahl der Angestellten in Deutschland? Wie verteilen sie sich auf die einzelnen Wirtschaftszweige? In bezug auf die *Arbeiter* wären diese Fragen leicht zu beantworten, da sie von der Berufszählung vom 16. Juni 1925 unmittelbar beleuchtet sind. Mit den Angestellten steht es aber anders: die amtliche Statistik fasst bekanntlich *Angestellte* und *Beamte* als *eine* soziale Gruppe zusammen, wodurch die technischen, kaufmännischen und anderen Angestellten in einen Topf mit den Verwaltungsbeamten, dem Lehrpersonal, den Reichwehrsoldaten und Offizieren usw. geworfen werden. Die Schriftleitung der Broschüre — die in den Händen von *Dr. Otto Suhr* lag — musste vor allem die beiden von der amtlichen Statistik zusammengefassten sozialen Gruppen voneinander trennen — eine mühselige Arbeit, die allerdings durch einen guten Erfolg gekrönt worden ist.

Die Berufszählung 1925 hat im ganzen 5 274 000 „Angestellte und Beamte“ aufgezählt, davon kamen aber rund 110 000

<sup>1)</sup> „Die Angestellten in der Wirtschaft.“ Eine Auswertung der amtlichen Berufszählung von 1925, herausgegeben vom Allgemeinen freien Angestelltenbund, 2. Auflage, Berlin 1928.

auf Soldaten und 77 000 auf Mönche, Nonnen u. dgl., die abzusetzen sind. Ferner ist zu berücksichtigen, dass bei der Berufszählung manche Personen aus Geltungsbedürfnis als Angestellte gezählt werden wollten, obwohl sie eher zur Arbeiterschaft gehören. Der AfA-Bund schätzt die Zahl solcher falschen Eintragungen, die in der amtlichen Statistik unverbessert blieben, auf über 130 000. Die Zahl der „Ange-

stellten und Beamten“ im engeren Sinne ist also um etwa 320 000, auf rund 4 950 000 zu vermindern. Nach der Trennung der beiden Schichten, die in dieser Zahl zusammengefasst sind, und weiteren Manipulationen, auf die hier nicht eingegangen wird, gelangt man zu der nachfolgenden Zusammenstellung der Gesamtzahl der Arbeitnehmer nach der Berufszählung von 1925:

Arbeiter (einschliesslich Hausgewerbetreibende und Hausangestellte) .....	Männliche	Weibliche	Zusammen
Angestellte (ausschliesslich der leitenden) .....	11 140 000	5 032 000	16 172 000
Beamte (ausschliesslich der leitenden) .....	2 300 000	1 200 000	3 500 000
Arbeitnehmer insgesamt:	1 310 000	140 000	1 450 000
	14 750 000	6 372 000	21 122 000

Diese vom AfA-Bund aufgestellte Übersicht ist, dank der Trennung der Angestellten und Beamten, unverkennbar besser als die Übersichten, auf die man bis jetzt angewiesen war. Die Zahl der Angestellten im Deutschen Reiche wird vom AfA-Bund für das Jahr 1925 auf 3 500 000, für die Gegenwart auf 3 750 000 geschätzt. Weiter

wird die Gliederung der 3,5 Millionen Angestellten — zur Zeit der Berufszählung — nach den Berufsgruppen und Wirtschaftszweigen untersucht. Die Untersuchung besteht in systematischer Bearbeitung der amtlichen Statistiken und führt zur Aufstellung der nachfolgenden Zahlen:

#### *Gliederung der Angestellten in Deutschland im Jahre 1925.*

##### *Nach Berufsgruppen:*

	Männliche	Weibliche	Zusammen
Technische Angestellte .....	260 000	10 000	270 000
Werkmeister .....	220 000	—	220 000
Kaufmännische Angestellte .....	1 370 000	920 000	2 290 000
Bureauangestellte .....	176 000	104 000	280 000
Sonstige Angestellte .....	274 000	166 000	440 000

##### *Nach Wirtschaftszweigen:*

	Männliche	Weibliche	Zusammen
Land- und Forstwirtschaft .....	118 000	12 000	130 000
Industrie und Handwerk .....	1 015 000	335 000	1 350 000
Handel und Verkehr .....	918 000	612 000	1 530 000
Verwaltung, Gesundheitswesen usw. ....	249 000	241 000	490 000

Diese lehrreichen Zahlen bilden den allgemeinen Rahmen der weiteren Untersuchung, die auf die Bedeutung jeder Gruppe der Angestellten in einzelnen Industriezweigen eingeht. Zum Schluss werden die Fragen über die nebenberufliche Tätigkeit der Angestellten und über die Zahl der weiblichen Angestellten behandelt. Den Anhang bildet eine kurze Zusammenstellung der sich auf die Angestellten beziehenden Angaben der Betriebszählung.

Die Untersuchung beschränkt sich jedoch nicht auf die Verwertung der amtlichen Statistiken des Jahres 1925. Zugleich wird versucht, auch die *dynamische* Seite des Problems, die *Entwicklung* des Angestellten-tums zu erfassen. Zu diesem Zweck werden Angaben des Jahres 1925 denjenigen des Jahres 1907 gegenübergestellt. Dabei tritt mit voller Deutlichkeit das auffallende Wachstum der Zahl der Angestellten in Erscheinung. Vielleicht erscheint dieses

Wachstum in der Spiegelung der Statistik etwas stürmischer, als es in der Wirklichkeit war, ein Teil der Zunahme der Angestelltenzahl ist vermutlich (was auch vom AfA-Bund anerkannt wird) auf die Erweiterung des Begriffes „Angestellte“ zurückzuführen. Diese Korrektur ändert aber an der Tatsache nichts, *keine andere soziale Gruppe in Deutschland wies im Zeitraum 1907 bis 1925 ein solches Wachstum auf wie das Angestelltentum*. Der AfA-Bund hat recht, wenn er diese Tatsache mit grossem Nachdruck betont und sie in das Bewusstsein der Öffentlichkeit und in erster Linie der Angestellten selbst einzuwähmern versucht. Was ist aber die Triebkraft dieses Prozesses? In der Broschüre des AfA-Bundes wird wiederholt der Zusammenhang des Wachstums der Zahl der Angestellten und der Entwicklung der Grossbetriebe betont (Seite 53, 57, 59, 70): die wirtschaftliche *Konzentration* sollte das Wachstum des Angestelltentums

verursachen. Übrigens scheint diese Vorstellung allgemein anerkannt zu sein: Ist es nicht eine Selbstverständlichkeit, dass die Gross- und Riesenbetriebe nicht nur absolut, sondern auch relativ grösseres Verwaltungs-, Bureau- und Aufsichtspersonal erfordern als die mittleren und kleinen Betriebe?

*Richtig* ist allerdings diese Vorstellung — wie auch viele andere sogenannte Selbstverständlichkeiten — nicht: sie wird erstlich durch die Ergebnisse der Betriebszählung vom 16. Juni 1925 erschüttert (die wohlbemerkt zur Zeit der Veröffentlichung der Broschüre des AfA-Bundes noch nicht vorlagen und ihren Verfassern nicht bekannt sein konnten). Ich will mich hier auf einige Zahlen berufen, die in der Zeitschrift „Wirtschaft und Statistik“ (1929 Nr. 2, Seite 36) zu finden sind.

Von 100 beschäftigten Personen kamen auf Angestellte<sup>2)</sup>

	in den Betrieben mit			
	11—50 Personen	51—200 Personen	200—1000 Personen	über 1000 Personen
Bergbau .....	7,5	7,2	7,2	5,5
Industrie der Steine und Erden .....	4,4	5,6	6,8	9,1
Eisen- und Metallgewinnung .....	11,6	10,9	11,0	12,0
Herstellung von Eisenwaren .....	11,6	12,4	11,2	10,1
Maschinenbau .....	14,9	15,3	15,1	15,1
Elektrotechnische Industrie usw. ....	18,5	19,3	16,2	19,5
Chemische Industrie .....	28,4	20,8	17,7	21,4
Textilindustrie .....	11,7	9,7	8,2	7,1
Papierindustrie und Vervielfältigungsgewerbe ..	14,6	14,3	13,1	16,7
Lederindustrie .....	14,1	12,9	10,7	7,7
Kautschukindustrie .....	24,3	17,2	12,6	14,1
Holzgewerbe .....	8,1	9,6	10,1	7,8
Musikinstrumentenindustrie .....	10,0	9,7	8,5	18,2
Nahrungs- und Genussmittelgewerbe .....	16,6	13,9	15,4	15,2
Bekleidungs-gewerbe .....	12,7	13,4	13,1	10,5

<sup>2)</sup> Verwaltungs-, Bureau- und kaufmännisches Personal sowie technisches Betriebs- und Aufsichtspersonal. Die kleinsten Betriebe (mit nicht mehr als 10 beschäftigten Personen) wurden in der nachfolgenden Übersicht nicht berücksichtigt, weil in ihnen nicht selten der Betriebsleiter und seine Familienangehörigen die Funktionen des Verwaltungs- und kaufmännischen Personals sowie des Aufsichts-

personals ausüben. Die Frage lautet nämlich nicht, ob das Verdrängen des Handwerks durch die moderne Fabrik das Wachstum des Angestelltentums fördert (diese Frage ist ohne weiteres zu bejahen), Fraglich ist vielmehr, ob auch im Rahmen der fabrikmässigen Produktion (Betriebe mit über 10 beschäftigten Personen), der *Konzentration* an sich, zwangsläufig eine Zunahme der relativen Zahl der Angestellten folgen muss.

Nur in der Industrie der Steine und Erden nimmt regelmässig die relative Zahl der Angestellten mit der Grösse des Betriebes zu. Im Bergbau sowie in der Textil- und Lederindustrie ist eine entgegengesetzte Regelmässigkeit zu erkennen: je grösser der Betrieb, um so niedriger ist hier die relative Angestelltenzahl. Ähnlich scheint die Lage in der Herstellung von Eisenwaren, in der chemischen Industrie, im Nahrungs- und Genussmittelgewerbe sowie im Bekleidungs- und Textilgewerbe zu sein (wo sich allerdings keine strenge Regelmässigkeit in der Veränderung der Zahlen fühl-

bar macht). Endlich in der Eisen- und Metallgewinnung, im Maschinenbau, in der elektrotechnischen Industrie und im Holzgewerbe ist die relative Zahl der Angestellten in den Riesenbetrieben (mit über 1000 Personen) fast genau dieselbe wie in den verhältnismässig kleinen Unternehmungen (mit 11 bis 50 Personen): 12,0 Prozent bzw. 11,6 Prozent; 19,5 Prozent bzw. 18,5 Prozent; 7,8 Prozent bzw. 8,1 Prozent.

In der gesamten Industrie (einschliesslich Baugewerbe) ermittelte die Betriebszählung:

in den Betrieben mit	Zahl der Gehilfen und Arbeiter	Zahl der Angestellten	Auf 100 Arbeiter u. Gehilfen kommen Angestellte
11 bis 50 beschäft. Personen . . . .	1 711 637	225 641	13,2
51 " 200 " " . . . .	2 075 634	273 573	13,2
201 " 1000 " " . . . .	2 168 997	276 392	12,8
über 1000 " " . . . .	1 867 098	248 859	13,3

Diese Zahlen beweisen meines Erachtens eindeutig, dass trotz der üblichen Vorstellung die relative Zahl der Angestellten von der Grösse des Betriebes nicht abhängig ist. Die Konzentrationsbewegung, die mehrere kleine Betriebe mit einem grösseren Betrieb ersetzt, vermag nicht das Wachstum des Angestelltentums zu erklären<sup>3)</sup>. Von ausschlaggebender Be-

deutung ist in diesem Fall nicht der Umfang des Betriebes, sondern die technische und organisatorische Struktur sowie seine Beziehungen zu anderen Betrieben.

Die zunehmende Bedeutung des Angestelltentums erscheint also im neuen Licht, und es ist zu wünschen, dass auch dieser Seite des Problems grössere Aufmerksamkeit in Zukunft geschenkt wird<sup>4)</sup>.

### Schriftenübersicht.

*Die Wirtschaft des Auslandes 1900 bis 1927.* Bearbeitet im Statistischen Reichsamt. Einzelschriften zur Statistik des Deutschen Reichs, Nr. 5, Berlin 1928. Ladenpreis 28 Mk.

Die Entwicklung von 44 verschiedenen Volkswirtschaften wird in diesem fast 900 Seiten starken Bande ein Vierteljahrhundert hindurch verfolgt. Das höchst systematisch aufgebaute und mit grosser Sachkunde bearbeitete Werk (die wissenschaftliche Leitung lag in den Händen des Regierungsrats Dr. Nathan) gibt jedem Leser die Möglich-

keit, sich schnell und zuverlässig über alle wichtigen Daten der Auslandswirtschaft zu unterrichten. Wer die Zersplitterung unserer internationalen Statistik kennt, kann er-messen, eine wie mühevoll Aufgabe damit bewältigt worden ist.

Ein ausserordentlich wertvolles *Handbuch* also — und gleichzeitig mehr als das. Der tiefer Eindringende merkt alsbald, dass ihm hier nicht nur eine Fülle von Tatsachen, sondern auch ihre innere Verknüpfung lebendig vor Augen geführt wird. Der Leser

<sup>3)</sup> Bei der Konzentration nimmt die relative Zahl der technischen Angestellten zu, die relative Grösse des Verwaltungs- und Aufsichtspersonals geht aber zurück, wobei die eine Verschiebung der anderen die Wage hält.

<sup>4)</sup> „AIA-Bundeszeitung“ bringt im März-Heft einen Aufsatz von Dr. Gerhard Fürst über die Angestellten in Klein-, Mittel- und Grossbetrieben, dem weitere Abhandlungen über dieselbe Frage folgen müssen. Ich nehme an, dass der Verfasser auf das von mir aufgerollte Problem eingehen wird, und zwar ausführlicher, als dies mir im Rahmen dieser kurzen Besprechung möglich war.

gewinnt einen klaren Einblick in die nationalen Besonderheiten wie in die weltwirtschaftlichen Funktionen jedes Landes — handele es sich dabei nun um die Ursachen der amerikanischen Prosperität, die charakteristischen Züge der chinesischen Wirtschaft, die zunehmende Bindung Niederländisch-Indiens an den Weltmarkt, den französischen Industrialisierungsprozess oder die Entwicklung, die der Doppelcharakter Englands als Handels- und Industrieland in den letzten Jahrzehnten genommen hat. Besonders wertvoll ist es, dass das Statistische Reichsamt auch die Wirtschaftspolitik der Staaten in den Umkreis seiner Betrachtungen einschliesst. Bei den vielfachen Beziehungen zu wichtigen Tagesfragen muss eine objektiv-sachliche Schilderung der wirtschaftspolitischen Grundsätze und Massnahmen jedem willkommen sein.

Ein besonderes Merkmal dieser Arbeit des Statistischen Reichsamts gegenüber einzelnen anderen Veröffentlichungen auf dem gleichen Gebiet scheint mir in folgendem zu liegen: Wir haben uns etwas zu sehr daran gewöhnt, bei der Betrachtung wirtschaftlicher Entwicklungen von den letzten Vorkriegsjahren auszugehen, den Krieg als eine plötzliche Unterbrechung der damals wirksamen Tendenzen zu betrachten und nun wieder bei dem Jahre 1913 anzufangen. Diesen Fehler vermeidet das vorliegende Werk. Dass die Untersuchung schon um die Jahrhundertwende einsetzt, ist keine Äusserlichkeit, sondern ein innerlich begründetes Vorgehen, ist ein Ausdruck dafür, dass man von jener Zeit bis heute einen mehr oder weniger fortlaufenden Entwicklungsprozess zu erkennen glaubt, innerhalb dessen der Krieg nicht einfach eine Unterbrechung bedeutet, sondern häufig sogar eine Beschleunigung bereits begonnener „Strukturwandlungen“ (z. B. Industrialisierung der Agrarländer). Gewiss gab es auch Unterbrechungen und Umkehrungen, aber im ganzen ist die organische Gesetzmässigkeit der weltwirtschaftlichen Entwicklung doch auch in jenen vier anormalen Jahren

wirksam gewesen, und sie hat sich offenbar stärker erwiesen als selbst diejenigen Kräfte des Weltkrieges, die in entgegengesetzte Richtung drängten.

Dass ein Werk wie das vorliegende auch Lücken enthält, ist selbstverständlich. Aber diese haben anerkennenswerterweise ihren Grund nicht in Unvollkommenheiten der Bearbeitung, sondern in dem Fehlen entsprechender Unterlagen. Auch hier sehen wir einmal wieder, was z. B. auf dem Gebiet der internationalen Sozialstatistik alles *nicht* vorhanden ist. So schmerzlich diese Mängel gerade von der Arbeiterschaft empfunden werden mögen, so darf sie sich dadurch in ihrem Urteil über das Werk doch nicht beeinträchtigen lassen. Den Organisationen der Arbeitnehmer bietet sich hier eine Unterrichtsquelle von ungewöhnlicher Vielseitigkeit und ein überaus wertvolles Handwerkszeug, auf das sie mit Rücksicht auf ihre ständig wachsenden wirtschaftspolitischen Aufgaben unter keinen Umständen verzichten sollten.

Dr. Hilde Oppenheimer.

Ernst Wagemann: *Konjunkturlehre*. Verlag Reimar Hobbing. Berlin 1928.

Oscar Anderson: *Zur Problematik der empirisch - statistischen Konjunkturforschung*. (Veröffentlichungen der Frankfurter Gesellschaft für Konjunkturforschung, herausgegeben von Eugen Altschul, Heft 1.) Verlag Kurt Schröder, Bonn.

Das Interesse für Konjunkturbeobachtung ist bereits so weit in die breiten volkswirtschaftlich denkenden Kreise gedrungen, dass das Erscheinen einer lehrbuchartigen Zusammenstellung der wichtigsten Methoden und Erkenntnisse auf diesem Gebiet zu begrüssen ist. Der Vorzug der Arbeit, die in dem von Professor Wagemann geleiteten Institut für Konjunkturforschung geleistet wird, liegt nun darin, dass man sich nicht mit der Registrierung und mathematischen Bearbeitung von ein für allemal festgesetzten „Symptomen“ begnügt. Man erforscht vielmehr darüber hinaus wichtige Grössen-

ordnungen der deutschen Volkswirtschaft, wie die Höhe einzelner Einkommenszweige, die Lagerhaltung, das Betriebskapital, und baut auf diese Weise ein quantitativ gegliedertes Bild der deutschen Volkswirtschaft allmählich auf. So gibt auch das Buch von Wagemann neben einer auf keine theoretische Endgültigkeit Anspruch erhebenden Konjunkturlehre und neben einer Beschreibung der Beobachtungsmethoden, d. h. einer übersichtlichen Gruppierung der gebräuchlichsten „Indizes“ und deren „Bereinigerungsverfahren“, eine Reihe wichtiger, im einzelnen allerdings nicht näher begründeter Schätzungen, die von ausserordentlich grosser Bedeutung sind. Allein die Schilderung des „Güterkreislaufes“ in seinen Vorkriegsmaassen (Seite 26 bis 39 des Buches) verdiente es, aufs genaueste geprüft, ausgebaut und auf die Gegenwart fortlaufend angewendet zu werden. Hier wird das Ideal der ökonomischen „Statik“ (Zustandslehre), die Aufstellung des „Tableau économique“, wie es im XVIII. Jahrhundert Quesnay verlangte, und wie es Marx theoretisch ergründete, einmal in seiner konkreten Form für Deutschland 1913 dem Leser nahegebracht. Aber auch der eigentliche Inhalt des Buches, die „Dynamik“ (Bewegungslehre) gibt, soweit sie neuen quantitativen Stoff bringt und ordnet, viel Wertvolles und Anregendes.

Wie so oft, zeigt es sich, dass vorgekommene Meinungen auf dem Gebiete der Theorie oder Methodenlehre meistens weder nützlich noch schädlich sind, dass vielmehr erst die konkrete praktische Arbeit am Stoff entscheidend ist. So könnte man z. B. aus Wagemanns allgemeinen Äusserungen folgern, dass ihm lediglich die Symptombeobachtung ohne jede Analyse der Ursachen am Herzen liegt. Kaum wappnet sich der Kritiker zu einem Angriff gegen diese wirklich sehr zweifelhafte Anschauung — schon liefern ihm die späteren Teile des Buches den Beweis dafür, dass diese allgemeine These entweder gar nicht ernst gemeint werden konnte oder vom Kritiker missverstanden wurde; dass vielmehr die prak-

tische Arbeit schon von selbst immer wieder von einer „blinden“ Symptomregistrierung zu einem näheren Vertiefen in die Ursachenzusammenhänge führt. Schon die Auswahl der Symptome, deren Bewegungen untereinander verglichen werden müssen, verlangt natürlich eine wenn auch noch so primitive Vorstellung von den Zusammenhängen selbst.

Besonders interessant erscheint, von diesem Standpunkt aus gesehen, das Kapitel XVI, das die Beziehungen zwischen industrieller und landwirtschaftlicher Konjunktur behandelt. Wagemann und seine Mitarbeiter (Bramstedt, Hanau, Paetzmann, Jacobs) begnügen sich dabei nicht mit einer vergleichenden Darstellung von Bewegungsreihen. Dem Zusammenhang zwischen industrieller und agrarischer Konjunktur kommt man vielmehr dadurch näher, dass versucht wird, die der Industrie zugute kommenden Ausgaben der Landwirte zu schätzen. Weiss man nun, welche Ausgabegruppen im Falle einer Einnahmensenkung bei den Landwirten in erster Linie in Wegfall kommen würden, so bekommt man ein Bild von dem Auftragsrückgang, den die Industrie in diesem Falle erleiden würde. Das Buch enthält darüber freilich keine endgültigen Zahlen: dazu müsste die Struktur der landwirtschaftlichen Betriebs- und Haushaltungsführung näher untersucht werden, wie dies bereits im Rahmen des Enqueteausschusses begonnen ist. Auch umgekehrt kann man sich von einem Ausbau der Haushaltungsstatistik der industriellen Bevölkerung, wie sie im Statistischen Reichsamt betrieben wird, einen Einblick in die Abhängigkeit der Agrarkonjunktur von der industriellen Konjunktur versprechen. Das Schlagwort: „Hat der Bauer (oder: Arbeiter) Geld, hat's die ganze Welt“, wird auf das richtige Mass zurückgeführt.

Weniger Wert als auf diese positiven Erkenntnismöglichkeiten wird man auf die allgemeinen Konjunkturtheoretischen und methodischen Ausführungen legen müssen. Nicht einmal die Tatsache der Konjunktur-

zyklen, noch weniger aber die in Harvard und in Berlin angewandten mathematischen Methoden stehen auf ganz festen Füßen. Und gerade solche in mathematisch-exaktem Gewande erscheinenden Vermutungen und Versuche bergen in sich stets die grösste Gefahr, ein Aberglaube des breiteren Publikums zu werden.

Die Leser der „Arbeit“ sind in einem früheren Heft<sup>1)</sup> mit Recht von *Wl. Woytinsky* vor dieser Gefahr gewarnt worden — ehe jeder Verein und jede Krankenkasse ihren „Trend“ und ihre „Saisonbereinigung“ aufgezogen hat. Um so bedeutsamer erscheinen daher Untersuchungen wie die von *Oscar Anderson*. Anderson unterwirft die Harvardschen Methoden einer mathematisch-statistischen Kritik; weist auf die Unzulässigkeit einzelner Annahmen hin, die den „Bereinigungsmethoden“ dieser Art zugrunde liegen. Er lehnt dabei freilich die Möglichkeit einer Konjunkturforschung nicht ab. Er verlangt aber, dass der mathematischen Bearbeitung der statistischen Reihen eine Ursachenanalyse vorangehen soll, aus der sich erst die höhere Zulässigkeit der einen oder der anderen mathematischen Annahme ergibt. Es geht nicht, meint Anderson, dass man ein für allemal die Entwicklung jeder ökonomischen Grösse (z. B. Preis, Absatzmenge einer bestimmten Ware) in „Saisonwirkungen“, „Konjunkturwirkungen“ und „Trend“ (dauerhafte Entwicklungstendenz) mechanisch zerlegt. Es kann z. B. denkbar sein, dass man eine ökonomische Grösse mit grösserer innerer Berechtigung auf die Wirkung ganz anderer Faktoren hin untersucht, etwa: Geldmenge, Ernte, Kohlenförderung. Es kommt alles auf den

konkreten Sinn der untersuchten Erscheinungen an. Der „Trend“ habe aber meistens überhaupt keinen konkreten Sinn.

*Dr. Jakob Marschak.*

Hoeniger-Schultz-Wehrle: *Jahrbuch des Arbeitsrechts* und der damit zusammenhängenden Teile der Sozialökonomie. 8. Band. 1927. Verlag J. Bensheimer, Mannheim-Berlin-Leipzig 1928.

Zur arbeitsrechtlichen Gesetzessammlung, die Hoeniger in seinem bekannten „Arbeitsrecht“ bei Bensheimer herausgibt, bieten die von Hoeniger, Schultz und Wehrle zusammengestellten Jahrbücher des Arbeitsrechts eine wertvolle und für jeden am Arbeitsrecht stärker Interessierten fast notwendige Ergänzung. Über Systematik und Güte dieser Bücher ist an dieser Stelle schon bei der Besprechung der früheren Bände alles Notwendige gesagt worden. Der zuletzt erschienene 8. Band, der die Nachweisungen über Schrifttum und Rechtsprechung aus dem Jahre 1927 enthält, unterscheidet sich nicht wesentlich von seinen Vorgängern. Die einzige bemerkenswerte Veränderung in der Anordnung des Stoffes besteht darin, dass dem Schrifttum über ausländisches Arbeitsrecht und über ausländische Sozialpolitik kein besonderes Kapitel mehr gewidmet ist, sondern dass die hierauf bezugnehmenden Angaben nach sachlichen Gesichtspunkten in die allgemeinen Nachweisungen eingearbeitet wurden. Selbständig geblieben ist dagegen nach wie vor der Abschnitt „Internationales Arbeitsrecht und internationale Sozialpolitik“.

Die Übersichtlichkeit und Vollständigkeit des Werkes bleibt anerkennenswert, wenn es auch selbstverständlich nicht möglich war, das gewaltige arbeitsrechtliche Gebiet lückenlos zu erfassen. *Dr. Bruno Broecker.*

<sup>1)</sup> „Konjunktur und Saison“, „Die Arbeit“ 1929, Heft 2, Seite 96.